

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsstempel
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 6.

Berlin, den 5. Februar 1911.

15. Jahrg.

Unablässige Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Indifferenten ist Ehrenpflicht jedes einzelnen Verbandskollegen und jeder Kollegin!

Ein Ratschrei der Scharfmacher.

II.

Unsere Leser werden nach der Lektüre der Unternehmerpetition an den Reichstag unwillkürlich die Köpfe geschüttelt und sich gesagt haben, daß nur Scharfmacher es wagen dürfen, einer gesetzgebenden Versammlung solche handgreiflichen Wären auszubinden. Schon der Satz: „Wir betrachten es als unsere vornehmste Pflicht, alle Differenzen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen, möglichst in friedlicher Weise zu beseitigen“, ist das kontradictorische Gegenteil der Dinge, wie sie in Wahrheit sind. Ist es doch gerade Herr Bolle, der Vorsitzende des Berliner Arbeitgeberverbandes, der sich bei jedem Streit einfindet und mit allen Ueberredungskünsten den Abschluß von Tarifverträgen zu verhindern sucht. Das ist das Bemühen um die friedliche Beilegung. So hat Herr Bolle auch beim Kupferschen Streit in Moabit seine Finger im Spiele gehabt, hat die Verteilung der schwarzen Liste über die dort Streikenden besorgt und sich so zum direkten Mitschuldigen an den Moabiter Prowallen gemacht, die er jetzt so gerne unserem Verbands an die Hochstöße hängen möchte.

In „leichtsinigster Weise“ sollte dieser Streit nach Volles Schreibungen „maßgeblicher“ Meinung von den Gewerkschaftsführern inszeniert worden sein; nun, das Strafprozeßverfahren in Moabit hat gerade das Gegenteil dieser Behauptung sonnenklar erwiesen und damit dem frommen Wahrheitsfreunde, der sich zur Erreichung seines Zweckes wie ein wackelnder Jesuit skrupellos der Lüge bedient, eine saftige Ohrfeige verabfolgt.

Auf derselben Höhe steht und von demselben Werte ist die Behauptung der Petition, daß der Arbeiter, der sich nicht der freien Gewerkschaft anschließt, „in die spanischen Stiefel der sanften Ueberzeugung gebracht wird.“ Man vergißt auch dabei, wohl recht abschätzlich, die Beweise für diese Behauptung zu erbringen. Kein einziger tatsächlicher Fall wird angeführt, weil man keinen anführen kann. Diesen „spanischen“ Zwang läßt nämlich nicht unsere Organisation aus, sondern gerade die Herren, die da petitionieren, tun das ausgiebigste. Herr Bolle allein voran. Er nimmt von seinen Arbeitern eine Kaution von 101 Mk. und erklärt diese verträglich für verfallen, wenn einer seiner Arbeiter es wagt, sich dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen. Das geht fast schon über den Begriff des Terrorismus hinaus und grenzt hart an den Talbestand einer Erpressung. Auf die Dauer ist natürlich auch dieses Mittel gegen den Deutschen Transportarbeiterverband für die Raub, da dieser, sobald es ihm zweckmäßig erscheint und er die Zeit für gekommen erachtet, auch trotz der Kaution mit Herrn Bolle gründlich abrechnet.

Die lieben Gelben, die frommen Christen und die braven Hirse sollen von den freien Gewerkschaften verfolgt werden. Letztere wehren sich nur ihrer Haut gegen die Protektionskinder der Unternehmer. Da mag der Herr Bolle mal bei den Gelben recherchieren und er wird dort sicher finden, daß die Leute unter Androhung der Demunzation und der Entlassung, also

auf dem Wege der faktischen Erpressung, ihre Mitglieder gewinnen. Wir können hierbei den Herrschaften mit vielen Beispielen aus den Betrieben von Siemens und Halske, wie aus den Betrieben der „Großen Berliner“, des Lloyd in Bremen und der Hamburg-Amerika-Linie aufwarten. Dort und in noch vielen anderen Betrieben, auch bei der Firma Bolle selbst sind die freien Gewerkschaftler stets „den schwersten Angriffen ausgesetzt“, ohne daß dadurch das „Gerechtigkeitsgefühl“ eines der Herren Arbeitgeber auch nur im geringsten erregt wird. Den Gelben und Christen wird alles erlaubt, und wenn sich die freien Gewerkschaftler wehren, verüben sie Terrorismus. Se-nitenlogik.

Die Witwen-, Waisenversorgung und die Krankenunterstützung der freien Gewerkschaften sollen sich als absolut unzulänglich erwiesen haben. Du lieber Himmel! Die Witwen- und Waisenunterstützung ist bekanntlich in unserem Verbands nur fakultativ eingeführt und ist selbstverständlich nicht so hoch, daß die Witwen und Waisen wie Kommerzienräte leben können; sie überragt aber weit aus die von Reichswegen geplante Witwen- und Waisenversorgung. Wir haben dieses Faktum bereits wiederholt im „Courier“ nachgewiesen und brauchen folgedessen nicht nochmals näher darauf einzugehen. Die Krankenunterstützung unseres Verbandes ist nur eine Zuschußunterstützung, und trotzdem hat unser Verband im Jahre 1909 rund eine Viertelmillion Mk. ausgezahlt und für das Jahr 1910 wird die halbe Million weit überschritten. Unsere Kranken werden auch nicht von den Vertrauensärzten schikaniert, wie das ausnahmslos bei den Betriebskassen der Scharfmacher der Fall ist. Die Herren Unternehmer haben alle Ursache, bezüglich der Unterstützung der Arbeiter im Erkrankungsfall vor der eigenen Tür zu stehen, sie mögen erst einmal die Hunderttausende von Krüppeln genügen entschädigen, die in den Betrieben ihre gesunden Gliedmaßen im Interesse des Kapitals eingebüßt haben.

Daß die Herrschaften nach einer schärferen Ueberwachung der gewerkschaftlichen Presse schreiben, begreifen wir. Ist es doch gerade diese Presse, die den Ausbeutern aller Grade und Konfessionen ständig den ehrlichen Spiegel ihrer Laten vorhält. Wenn aber in diesem Spiegel immer wieder eine Frage zum Vorschein kommt, vor der sich die Herren schließlich selber grauen, dann ist dies wahrlich nicht die Schuld des Spiegels, sondern des Gesichtsinhabers. Die gewerkschaftlichen Blätter brauchen wahrlich nicht die soziale Unzufriedenheit erst zu schüren, die ist so schon dank der Ausbeutungsfreiheit in solchem Umfange vorhanden, daß eine Steigerung nicht mehr gut möglich ist. Die Scharfmacher wissen das selber sehr gut, und sie möchten die Schuld an den Zuständen nur gar zu gern anderen aufbürden. In England beispielsweise existiert gar keine Gewerkschaftspresse, dennoch gibt es dort verhältnismäßig mehr Streiks wie in Deutschland. Also sind die Arbeitseinstellungen nicht eine Folge der „Aufhebung“ seitens der Gewerkschaftspresse, sondern lediglich eine Folge der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unser Scharfmacherschreiberlein schlägt gleich zwei unlogische Purzelbäume auf einmal, wenn er behauptet, daß die Führer die Arbeiter in leichtsinnige Streiks heben und diesen dann nur eine kärgliche Unterstützung gewähren. Damit widerlegt sich der mit eigenen mündlichen Gehirnpartien ausgestattete Mann in ein und demselben Satze selbst; — denn wenn die Arbeiter schon leichtsinnig streiken, dann muß ihnen eine Unterstützung werden, die mindestens ebenso hoch ist, wie ihr Lohn, oder wenn die Unterstützung kärglich, was tatsächlich der Fall, dann bedarf es bei dem Arbeiter von vornherein des heroischen Entschlusses zum teilweisen Hungern, und das tut selbst der Dummste nicht zu seinem Vergnügen. Im übrigen haben gerade die Gewerkschaften tausendfach dokumentarisch den Beweis geliefert, daß sie nur im äußersten Falle zur Waffe der Arbeitseinstellung greifen. Daß dem so ist, werden den Gewerkschaften Tausende und Abertausende ehrlicher Unternehmer gern attestieren. Nur die Eucht, unter allen Umständen die Gesetzgebung auf die Gewerkschaften zu heben, kann zu solchen lägerischen und schäbigen Behauptungen, wie sie in der Petition enthalten sind, führen.

Von genau demselben Werte ist die Behauptung in der Eingabe, daß alle wirtschaftlichen Rückschlüsse herbeigeführt durch leichtsinnig heraufbeschworene Streiks, einen sozialdemokratischen Erfolg bedeuten, weil sie der Verelendung der Massen dienlich sind. Ein normales Gehirn müßte bekennen, daß alle Bestrebungen auf Lohnerhöhung und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter, und das sind die Streiks, doch niemals eine Verelendung herbeiführen können. Wenn die Gewerkschaften die Verelendung der Massen wirklich wollten, dann könnten sie dies doch am allerbesten, indem sie die Hände in den Schoß legen und die Ausbeutung sich bis an die äußerste Grenze steigern lassen. Dann würden sie wirklich den Boden für einen Verzweiflungskampf für die Revolution ebnen. Zudem sie aber stets und immerdar bestrebt sind, die Lage der Arbeiter zu heben, wirkt ihre Arbeit, wirken auch die Streiks eminent staatsbehaltend, was freilich für ein profitgieriges Unternehmehrerhirn schwer zu begreifen sein mag.

Dieselben Unternehmer, die sich mit Händen und Füßen gegen jeden Tarifvertrag zur Wehr setzen, verlangen nun sonderbarerweise gesetzliche Bestimmungen, dahingehend, daß die Schadenerschaftspflicht für Vertragsbruch eingeführt wird. Nun können wir aber wohl wohlwollende von Fällen nachweisen, in denen Unternehmerkontrahenten den Vertrag willkürlich gebrochen haben; es wird aber den Herrschaften nie gelingen, das Gleiche bezüglich des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu tun. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat noch nie, das können wir mit Fug und Recht behaupten, einen Tarifvertrag, der mit ihm als Organisation abgeschlossen ist, gebrochen. Also haben die Herren Unternehmer unfreies Verwehren durchaus keine Ursache, zu verlangen, daß die Gewerkschaften schadenerschaftspflichtig gemacht werden. Mit diesem Verlangen wollen die Herrschaften auch nur ihr gänzlich grundloses Widerstreben gegen Tarifverträge nach außen hin bemänteln. In ihrer

Eingabe geben die Herren selber zu, daß die Streikposten von der Organisation dahin instruiert werden, von jeder sichtbaren (?) D. N.) Gewalt abzusehen. Unsichtbare Gewalten gibt es aber nach der Meinung der maßgebenden Kirchenväter nur im Himmel. Danach erwarten sie ein einheitliches Vorgehen sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen den Terror der Gewerkschaften. Erkläre mir Graf Derindur diesen Zwiespalt der Natur! Das ist wahre voraussetzungslose Unternehmerlogik, die der Verstand eines Normalmenschen in ihren Schlussfolgerungen absolut nicht zu begreifen vermag.

Dieselbe Eingabe, in der gesagt wird, daß die Streikposten von der Gewerkschaftsorganisation dahin instruiert werden, von jeder Gewalt abzusehen, enthält dann das kontradiktorische Gegenteil dieser Behauptungen: „Scheuen doch die sozialdemokratischen Gewerkschaften selbst vor dem rohesten Terror nicht zurück.“ Und „bewiesen“ wird diese infame Behauptung durch die Erzählung eines Falles, der angeblich vor drei Jahren in Berlin passiert sein soll. Weder Datum des Falles, noch Beschreibung des Vertriebes, in dem die Sache passiert ist, noch Name des Mißhandelten, noch die Namen der Mißtäter werden angegeben. So sieht der einzige Beweis von Noheit aus, den organisierte Transportarbeiter begangen haben sollen. Selbst echt russische Richter würden nach solch „glänzender“ Beweisführung nicht zu einer Verurteilung der Gewerkschaft kommen können. Im Grunde genommen ist die Tatsache, daß diese Herren trotz der Sammlertätigkeit ihrer Organisationen, trotz ihrer eifrigen Forderung auf Terrorismustaten der Gewerkschaften, den 150 000 organisierten Transportarbeitern nur einen einzigen Fall angeblichen Terrorismus, der vor drei Jahren passiert sein soll, und diesen nicht mal sicher nachweisen können, eine glänzende und prachtvolle Widerlegung ihrer diesbezüglichen Behauptungen. Die Herren tun also wirklich alles Denkbare, um ihre eigenen Behauptungen ins unwahrscheinlichste Licht zu setzen. Oder sollte ihnen vielleicht nur ihr Lohnschreiber dieses Kuckuck ins Nest gelegt haben? Dann wäre bewiesen, daß sie allen Unsinn unterschreiben, wenn dieser sich nur gegen die freie Arbeiterbewegung richtet. Dann ist nicht nur die Petition als solche, dann sind auch die Unterschriften vor aller Welt gerichtet.

Mit Kühner Stirn bezeichnen sich die Unterzeichner der Eingabe als Vertreter des Handels- und Transportgewerbes, während sie in Wirklichkeit nur die Größen des Transportgewerbes dritten und vierten Ranges darstellen. Die erstklassigen Vertreter des Handels- und Transportgewerbes, wie beispielsweise die Kestenen der Kaufleute in Berlin usw., haben ihre Unterschrift zu dem Machwerk nicht gegeben. Das kennzeichnet auch den materiellen Wert der Petition. Der Schutz der Arbeitswilligen, wie er heute schon seitens der Polizei in einer Form gewährt wird, der unter der gesamten Bevölkerung Aufsehen und lebhaften Unwillen erregt, genügt den Herren noch immer nicht. Die Wagen der Firma Kupfer in Moabit sind bekanntlich je von einem Duzend Schutzleute begleitet worden und das gab eine Ursache mit zur Entstehung der bedauerlichen Krawalle. Die Herren verlangen ein besonders scharfes Arbeitswilligen-Schutzgesetz und den Schutz des Militärs obendrein. Nun ist aber nach der Reichsverfassung das Militär nicht zum Schutze der Streikbrecher da, seine Verwendung dazu würde einen Verfassungsbruch bedeuten. Der Hinweis auf Frankreich, wo man das stehende Heer wiederholt zum Streikbrecher-Schutzwachter begründet hat, dürfte für die deutsche Reichsregierung in Unbetracht seiner Folgen nicht sehr verlockend sein. Der wachsende Antimilitarismus in Frankreich, seine offene Propagierung im Heere selbst, ist im letzten Grunde auf die Streikbrecherbeschäftigungstätigkeit des dortigen Militärs zurückzuführen. Will Deutschland das gleiche System großziehen, dann mag es die Soldaten zum Schutz der Streikbrecher verwenden.

Will sich die Regierung durch noch vermehrten Schutz der Arbeiterinteressenverräter noch rückhaltloser als bisher auf die Seite des profitierenderen Kapitalismus stellen, dann mag sie die daraus resultierenden Folgen auf ihr eigenes Konto schreiben. Solche Maßnahmen müssen ja dazu dienen, die Arbeitermassen fester denn je in ihren Organisationen zusammenzuschmieben und das Solidaritätsgefühl der Massen bis zur höchsten Vollendung auszubilden, was uns nicht nur recht, sondern sogar recht lieb sein kann. Druck erzeugt immer Gegenruck und wer letzten Endes der Sieger bleibt, ist heute durchaus nicht mehr zweifelhaft.

Nur so weiter, Ihr Herren Arbeitgeber, Ihr arbeitet gut für die Klärung der indifferenten Massen. Unsere Kollegen wissen nun, daß es ihnen an die Kehle geht, wenn sie nicht eisenfest zu ihrer Organisation halten. Die Kollegen wissen nun, daß nur Macht Recht ist. Macht ist aber nicht der Einzelne, sondern nur die festorganisierte Masse. Die beste, wirksamste Antwort auf die leichtfertige und durch nichts begründete Scharfmacherpetition ist und bleibt die fleißige Verarbeitung der Kollegen für den Deutschen Transportarbeiterverband.

Das Ende der Moabiter „Revolution“.

Nun hat auch das Schwurgericht gesprochen. Es hat über die angeblichen Mädel Führer noch milder geurteilt als die Strafkammer über die nur Verführten. Der Staatsanwalt selber hat für die Angeklagten mildernde Umstände beantragt. Noch immer freilich sind die Strafen mehr als hoch genug. Aber nach der Anklage drohten den armen Teufeln bis zu zehn Jahre Zuchthaus. Daraus ist nichts geworden und damit ist die Ausnahmegegesetzaktion der Reaktionsäre gründlich ins Wasser gefallen und ehendiglich erloschen. Wir haben unsere Meinung über die Moabiter „Revolution“ und ihre Extremre bereits wiederholt gesagt, können also heute darauf verzichten. Wir möchten aber heute die Meinung bürgerlicher Blätter über die Moabiter zitieren, um zu zeigen, wie man in streifen der honorketten Bourgeoisie und selbst der Großindustriellen denkt und wie die Polizei auch von dieser Seite ihr Fett bekommt. Die „Vossische Zeitung“, das Organ des zahnlosen Berliner Magistrats-Kreisiums schreibt:

„Die Regierung hat Un Glück. Kann hatte der Ministerpräsident über die Moabiter Unruhen gesprochen und die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie behauptet, so erging das Urteil der Strafkammer, das von dieser Mitschuld kein Wort sagte, wohl aber schwere Ausschreitungen von Polizeibeamten und nicht nur in einzelnen Fällen als erwiesen bezeichnete. Inzwischen hat der neue Minister des Innern geredet und der Polizei ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Stürzlich jedoch ist das Urteil im Schwurgerichtsprozeß gegen die „Mädel Führer“ gesprochen worden. Und siehe da, der Vorsitzende machte Bemerkungen über die Polizei, die den Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Dallwitz in den Ohren klingeln werden. Das als offiziös geltende Vossische Telegraphen-Bureau hat die Neußerung in folgender Form verbreiten zu müssen geglaubt:

„In der Rechtsbelehrung, die der Vorsitzende im Schwurgerichtsprozeß wegen der Unruhen in Moabit, Landgerichtsdirektor Unger, den Geschworenen zuteil werden ließ, heißt es, die Geschworenen seien nicht an seine Rechtsbelehrung gebunden, wohl aber an das Gesetz, die Ausdrücke und die logischen Folgerungen. Sie hätten den Spruch zu fällen nach ihrer aus der eifrigsten Verhandlung gewonnenen Ueberzeugung. Bei Erörterung insbesondere der Frage, ob sich die Polizeibeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befänden, befaßt dies der Vorsitzende. Die Rechtmäßigkeit habe aber aufgehört, wenn, wie im Falle des getöteten Hermann, ein Unbeteiligter niedergeschlagen wird. Gegen diese durch Zeugen befundete Brutalität halte er gegenwehr, beispielsweise durch einen wohlgezielten Revolver-Schuß, für nicht rechtmäßig.“

Eine sehr zutreffende, aber auch sehr bemerkenswerte Neußerung. Am 17. Januar sagte der Minister des Innern im Abgeordnetenhaus, die Polizei habe eine bewundernswürdige Ruhe und Kaltblütigkeit bewahrt; wenn Neugierige oder Minderbeteiligte zu Schaden gekommen sind, so sei das nicht zu vermeiden; auf solche Leute könne keine Rücksicht genommen werden; die gegen die Polizei erhobenen allgemeinen Anschuldigungen und Verunglimpfungen müsse er energisch zurückweisen. Der Polizeiminister fand lebhaften Beifall bei Herrn v. Bethl, der wenige Tage später einen Stern mit Eichenlaub und Schwertern erhielt. Stürzlich indessen hat der Reichsvorsitzende von der „Brutalität“ eines Polizeibeamten gesprochen und dagegen selbst einen wohlgezielten Revolver-Schuß für erlaubt erklärt. Und gegen die „Mädel Führer“, achtzehn an der Zahl, von denen vier freigesprochen wurden, ergingen Strafen, fast durchweg noch niedriger als im Strafkammerprozeß, in verschiedenen Fällen nur wegen groben Unfugs. Die Geschworenen hatten mildernde Umstände bewilligt; der Gerichtshof rechnete überall die Untersuchungshaft an; alle Verurteilte ohne Ausnahme wurden auf freien Fuß gesetzt. In der Tat, wer jetzt noch von einem Vorspiel zur Revolution, von einem wohl vorbereiteten Aufruhr redet, der verfällt jener Lächerlichkeit, die töten soll.

Die Vorgänge, die sich in Moabit abgespielt haben, erscheinen nach dem Schlußakt vor den Geschworenen nicht bloß nicht schlimm, sondern noch weniger erheblich als nach der Verhandlung vor der Strafkammer. Mindestens so weit es sich um die Ausschreitungen der Angeklagten handelt. Da bleibt nichts übrig als, um Schmollers Wort zu wiederholen, ein Böbelauflauf, wie er alle Tage vorkommen kann. Mit einer Partei und ihrer Politik hat dieser an sich zu verurteilende Auflauf nichts zu tun. Sie hat ihn nicht angestiftet, hat ihn nicht gewilligt, hat ihn nicht zu verantworten. Nichts weniger als unerheblich dagegen ist das Ergebnis der We-

weis aufnahme für die Polizei. Dabei versteht sich von selbst, daß niemand verständigerweise der Behörde insgesamt den Vorwurf machen wird, als ob sie Uebergriffe anrege, dulde oder einschuldige. Es war vielmehr dem Befehlshaber der Schutzmannschaft nachzufühlen, mit welchem Schmerz er seine frühere Aussage einschränken mußte, die Zuversicht, womit er für jeden seiner Beamten die volle Gewähr hatte übernehmen wollen. Man kann auch dem Oberstaatsanwalt beipflichten, wenn er meinte, daß nur wörtliche und tätliche Mißgriffe von einzelnen Polizeibeamten, nicht von den Polizeibeamten allgemein begangen wurden. Aber daß sie vorgekommen sind und, wie schon Landgerichtsdirektor Unger verurteilt hatte, nicht bloß vereinzelt, das konnte auch der öffentliche Ankläger nicht leugnen, und das ist peinlich genug für eine Behörde, der die Pflicht obliegt, inmitten öffentlicher Unruhe mehr als jeder Zuschauer kühle Ruhe und ernste Besonnenheit zu bewahren. Wenn der Mann der Ordnung, der das Gesetz und die Sicherheit der Person schützen soll, sich selbst zu Rechtsverletzungen hinreichend läßt, so huc Rot schlägt, schlägt, Säbelstiche versteht, einen Menschen zu Tode prügelt; wie soll man dann Menschen sonderlich lange einsperren, die eine Laterne eingeschleudert oder einen Stein gegen einen Schutzmann erhoben haben?

Und nach allem, was jetzt in beiden Prozessen über Verfehlungen einzelner Polizeibeamten nachgewiesen ist, darf die Frage berechtigt erscheinen, ob die Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Dallwitz nicht billig mit der Verleihung der vielen Orden und Ehrenzeichen für die in Moabit verwendeten Polizeimannschaften hätten warten können, bis die Gerichte ihre Urteile gefällt hatten.

Und über die Polizei: „Wenn die Polizei nicht verantwortlich sein soll für die Mißtaten einzelner Polizisten, wie kann man die Sozialdemokratie für die Vergehen einiger Personen verantwortlich machen, die nicht im Namen und Auftrag der Partei handelten oder auch ihr nie angehört haben?“

Aber die Sozialdemokratie soll Stimmung gemacht, soll jahrelang gegen die Polizei gehetzt haben; nur aus dieser künstlich genährten Unruhe seien die Moabiter Vorgänge zu erklären; also sei die Sozialdemokratie verantwortlich und mitschuldig. Sagen die Minister. Diese Darstellung widerspricht der Wirklichkeit. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der tiefe Gegensatz zwischen Polizei und Publikum hierzulande älter ist als die Sozialdemokratie, daß er sich auch keineswegs auf Kreise beschränkt, die sozialdemokratischen Einflüssen zugänglich sind, sondern sich bis weit in die sogenannte beste und höchste Gesellschaft hinein erstreckt.

Es ist ein Grundfehler der preussischen Polizei von alters her, daß bei ihr Wohlfahrts-, Struktur-, Sicherheitszwecke mit politischen Zwecken verquickt wurden. Dadurch wurde sie aller Mäßigkeit angeheftet, die einer zu politischer Einseitigkeit verurteilten Behörde anhaftet. Die Polizei ist häufig als Werkzeug der trassen Reaktion benutzt worden, bei Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Zeitungen, Erteilung oder Verhängung von Konzeptionen, Verfolgung politischer Gegner und bei unzähligen andern Unfällen. Man erinnere sich an die Zeiten der Demagogerie! Man denke an Sündelbehl! Man lese die Memoiren Stiebers! Kann man sich darüber wundern, daß die Polizei hierzulande nicht volkstümlich ist? Daß sie es ganz und gar nicht ist, daß vielmehr bei öffentlichen Zusammenkünften nur zu oft die Bevölkerung gegen die Polizei Partei ergreift; mit der Sozialdemokratie und ihrer Hege hat diese Tatsache nichts zu tun.

Die Unbeliebtheit der Polizei wurzelt ferner in der Vielregiererei und Bevormundungssucht, die als Erbteil des alten absolutistischen Polizeistaates auf den Rechtsstaat übergegangen ist. Auf Schritt und Tritt ist der Bürger von der Polizei abhängig; fortwährend hat er mit dem Schutzmann zu tun. Ueberall hat man zu bitten, zu beantragen, liberal muß man hangen und hangen, ob die hohe Obrigkeit erlauben oder verbieten, nachsehen oder strafen wird. Und da bei den Polizeibehörden die vom Polizeiminister v. Hochow aufgestellte Lehre vom beschränkten Untertanen verstanden alles eher als überwunden ist, wie soll es wundernehmen, daß sich zwischen Polizei und Bevölkerung ein mehr getrigertes als vertrauensvolles Verhältnis herausgebildet hat?

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Hauptorgan der Großindustrie des deutschen Westens, steht sich genötigt, die Polizei gründlich darüber zu belehren, wie sie sein soll:

„Bei dem heutigen Bildungsstandpunkt uneres Volkes hat die Polizei eine äußerst verwickelte Klein- und Feinarbeit zu leisten, für die die rauhe Hand des Unteroffiziers sich nicht mehr geeignet erweist. Die moderne Polizei hat auch erzieherische Aufgaben. Ueber den Unteroffizier als Erzieher“ ist unser Volk aber selbst in seinen unteren Schichten längst hinausgewachsen. Die Polizei ist überall nicht gut gelitten. Der Beruf bringt das mit sich. Am beliebtesten ist sie noch in England. Diese auffallende Erscheinung ist offenbar nur eine Folge des Bestehens der Polizeibehörden, den Unteroffizier der Polizei ganz fernzuhalten. Sie sind der Ansicht, daß er durch den Heeresdienst für die Polizei sozusagen verborben und auch nicht mehr tauglich zu machen ist. Ähnliches erfuhrt ich in Belgien. Man verzichte deshalb auf den Unteroffizier. Damit wird man auch der Armeen nützen. Sie leidet unter der Polizeimiere gleichfalls.“

In Berlin fehlen 1000, in ganz Deutschland etwa 8000 bis 10 000 Schutleute. Sollten diese Stellen besetzt werden, so wird der Armee eine derart große Zahl von Unteroffizieren entzogen, daß ihre Schlagfertigkeit gefährdet erscheint. Die systematische Unteroffizierausbildung hat der Armee geschadet, ohne der Polizei zu nützen. Sisyphusarbeit! Es ist notwendig, dem Beispiel Englands zu folgen und zur Zivilpolizei überzugehen. Die Schaffung eines ganz „neuen Beamtentypus“ ist erforderlich. Dieser „neue Beamte“ würde ungefähr wie folgt beschaffen sein müssen: Körperlich kräftig und gewandt, ein klarer Kopf, mühte einiges vom Lehrer und Erzieher, ein wenig vom Richter und Soldaten, einiges vom Menschen- und Tierarzt, Feuerwehmann, Gewerbeaufsichtsbeamten und Samariter in sich vereinigen, Leben und Menschen kennen, vor allem aber Menschenfreund sein. Seine Lebensführung muß musterhaft, vorbildlich sein, denn in ihr wurzelt das Vertrauen der Bevölkerung und die allgemeine Achtung, die er besitzen muß. Als Diener soll er sich fühlen und nicht als Herr. Dienen soll er dem Staate, dem Volke und seiner Gesamtheit, wie dem einzelnen, besonders aber den Unwissenden, Irrenden und Schwachen. Nicht die Füllung der Gefängnisse — sondern die harmonische Abwicklung aller öffentlichen Lebensvorgänge muß sein Hauptziel sein. An Anwärtern für diese Polizei würde es nicht fehlen. Tausende von Knaben und Jünglinge harren des Rufes. Die Ueberfüllung vieler anderer Stände läßt die Bildung dieser neuen Polizei durchaus erwünscht erscheinen.

Wir befinden uns in der eigenartigen Lage, diesbezüglich vollständig mit dem großen Scharfmacherblatt übereinstimmen zu können. Wir glauben aber kaum, daß diese aus dem Gegnerlager der Arbeiterbewegung kommenden und deshalb gerade für die Regierung sehr beachtenswerten Stimmen, Gehör finden werden. So lange in Deutschland der schwarze Block regiert, so lange wird auch die Polizei mit Säbeln und Revolvern auf die deutschen Staatsbürger losgelassen. Wir freilich werden unser rechtlich Teil dazu beitragen, daß diese Zustände ihr schon längst verdientes Ende finden.

Preussische Verkehrsreaktion.

II.

Die Geburtsgeschichte des Gesetzeswurfes über die Schiffsabgaben ist so seltsam — selbst in Preußen-Deutschland — daß es sich lohnt, sie kurz näher zu beleuchten. Man ist ja in unserm geographischen Vaterland allerlei gewöhnt, wir erinnern nur, unter welchen seltsamen Auspizien der Entwurf eines Zuchthausgesetzes das Licht der Welt erblickte, aber der Vorgang, der den heutigen Gesetzeswurf auf dem Gewissen hat, beleuchtet blutig das ganze Elend unserer „konstitutionellen“ Monarchie. Am 1. April 1905 kam im preussischen Landtag ein Gesetz zustande, betreffend die Herstellung und den Ausbau der Wasserstraßen. Der Mittellandkanal war am Widerstand des preussischen Abgeordnetenhauses gescheitert. Da die Regierung schwach als auch die Kanalgegner sich auf den Ruhhandel verstanden, kam ein Kompromiß zustande, das einen Kanal vorsieht vom Rhein bis Hannover und Linden mit verschiedenen Ergänzungen, ferner den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel, sowie der Warthe mit der Oder. Abgesehen davon, daß der heiß umrittene Mittellandkanal Torso blieb, war alles ganz nett, aber zwei Paragraphen des Gesetzes brachten einschneidende Neuerungen. Der § 18 lautet:

„Auf dem Kanal vom Rhein zur Weser, auf dem Anschluß nach Hannover und auf den Zweigkanälen dieser Schiffsstraßen ist einheitlicher staatlicher Schleppbetrieb einzurichten. Privaten ist auf diesen Schiffsstraßen die mechanische Schleppererei untersagt. Zum Befahren dieser Schiffsstraßen durch Schiffe mit eigener Kraft bedarf es besonderer Genehmigung.“

Der § 19 hat folgenden Wortlaut:

„Auf den im Interesse der Schifffahrt regulierten Flüssen sind Schiffsabgaben zu erheben.“

Die Abgaben sind so zu bemessen, daß ihr Ertrag eine angemessene Verzinsung und Tilgung derjenigen Aufwendung ermöglicht, die der Staat zur Verbesserung oder Vertiefung jedes dieser Flüsse über das natürliche Maß hinaus im Interesse der Schifffahrt gemacht hat.

Die Erhebung dieser Abgaben hat spätestens mit Inbetriebsetzung des Rhein-Weser-Kanals oder eines Teils desselben zu beginnen.“

Der § 18 ist speziell für uns, für unsere Kollegen Innenschiffer viel zu wichtig, als daß er hier so nebenbei erledigt werden könnte. Wir werden noch eingehend darauf zurückkommen. Hier interessiert uns nur der § 19. Er ist ein Beispiel, mit welchem Machtbewußtsein das preussische Parlament sich ausgerüstet fühlt. Mit der faktischsten Miene von der Welt beschließt diese Dreiklassenkammer ein Gesetz, das ganz Deutschland tief berührt. In der Verhandlung der außerordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt vom 5. Mai 1909 gab der freisinnige Abgeordnete Gothein eine scharfe Kennzeichnung dieser Methode. Er sagte nach dem Bericht in der „Zeitschrift für Binnenschifffahrt“ (1909, S. 367) folgendes:

„Ich bin den Herren aus Bayern ganz besonders dankbar, daß sie uns auf das Klarste dargelegt haben,

warum sie, die früher so ausgesprochene Gegner der Schiffsabgaben waren, nunmehr so „erbitterte“ Anhänger derselben sind; aus dem einfachen Grunde, weil sie durch den Staatsvertrag, den Preußen mit Bayern über die Fortführung der Kanalisierung des Maines geschlossen hat, nunmehr, um diese Kanalisierung zu erlangen, gezwungen sind, dafür einzutreten, daß Abgaben auf den offenen Wasserstraßen erhoben werden. Deshalb, weil Preußen unter Ausnutzung der Notlage Bayern dazu gezwungen hat, diesen Staatsvertrag mit ihm abzuschließen... Eine Ausbuchtung der Notlage und des Leichtsinns... der preussischen Regierung hat seinerzeit stattgefunden... Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses... hat die preussische Regierung gegen ihren Willen gezwungen, in das Wasserstraßengesetz eine Bestimmung hineinzubringen, die gegen das Reichrecht, gegen die Verfassung des Deutschen Reiches verstößt. Nun bricht bekanntlich Reichrecht Landesrecht, aber niemals Landesrecht Reichsrecht, geschweige denn die Reichsverfassung. Es war eine der unerhörtesten Beschlüßfassungen, die jemals in einem einseitigen Parlament vorgekommen sind.“

Freilich war es das, aber Preußen darf sich so etwas schon erlauben. Preußen ist die Vormacht in

Klassenkampf.

Wir sind die Armen, ihr die Reichen,
Wir sind die Hungerer, ihr seid satt —
Da gibts kein Danken und kein Weichen,
Bis sich der Kampf entschieden hat.

Ihr werdet nimmer uns verstehen,
Weil ihr das Elend nie gefühlt.
Weil nie des Hungers wildes Wehen
In Not und Leiden euch durchwühlte.

Was euer Nub, ist unser Schaden,
Was unsere Lust, ist euer Leid —
Da helfen keinerlei Tiraden,
Das ist der Zwiespalt dieser Zeit.

Umsonst das Locken und das Werben
All eurer Schreiberkreatur,
Die Klassenmacht muß gehn in Scherben,
Das ist die einzige Lösung nur.

Gleich müssen Wehr und Waffen werden
In dieses Lebens Kampf und Not,
Der eine nicht auf hohen Pferden,
Der andre nicht im Straßenkot.

Der eine nicht in allen Monnen,
In Müßiggang und Weberfluß,
Der andre fern dem Licht der Sonnen,
In Nacht und Graun, in Kampf und Ruch.

Bevor ihr nicht den Zwiespalt schlichtet,
Bevor ihr das nicht lösen könnt,
Bleibt eine Schranke aufgerichtet,
Die weiter uns als Meere trennt.

Deutschland, und nicht nur Vormacht, sondern die über Deutschland herrschende Macht. Was Preußen will, geschieht, dafür sorgt schon sein Uebergewicht im Bundesrat. Gegen die Schiffsabgaben haben Sachsen und Baden eine vorzügliche Denkschrift herausgegeben. Und doch konnte bei der ersten Lesung des Entwurfs im Reichstag der Regierungsvorsteher stolz verkünden, daß der Bundesrat zur Einstimmigkeit gelangt sei. Ein Kunststück ist das nicht. Es darf als ausgeschlossen betrachtet werden, daß Preußen im Bundesrat je in der Minorität bleibt. Wenn sich eine Verfassungsänderung, wie Preußen sie durch den § 19 des Wasserstraßengesetzes verlangt, einmal gegen diesen Staat selbst richtete, so ist sie undurchführbar. Der Artikel 78 der Verfassung sagt im ersten Absatz:

„Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben.“

Da Preußen von 58 Bundesratsstimmen 17 besitzt, kann sich eine Verfassungsänderung, und sei sie noch so notwendig, gegen den Willen dieses „Reichstaates an der Elbe“ niemals durchsetzen. Um so rücksichtsloser setzt er dafür seinen eigenen Willen durch. Es ist hier nicht der Platz, auf die Verfassungsgeschichte näher einzugehen. Nur soweit sie mit unserem Thema zusammenhängt, sei auf die Uebermacht Preußens hingewiesen. Wie Bayern kirre gemacht worden ist, haben wir oben an Gotheins Ausführungen dargelegt. Trotzdem hätte man annehmen dürfen, daß sich 14 Bundesratsstimmen finden würden, die dem preussischen Antrag eine Abgabe erteilen und verhindern würden, daß sich nun der Reichstag mit der Frage überhaupt beschäftigen muß.

Welche Mittel aufgewendet worden sind, um den Gegnern den Mund zu stopfen, läßt sich nur ahnen. Es hat aber bereits einmal einen Fall gegeben, der Preußen in die Minderheit verjagte. Gradnauer erzählt davon in seinem Buch „Verfassungsweisen und Verfassungskämpfe in Deutschland“ folgendes:

„Am 3. April 1880 faßte bei Beratung des Gesetzesentwurfs über die Erhebung von Reichssteuerabgaben der Bundesrat den Beschluß, daß Quittungen über Postanweisungen und Postvorschußleistungen steuerfrei bleiben sollen. Der Beschluß wurde mit 30 gegen 28 Stimmen gefaßt, Preußen, Bayern und Sachsen blieben in der Minorität. Darauf erklärte jedoch Bismarck, den Majoritätsbeschluß nicht verfechten zu wollen und kam Kaiser um seine Entlassung ein. Der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch ab, indem er Bismarcks Verhalten für wohl begründet erachtete und die Entlassung abgab: „Ich muß es Ihnen vielmehr überlassen, bei mir und demnächst beim Bundesrat diejenigen Anträge zu stellen, welche die verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Konflikt der Pflichten herbeizuführen geeignet sind.“ Also im ersten Fall, wo Preußen überstimmt wurde, noch dazu aus Anlaß eines sehr geringfügigen Gegenstandes, weigerte sich Preußen, sich dem verfassungsmäßigen Mehrheitsbeschluß des Bundesrats zu fügen und drohte mit Verfassungsänderung. Der Bundesrat ging jedoch dem Konflikt aus dem Wege, nahm die Beratung des strittigen Gesetzes nochmals auf und änderte seinen früheren Beschluß nach dem Wunsche des Reichskanzlers.“

Dieser Vorgang gibt den Schlüssel für das Rätsel, das darin liegt, daß Preußen mit seinem Antrag im Bundesrat durchbringen konnte. Der preussische Antrag ist heute ein Antrag der Regierung geworden. Man kann auch begreifen, warum Preußen plötzlich darauf verzichtete, unter Aufwendung der verschrobensten Dialektik die Gegenfähigkeit des § 54 der Reichsverfassung und des § 19 des preussischen Wasserstraßengesetzes abzustreiten. Vor dem Richterstuhl der Logik und des klaren Menschenverstandes mußten diese Versuche elend scheitern, wenn auch zugegeben werden muß, daß der § 54 der Reichsverfassung durchaus nicht einseitig ist. Am 21. Oktober 1910 ist dem Reichstag der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben“ zugegangen, der mit einer Verfassungsänderung eingeleitet wird.

Die statistischen Erhebungen betreffs Einführung der Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenschifffahrt.

—VII—

Ueber das von den Krankenkassen beigebrachte Material heißt es im Gutachten:

Nach den Auskünften der Krankenkassen gehörten von den 15 863 im Binnenschiffahrtsgewerbe beschäftigten Personen, über welche Mitteilung gemacht ist, 13 164 dem Deckpersonal an, darunter waren 1734 Schiffsführer, 2094 Steuerleute, 9336 Bootskente und Schiffsjungen. Auf je 100 Personen des Deckpersonals sind 29,0 Krankheitsfälle, die zur Gewährung von Krankengeld oder Krankenhauspflege Veranlassung gegeben haben, gekommen, insbesondere bei den Schiffsführern 19,7, den Steuerleuten 31,1, den Bootskenten und Schiffsjungen 27,1. Demgegenüber hat in demselben Jahre in der Krankenversicherung im Deutschen Reiche bei sämtlichen Klassenarten die mittlere Erkrankungsnummer für die männlichen Mitglieder 43 pCt. betragen. Für die versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend (Vergl. das im Kaiserl. Statistischen Amte bearbeitete Druckwerk „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend“, 2. Bd. S. 3) stellte diese Ziffer sich im Durchschnitt aller Altersklassen auf 39,6 pCt. Danach war der Gesundheitszustand des Deckpersonals im Durchschnitt anscheinend bedeutend besser, als bei jenen Krankenkassenmitgliedern, insbesondere auch der Gesundheitszustand der Bootskente und Schiffsjungen, also des vorwiegend mit grober Arbeit beschäftigten Teiles des Deckpersonals. Von den Krankenkassen des Binnenschiffahrtsgewerbes sind nur noch Auskünfte über das Lebensalter der ihnen angehörenden Schiffsführer, Steuerleute, Bootskente und Schiffsjungen usw. gegeben worden. Danach haben unter anderem von den Bootskenten 90,6 pCt. den Altersklassen unter 40 Jahren angehört, also in demjenigen Alter gestanden, in welchem die Erkrankungsnummern im allgemeinen niedriger als im späteren Lebensalter sind, von den versicherungspflichtigen Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse dagegen 80 pCt.

Von Bedeutung ist ferner folgende Feststellung: Wie vom Verein der Ewerführer und Kassen-schütenshiffer in Hamburg in seinem Bericht ausgeführt ist, ergänzen sich die Schiffer durchweg aus den ländlichen Ortschaften an den Flüssen; fränkliche, schwäbische und ältere Personen werden nicht angenommen oder sofort entlassen.

Ueber die in der Binnenschifffahrt üblichen Arbeitszeiten werden folgende beachtenswerte Ausführungen gemacht:

Es wird nun auf die Frage einzugehen sein, ob und inwieweit anzunehmen ist, daß auf die vorstehend festgestellten Gesundheitsverhältnisse, die bei der Erhebung im Binnenschiffahrtsgewerbe ermittelte tägliche Arbeitszeit infolge ihrer Dauer von schädigendem Einfluß gewesen ist. Als solche gesundheitlichen Schädigungen kommen in Betracht eine allgemeine Schwächung des Körpers, hervorgerufen teils durch zu lange fortgesetzte anstrengende Arbeit, teils durch Schlafmangel,

ferner Verletzungen, verursacht durch Uebermüdung und dadurch bedingte Erhöhung der schon vorher vorhandenen Unfallgefahr.

Was zunächst die Erhöhung der Unfallgefahr betrifft, so ist die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, wie später noch eingehend für die einzelnen im Binnenschiffahrtsgewerbe zur Verwendung kommenden Schiffarten gezeigt werden wird, in zahlreichen Fällen von zu langer Dauer, daß als unausbleibliche Folge davon der Eintritt von Uebermüdung und das Nachlassen der Aufmerksamkeit zu erwarten sind. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß nach den Ergebnissen der Erhebung während der Fahrperiode die regelmäßige tägliche Arbeitszeit einschließlich etwaiger Pausen — mehr als 18 Stunden betragen hat:

- a) von den Fährern, die nach Bedarf fahren, im Winter bei 1 Fährer mit einer beschäftigten Person und im Sommer bei 5 Fährern mit 6 beschäftigten Personen,
- b) von den Personendampfschiffen im Sommer bei 0,8 pCt.,
- c) von den Güterdampfschiffen im Sommer (insgesamt 363 Schiffe mit 1393 Personen) bei 46 Schiffe mit 155 Personen und im Winter (insgesamt 312 Schiffe mit 1160 Personen) bei zwei Schiffen mit drei Personen,
- d) von den Segelschiffen und Schleppflößen im Winter (insgesamt 1068 Fahrzeuge mit 1731 Personen) bei 11 Schiffen mit 32 Personen und im Sommer (insgesamt 1443 Schiffe mit 2250 Personen) bei 198 Schiffen mit 369 Personen.

Dazu kommt noch, daß die Mannschaft zahlreicher Schiffe, wenn auch nur ausnahmsweise, so doch nicht bloß vereinzelt ununterbrochen länger als 24 Stunden beschäftigt wird. Derartige Vorkommnisse sind namentlich bei Güterdampfschiffen, bei Segelschiffen und Schleppflößen festzustellen. Von Güterdampfschiffen ist die Besatzung auf 1 Schiff mit 8 Personen ununterbrochen bis zu 26 Stunden, auf 1 Schiff mit 7 Personen bis 28 Stunden, und auf 3 Schiffen mit 8 Personen bis 30 Stunden, auf 1 Schiff mit 5 Personen 30 bis 35 Stunden, auf 9 Schiffen mit 28 Personen 35 bis 40 Stunden, auf 6 Schiffen mit 33 Personen mehr als 40 Stunden wiederholt beschäftigt worden; auf 7 Schiffen mit 29 Personen hat die Arbeitszeit länger als 24 Stunden betragen, jedoch hat sich ihre Dauer nicht näher ermitteln lassen.

Eine so lange Arbeitszeit ist ein-, zwei oder dreimal im Monat in je 6, viermal in 1, fünfmal in 4, und mehr als zehnmal in einem Falle vorgekommen. Bei Segelschiffen hat die Besatzung auf 7 Schiffen mit 9 Personen über 24 bis 26 Stunden, auf 8 Schiffen mit 16 Personen über 26 bis 28 Stunden, auf 9 Schiffen mit 16 Personen über 26 bis 30 Stunden, auf 7 Schiffen mit 12 Personen mehr als 30 bis 35 Stunden, auf 54 Schiffen mit 120 Personen über 35 bis 40 Stunden und auf 60 Schiffen mit 123 Personen mehr als 40 Stunden gedauert. Eine so lange Arbeitszeit fand sich einmal im Monat bei 38 Schiffen, zweimal bei 39, dreimal bei 21, viermal bei 12, fünfmal bei 6, sechsmal bei 3, siebenmal bei 1, achtmal bei 3, neunmal bei 2, zehnmal bei 3, mehr als zehnmal bei einem Schiffe.

In allen diesen zahlreichen Fällen von übermäßig langer Beschäftigung, sei es in regelmäßiger Arbeitszeit, sei es in Ausnahmefällen, ist anzunehmen, daß die Mannschaft gesundheitlich infolge von Uebermüdung einer erhöhten Unfallgefahr ausgesetzt war.

Daß tatsächlich Uebermüdung als Entstehungsursache für die im Betriebe der Binnenschiffahrt vorkommenden vergleichsweise zahlreichen Unfälle (siehe oben) von nicht unerheblicher Bedeutung gewesen ist, dürfte daraus zu schließen sein, daß von den 812, seitens der oben bezeichneten Binnenschiffahrts-Versicherungsgesellschaft im Jahre 1908 erstmalig entschädigten Unfälle 173 auf „Fall von Leitern, Treppen usw., Rufen usw.“ und 291 auf „Schiffahrt und Verkehr zu Wasser (Fall über Bord usw.)“ treffen, so daß zusammen 57,1 pCt. dieser Unfälle auf Vorgänge zurückzuführen sind, auf deren Vermeidung das Maß der aufgewandten Aufmerksamkeit von erheblichem Einfluß ist.

Aus der

Reichsversicherungs-Kommission.

XVIII.

Die Kommission erlebte die weiteren Vorarbeiten über die Krankenversicherung; allerdings, indem sie die wichtigsten Streitfragen zurückstellte. Hierbei ließ sich die Kommission von dem Gedanken leiten, daß am Schlusse der Beratung jene Fragen am leichtesten gelöst werden können. Ganz besonders kommt in Betracht das Beamtenrecht und die Arztfrage, die noch zu sehr eingehenden Debatten Anlaß geben werden.

Leider konnten unsere Vertreter in der Kommission irgendwelche nennenswerten Verbesserungen nicht mehr durchsetzen, in jedem Falle mußten sie sich aufs Äußerste bemühen, um die von den Konservativen und Nationalliberalen beantragten und meistens von dem einen Teil des Zentrums unterstützten Verschlechterungen zu Fall zu bringen. Bei den Bestimmungen für die besonderen Berufszweige bemühten sich die Konservativen ganz besonders, in der Landwirtschaft die Rechte der Arbeiter aufs Äußerste einzuschränken, noch mehr als dies nach den Beschlüssen

der ersten Lesung der Fall sein sollte. Das Ergebnis der Verhandlung ist, daß von einer Selbstverwaltung in den Landfrankenassen überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Die Vorstandsmitglieder werden von den Gemeindebehörden ernannt und an eine irgendwie praktische Kontrolle der Beamten in dem Vorstand ist gar nicht zu denken. Beim Wandergewerbe gelang es den Sozialdemokraten, eine Verbesserung durchzusetzen. Die Wandergewerbetreibenden werden meistens die Unterstützung aus ihren Frankentassen fern von ihrem Wohnort und dem Bezirk der Krankenkasse erhalten. Mit Rücksicht hierauf ist in der Vorlage der Grundsatz durchgeführt worden, daß die Wandergewerbetreibenden Anspruch nur auf die Regelleistungen, d. h. die Mindestleistungen der Klasse haben sollen, weil dann jede andere Klasse, in deren Bezirk der Wandergewerbetreibende erkrankt und unterliegt werden müßte, ohne weiteres wisse, welche Entschädigungsansprüche der Kranke macht. Hiernach ist es ausgeschlossen, daß die Wandergewerbetreibenden irgendeine Mehrleistung in Anspruch nehmen könnten, selbst dann, wenn sie sich in dem Bezirk ihrer Krankenkasse aufhielten. Da diese Beschränkung sachlich unberechtigt ist und eine schwere Schädigung der Wandergewerbetreibenden zur Folge haben könnte, beantragten die Sozialdemokraten, den Frankentassen die Befugnis zu erteilen, durch ihre Satzungen den Wandergewerbetreibenden auch Anspruch auf die Mehrleistungen während des Aufenthalts der Berechtigten in dem Bezirke der Klasse zu gewähren. Wenn sich also die Angehörigen des Wandergewerbetreibenden in dem Bezirk der Klasse aufhalten und die Klasse die Familienversicherung eingeführt hat, so steht den Familienangehörigen der Wandergewerbetreibenden auch der Anspruch auf diese Mehrleistung zu. Ebenso hat einen Anspruch auf Mehrleistungen der Klasse der Wandergewerbetreibende auch dann, wenn er erkrankt, aber zu seiner Heimkehr in die Heimat zurückgekehrt ist. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf angenommen.

Eine sehr wichtige Debatte gab es über die Ersatzklassen, d. h. über diejenigen freien Hilfsklassen, welche als Ersatz der Zwangsklassen gelten sollen. Die Regierungsvorlage läßt nur solche freie Hilfsklassen als Ersatzklassen zu, die erstens mindestens tausend Mitglieder haben, zweitens mindestens die Regelleistungen der Zwangsklassen gewähren und drittens bereits vor dem 1. April 1909 als Ersatzklassen zugelassen sind. Außerdem sollen sie auch der Beschränkung unterliegen, daß sie den Kreis der versicherten Personen so belassen müssen, wie er am 1. April 1909 bestanden hat. Es sollen also weder neue Ersatzklassen gegründet werden, noch sollen die bestehenden Ersatzklassen ihren Wirkungsbereich erweitern können. Die Sozialdemokraten erklärten sich damit einverstanden, daß die Ersatzklassen besetzt werden, aber nur dann, wenn auch andere kleine Klassen nicht mehr zugelassen würden und den Arbeitern in den Zwangsklassen das Selbstverwaltungsrecht in seiner Beschränkung würde. Da diese beiden Voraussetzungen aber nicht erfüllt sind, vielmehr ganz kleine Betriebe und Zunftklassen zugelassen worden sind und das Selbstverwaltungsrecht so gut wie aufgehoben worden ist, so erklärten die Sozialdemokraten den Fortbestand der Ersatzklassen für unbedingt notwendig, damit die Arbeiter jederzeit beweisen können, daß sie unter wirklicher Selbstverwaltung viel mehr leisten können, als die von Arbeitgebern und Beamten bedürftigen Zwangsklassen. Deshalb forderten die Sozialdemokraten, daß die Zwangsklassen, wofür sie tausend Mitglieder haben und mindestens die Regelleistungen gewähren, unbeschränkt zugelassen werden. Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum lehnten dies jedoch ab. Die Regierungsvorlage bestimmte, daß die Mitglieder der Ersatzklassen zugleich auch Mitglieder der zuständigen Orts-, Betriebs- oder Zunftkrankentassen sein sollen. In diesen Klassen sollten aber ihre Rechte ruhen, während die Arbeitgeber dieselben Rechte und Pflichten haben sollten, wie wenn ihre Arbeiter nur den Zwangsklassen angehören. Die Arbeitgeber sollten also ihr Wahlrecht in den Zwangsklassen ausüben und auch ihren Beitragsteil an die Zwangskassen abliefern. Dem gegenüber beantragten unsere Genossen, daß der Arbeitgeber seinen Anteil an die Ersatzklassen zu leisten habe, denn es erscheint ganz unbillig, daß die Zwangsklassen einen Teil der Beiträge für die Mitglieder der Ersatzklassen einzuziehen, obgleich sie für diese gar nichts leisten. Auch diesen Antrag lehnten die bürgerlichen Parteien ab.

Ganz besonderen Wert legten endlich die Konservativen darauf, daß den Landarbeitern verboten würde, sich den Ersatzklassen anzuschließen. Sie gaben offen zu, daß sie zu dieser Stellungnahme aus Furcht vor der sozialdemokratischen Agitation gekommen seien; würden Ersatzklassen auf dem Lande gegründet werden, so würden die Sozialdemokraten diese Gelegenheit zur Agitation und Anfeindung ausnützen. Die Sozialdemokraten bekämpften ganz entschieden die Entziehung der Landarbeiter und wiesen darauf hin, daß es viele gewerbliche Arbeiter gibt, die zeitweise in der Landwirtschaft arbeiten, weil sie andere günstige Arbeitsgelegenheit nicht finden. Diese Arbeiter müßten aus ihrer Zwangsklasse in die andere übertreten, wenn sie nicht berechtigt wären, Mitglieder einer Ersatzklasse zu werden. Gehören sie aber einer Ersatzklasse an, dann setzen sie in der Lage, in dieser Klasse zu bleiben und ihre Ansprüche aufrechtzuerhalten, sowohl während ihrer Arbeit in gewerblichen Betrieben als auch während ihrer landwirtschaftlichen Arbeit. Die bürgerlichen Parteien bestanden darauf, den Landarbeitern den Zutritt zu einer Ersatzklassenliste zu verbieten. Sie kamen aber den Sozialdemokraten insoweit entgegen, daß sie die gewerblichen Arbeiter, die nur vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigt sind, nicht jener Ausnahmebestimmung unterstellten. Entsprechend einem Beschlusse der ersten Lesung wurden auch die Gärtnere von jener Bestimmung ausgenommen.

Der Streik der Fensterputzer bei der Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaser-Zinnungemeister G. G. m. b. H.

Ein bedeutender Lohnkampf entbrannte am Jahresanfang bei obgenannter Firma, der jetzt nach einer Dauer von 3 1/2 Wochen mit einem glänzenden Sieg für unsere Kollegen beendet wurde. Von vornherein wollen wir darauf hinweisen, daß es nicht unsere Schuld war, wenn diese Lohnbewegung in einen erbitterten Streik ausartete. Vielmehr war es die Firma, die unter allen Umständen den Streik wollte, in der Hoffnung, durch den Streik die böse Organisation der Transportarbeiter aus dem Betriebe entfernen zu können. Diese Hoffnung war allerdings eine trügerische. Daß die Firma den Streik durchaus wollte, beweist das provokatorische Vorgehen derselben gegen unsere Kollegen sowohl, als auch gegen unsere Berliner Verwaltung. Seit dem Jahre 1908 bestand mit der G. G. M. Berliner Glaser-Zinnungemeister ein Vertrag, der ultimo Dezember seinem Ende entgegenging. Diesen Tarifvertrag auf ein weiteres Jahr zu verlängern, war unmöglich, da er in seinen Bestimmungen den heutigen Verhältnissen in keiner Beziehung entsprach, weshalb auch der Tarifordnungsgemäß von uns gekündigt ist. Unsere Kollegen aus dem Betriebe der „G. G. M.“ hatten in verschiedenen Versammlungen ihre Wünsche inbezug auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Form eines Tarifentwurfs aufgestellt, der dann der Firma unterbreitet wurde. Die Firma erklärte sich auch zu Verhandlungen bereit und hat dann eine solche stattgefunden. Dem Ausschussrat und Vorstand der Gesellschaft lag aber allem Anschein nach nichts an einer Verständigung, denn man machte uns Zugeständnisse, die statt einer Verbesserung der bestehenden Verhältnisse eine Verschlechterung bedeuteten. Man erklärte sich großmütig bereit, eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Woche zu gewähren, wenn auf der anderen Seite eine Verlängerung der Arbeitszeit von täglich einer halben Stunde eintrete. — Das heißt: ein Geschäft; 50 Pf. pro Woche und 3 Stunden Arbeitszeitverlängerung. Es ist wohl selbstverständlich, daß wir ein derartiges Angebot als unannehmbar ablehnten. Da aber Vorstand und Ausschussrat der Gesellschaft erklärten, weitere Angebote ohne vorherigen Beschluß der Generalversammlung nicht machen zu können, wurden die Verhandlungen abgebrochen. In einer Versammlung lehnten unsere Kollegen das eigenartige Angebot der Gesellschaft einstimmig ab, beauftragten aber die Lohnkommission, erneut an die Firma heranzutreten und um annehmbare Zugeständnisse zu ersuchen. Das ist geschehen, indem wir ein entsprechendes Schreiben an die Firma sandten.

Eine Antwort erhielten wir nicht. Nur eine telefonische Mitteilung wurde uns, nach der die Gesellschaft weitere Verhandlungen ruidweg ablehnte. Am 31. Dezember, also am Sylvesterabend, wurden dann 12 unserer Kollegen angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen, an deren Stelle am 2. Januar circa 20 Arbeiter vom Lebinschen „neßen“ Bund angenommen waren, die auch zur Arbeit erschienen. Das war eine Provokation schärfster Art. Der 1. Vertrauensmann des Betriebes versuchte vermittelnd einzugreifen und wies die Geschäftsleitung darauf hin, daß es unbillige Erbitterung hervorgerufen würde, wenn man unseren Kollegen zumuten wollte, mit Arbeitern vom gelben Bund zusammen zu arbeiten. Zudem aber wäre es doch notwendig, daß zunächst die Entlassenen berückichtigt würden. Die Geschäftsleitung lehnte aber den Vermittlungsversuch in brüster Weise ab und drohte dem Vertrauensmann ebenfalls mit der Entlassung. Das war denn doch zu stark und konnte man es unseren Kollegen nicht verargen, wenn sie als Antwort auf das provokierende Verhalten des Herrn Direktors Neubarth einmütig die Arbeit niederlegten. Gleich am 1. Streiktag gelang es unseren Kollegen, die angeordneten Arbeitswilligen vom gelben Bund von ihrer unsolidarischen Handlungsweise zu überzeugen und auch für die folgenden Tage der 1. Streikwoche Arbeitswillige fernzuhalten, so daß der Betrieb gänzlich von Arbeitskräften entblößt war. Die Firma setzte sich nunmehr mit dem berechtigten Streikbrecheragenten Paul Oberländer in Verbindung, demselben, der auch beim Streik der Kollegen Leitergerüstbauer sein trauriges Gewerbe ausübte und den Essener Streikbrechertypus an Mann vermittelte. Dieser famose Herr erklärte sich bereit, binnen einigen Tagen 100 Streikbrecher zu liefern, natürlich für entsprechende Entschädigung. Das war aber leichter gesagt als getan, denn mehr als 22 Arbeitswillige zu liefern, war auch dem in derart Geschäften doch gewiß bewanderten Oberländer nicht möglich. Wenn die G. G. M. glaubte, nun in Oberländer und seinem Streikbrechertypus genügend Ersatz für ihre alten bewährten Arbeiter zu haben, so täuschte sie sich ganz gewaltig. Die Kundschaft der G. G. M. bedauerte sich jedenfalls dafür, mit diesen Elementen in nähere Verbindung zu kommen. Hinzu kommt noch die aufseherregende polizeiliche Ueberwachung der Streikbrecher, wodurch die Kundschaft gewissermaßen zurückschreckte und lieber schmutzige Fenster bezog. Gehelben gar nicht reinigen ließ. Man versuchte auch durch Provokationen aller Art unsere Kollegen Streikenden zu unüberlegten Handlungen zu bewegen, man hoffte gewissermaßen auf ein zweites Moabit. Diese Rechnung war aber umsonst ausgefallen. Feststellen wollen wir, daß sich unsere Kollegen nicht provozieren ließen, sondern eine musterartige Disziplin währten. Wenn verschiedene Herren glaubten, wiederum Arbeiterblut fließen sehen zu können, so hatten sich diese sehr geirrt. Den Gefallen haben wir ihnen nicht getan.

Alle Anstrengungen der Firma, mehr Ersatzkräfte zu finden, waren vergeblich. Im Gegenteil wurde der Oberländer Arbeitswilligentrupp täglich kleiner

und schmolz schließlich ganz zusammen. Schließlich weigerte sich auch das kaufmännische Personal, mit Leuten a la Oberländer und Konforten in ständiger Verbindung zu stehen. Über immer noch glaubte die Firma, unter keiner Bedingung nachgeben zu dürfen, und wurde sie hierin bestärkt durch den Herrn Direktor Nubarth, der sich als der starke Mann fühlte. Selbst das Angebot des Herrn Magistratsrats v. Schulz, der als Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts seine Vermittlung anbot, lehnte die Firma ab. Nach 2 1/2 wöchiger Dauer des Streiks hatte man aber doch wohl eingesehen, daß, wenn die Existenz der Anstalt nicht in Frage gestellt sein sollte, die Firma annehmbare Zugeständnisse machen müsse. In einer Verhandlung mit dem Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft und uns gewährte die Firma eine Lohnzulage von 2,- M. pro Woche und solle dieses Zugeständnis als Provisorium gelten, bis der Abschluß eines Generalarbeits für die Reinigungsbranche erfolge. Unsere Kollegen lehnten dieses Angebot als zu gering ab und beschloßen, im Streit auszuharren, bis die Firma einen Anfangslohn von 25,- M. und einen Höchstlohn von 29,- M. pro Woche zugestehen. Die Wünsche der Streitenden lehnte der Aufsichtsrat ab mit dem Bemerkung, daß zu weiteren Zugeständnissen die Zustimmung der Generalversammlung der Genossenschaft eingeholt werden müsse. Inzwischen ruhte der Betrieb vollständig. Endlich nach Verlauf von weiteren 3 Tagen bequimte sich die Gesellschaft, den Wünschen der Streitenden Rechnung zu tragen, indem nachstehendes Provisorium vereinbart wurde:

B e s c h l u ß .

Unter der Voraussetzung, daß die angebahnten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des Fensterreinigungsgewerbes von Berlin und Umgebung und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, bezüglich Abschlußes eines korporativen Lohnarbeits für die Arbeitnehmer zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Resultat führt, beschließen die sich im Auslande befindlichen Arbeitnehmer der Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaser-Tünngemeister E. G. m. b. H. folgendes:

Die Arbeit wird am Donnerstag, den 26. Jan. 1911 unter der Bedingung aufgenommen, daß der Anfangslohn auf 25,- M. und der Höchstlohn auf 29,- M. festgesetzt wird. Desgleichen für die Anfänger pro Woche 21,- M.

Jeder Arbeiter erhält somit eine sofortige Lohnzulage von 3,- M. pro Woche. Die Arbeitnehmer behalten sich vor, falls der oben erwähnte korporative Lohnvertrag abgelehnt wird, erneut mit der Firma bezüglich Abschluß eines Tarifvertrages für die Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaser-Tünngemeister in Verhandlung zu treten, jedoch bleibt die Lohnfrage unberührt.

Die Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaser-Tünngemeister E. G. m. b. H. erklärt sich mit Vorstehendem ausdrücklich einverstanden.

Berlin, 25. Januar 1911.

U n t e r s c h r i f t e n .

Somit wurde dieser erbitterte Lohnkampf nach 3 1/2 wöchiger Dauer beendet. Das ist gewiß ein hoch erfreulicher Erfolg, der einzig und allein ermöglicht wurde durch ein gesundes *tabiles* Organisationsverhältnis. Hier wie auch bei allen anderen Lohnkämpfen zeigt es sich, daß nur dann eine wirksame Vertretung der Interessen unserer Kollegen möglich ist, wenn der Gedanke der Einigkeit, des geschlossenen Zusammenhaltens verwirklicht ist. Möge es auch für die Zukunft jeder Kollege als vornehmste Pflicht erachtet: den Auf- und Ausbau der Organisation. Geschleht das, dann werden auch für unsere Kollegen Fensterputzer bessere Zeiten kommen.

Der erste deutsche Frauentag.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen in Deutschland zählt heute schon nach Millionen. Es gibt innerhalb der Arbeiterklasse wohl kaum eine Frau, die nicht entweder sich selbst ernähren muß oder doch in irgend einer Form zur Ernährung der Familie mit beiträgt. Durch die Gesetzgebung wird die Lebenshaltung der Arbeiterschaft immer mehr erschwert. Die wirtschaftlichen Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden erbitterter, zumal der Staat und seine Organe das Unternehmertum in seinen Abwehrmaßnahmen gegenüber den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen unterstützt. Das Koalitionsrecht, das Recht, sich zusammenzuschließen zu dem Zweck, sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, wird durch Auslegung der Gesetze und das Verhalten mancher Behörden oftmals geradezu aufgehoben. An der Ausgestaltung der Gesetzgebung im arbeiterfreundlichen Sinne sind deshalb in gleicher Weise Arbeiter und Arbeiterinnen interessiert.

Letztere sind nun von der direkten Einwirkung auf die Gesetzgebung bis heute dadurch ausgeschlossen, als sie kein Recht haben, sich an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften zu beteiligen. Diese Rechtlosigkeit, die nicht erklärt werden kann durch geistige Minderwertigkeit noch dadurch, daß gesagt wird, die weibliche Bevölkerung leiste dem Staat keine Dienste, ist in einer Zeit, in der die Frauen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Betätigung in der Öffentlichkeit gedrängt werden, ohne Schaden für die Gesamtheit nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten, u. a. die Gestaltung des Arbeiterschutzes, der Ausbau der Arbeiterversicherung mit ihren für die Arbeiterinnen ganz besonders wichtigen Bestimmungen, fordern die Beteiligung der weiblichen Bevölkerung an den Wahlen und ihre Mitwirkung in den gesetzgebenden Körperschaften als eine dringende Not-

wendigkeit. Hinzu kommt für die Arbeiterinnen, daß sie infolge ihrer politischen Rechtlosigkeit auch von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten, den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, ausgeschlossen sind.

Aus all diesen Gründen ist deshalb der Beschluß der sozialistischen Frauentagung in Kopenhagen, darauf hinzuwirken, daß von der politischen und den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder an einem Tage im Jahre für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts öffentlich Propaganda gemacht wird, sehr zu begrüßen.

Für Deutschland wird dieser Frauentag am Sonntag, den 19. März stattfinden. Er wird veranstaltet von der sozialdemokratischen Partei, die stets für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts eingetreten ist.

Auch die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, daß dieser Tag zu einer Massenbewegung zugunsten des Frauenwahlrechts wird. Ihre Mitglieder werden deshalb nach Möglichkeit für guten Versammlungsbetrieb, namentlich durch Frauen, sorgen. Handelt es sich doch darum, die Indifferenten von der Notwendigkeit der Eringung des Frauenwahlrechts und der Anteilnahme der Arbeiterinnen an alle die Allgemeinheit berührende Fragen zu überzeugen und ferner durch Massenbesuch der Versammlungen am 19. März die Forderung zu einer gewaltigen Demonstration zu gestalten, die ihren Eindruck auf die maßgebenden Kreise nicht verfehlen wird.

Keine Arbeiterin darf an diesem Tage den Versammlungen fernbleiben. Bedeutet doch die Eringung des Frauenwahlrechts einen Schritt auf dem Wege zu wirtschaftlicher und sozialer Befreiung.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Berlin. Als amtliche Sachverständige, die beauftragt sein sollen, Kraftfahrzeuge und Fahrer von solchen zu prüfen und darüber Gutachten und Zeugnisse auszustellen, sind jetzt noch die Ingenieure Max Steinberg und Friedrich Wedekind, Ingenieure beim Dampfessel-Revisionsverein „Berlin“ zu Berlin NW, 23, Vestfingstr. 34, für den Verbandspolizeibezirk Berlin ernannt worden.

Berlin. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Geschäftsz- und Privatchauffeure, welche am 18. Januar stattfand, nahm den Jahresbericht der Branchenleitung entgegen. Das Ergebnis dieses Berichts stellt für diese Branche einen großen Schritt nach vorwärts fest. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 509 auf 922, die sich auf 404 Privat- und 518 Geschäftsz-Chauffeure verteilt. Außerdem sind noch mehrere Chauffeure im Verband unter anderen Berufen eingetragen, deren Zahl schwer festzustellen ist. Die Tätigkeit der Branchenleitung für das Jahr 1910 erstreckt sich auf 7 Sitzungen der Branchenleitung, 3 derselben mit der Sektionsleitung, 4 Vertrauensmännerversammlungen, 39 Betriebsversammlungen, 12 allgemeine Branchenversammlungen, 6 Versammlungen für Privatchauffeure. Außerdem 6 Zusammenkünfte mit anderen Chauffeurvereinigungen. An Lohnbewegungen waren die Geschäftsz-Chauffeure in 6 Betrieben beteiligt, wobei der Lohn durchschnittlich um 2 M. pro Woche erhöht und für lange Arbeitszeiten Entschädigungen erzielt wurden. Auch im Betrieb der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker kann nach dem Streik eine Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses festgestellt werden, was immerhin der Organisation zu verdanken ist. Der Bericht wurde seitens der Kollegen mit Genugtuung entgegengenommen. Die Neuwahl der Branchenleitung ergab folgenden Resultat: Es wurden gewählt als Branchenleiter der Kollege M. Fisch, Schriftführer Kollege M. Viedt, außerdem die Kollegen W. Meyer, Kob. Harling, Ost. Schulz als Beisitzer und Kollege F. Nettig als Branchenberater. Hierauf referierte der Vorsitzende über die Bewegung unter den Privatchauffeuren und wurde für diese Branche eine aus fünf Kollegen bestehende Agitationskommission gewählt. Des Weiteren wurde einstimmig beschlossen, anstatt des 30 Pf. Ortsfonds einen wöchentlichen Beitrag von 60 Pf. zu zahlen. Bezüglich der Stellenvermittlung wurde ein Antrag an die Bezirksverwaltung einstimmig angenommen, dahingehend, einen branchenübigen Kollegen im Arbeitsnachweis anzustellen. Nachdem noch bezüglich der Vertretung in der Bezirksverwaltung, Beteiligung an Vergütungen und andere geschäftliche Angelegenheiten Stellung genommen, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.

Die „politisch Neutralen“. Es ist erbaulich, mit anzusehen, wie sich die Organe des „Kartells“ und der „Genossenschaft“ schon vorher um die Leute streiten, die sie dem bösen „Handels- und Transportarbeiterverband“ rauben möchten. Fast eine halbe Seite wird uns jetzt im „Kraftwagenführer“ ständig gewidmet und der „Chauffeur“ ist auf diese „billige Kellame“ für uns sehr reichlich. Mit der Wahrheit nehmen es beide Blätter nicht genau. Wandwurmähnliche Artikel müssen herhalten, um unsere Organisation und sehr bewährten Unterstützungseinrichtungen zu verleunden und herabzusetzen. Da wir wissen, daß der „Kraftwagenführer“ an Stoffmangel sehr zu leiden hat, billigen wir ihm ohne weiteres mildere Umstände zu. Auf seine „Saar-späler- und Wortklauberlein“ können wir leider nicht eingehen, weil wir uns zur Zeit mit wichtigeren Berufsangelegenheiten zu beschäftigen haben. Originell ist nur, daß der „Kraftwagenführer“ die Last- und Droschkenchauffeure unserer Organisation gnädigst überlassen will und nur allein die Interessen der Privatchauffeure vertreten möchte. Andererseits nehmen aber die Kartellvereine und auch die gelbe „Genossenschaft“ gern die Droschken- und Lastwagenchauffeure auf, so-

viel sie bekommen können. Oder weiß der Redakteur des „Kartellorgans“ dies nicht? Wir sind darum nicht böse, kennen wir doch als Fachleute den Gang der Entwicklung zu genau. Je mehr die Chauffeure erkennen lernen, in welchen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen sie leben, desto mehr schwindet bei ihnen die Neutralität und um so früher werden sie sich unserer Organisation anschließen. Daß dieses geschieht, dafür werden wir durch unsere Klärung schon sorgen. Auch die Privatchauffeure lernen immer mehr einsehen, daß es mit der „gesicherten Existenz“ oder mit der Lebensstellung Ewig ist. Dafür sorgen schon die Automobilbesitzer selbst und die „liebe“ Behörde. Nur ein kleiner Teil wird übrig bleiben, der davon zeugt, daß es unter den Chauffeuren auch einmal eine gelbe Mischung gegeben hat. Es sind diejenigen, die nicht alle werden, deren Vertretung überlassen wir gern dem „Kraftwagenführer“ und dem „Chauffeur“.

Weiter ist es originell, daß der Redakteur des „Kraftwagenführer“ sich und den Vorstehenden des Kartells mit einem Gewerkschaftsangehörigen auf eine Stufe stellt. Sind sie doch beide Unternehmer und sorgen als solche in erster Linie für ihr eigenes Geschäft. Arbeitgeber eignen sich nun einmal nicht gut als Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Davon hat uns die Zeit nur einmal unzählige Beispiele geliefert. Anders verhält es sich mit dem Gewerkschaftsangehörigen, der lediglich zur Vertretung der Berufsinteressen seiner Kollegen angestellt ist. Außerdem kennen wir die Entstehung des „Kraftwagenführer“ zu gut, wenn uns auch dessen Redakteur noch soviel Unkenntnis der Dinge vorwirft. Aber damit genug für diesmal.

Unsere, von diesem Organ verdrehten und herabgesetzten Unterstützungseinrichtungen, deren Abrechnungen im „Courier“ öffentlich bekannt gegeben werden, an dieser Stelle noch einmal zu verteidigen, wäre Raumverschwendung. Das Wachstum unserer Organisation selbst zeigt, daß unsere Mitglieder es verstehen, diese Einrichtungen zu würdigen.

Hamburg. In der Branche Kraftwagenführer hielt ein Kollege einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Das Automobil als das modernste Verkehrsmittel“. Redner führte aus, wie das Auto gegen früher durch technische Verbesserungen auf eine ganz andere Stufe gebracht sei, auch seien die Chauffeure qualitativ ebenfalls um ein Bedeutendes besser geworden. Die Reisen durch Afrika auf ungeschützten Wegen, ebenfalls die Fahrten auf Motorschiffen bei den Fahrten zum Südpol haben das ihrige getan, um dem Auto zum Siegeszug zu verhelfen. Es sei bedauerlich, daß die Behörden teilweise noch so scharf vorgehen gegen die Chauffeure, während man den oberen Zehntausend dagegen recht viel Spielraum gelassen hat. Die Methode einiger Beamten, die, um recht viel Bestrafungen zu bringen, sich hinter Bäume und Häusern und Räumen verstecken, wurde ja schon einmal von der Regierung gerügt und Veränderung zugefügt, es ist jedoch alles beim Alten geblieben. Der Hamburger Sachverständige, Herr Prägenstein, hat, wie eine Gerichtsverhandlung in Reinbek bewies, Gendarmen, instruiert, daß sie sich abends zwischen zwei Laternen aufstellen sollen, um eine gewisse Strecke unter Kontrolle zu haben. Wie ein Herr Köhler (M. d. N.) über die Autofahrer denkt, ist durch eine Aufforderung jenes Herrn an die Bauern seines Wahlkreises offenbar geworden. Der Herr Köhler fordert die Gutwahrer auf, mit dem Revolver auf die Autos aufzupassen. Wenn solches geschieht von Herrn, die doch geistig auf der Höhe sein wollen, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Automobile teilweise so verhaßt sind. Obwohl noch Fortschritte zu erwarten sind, ist es in erster Linie Pflicht der Chauffeure, durch die für dieselben in Betracht kommende Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, für Abhilfe zu sorgen. Durch ständigen Weisfall dankte die Versammlung dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. In der lebhaften Diskussion wurde das Gesagte bekräftigt und teilweise noch ergänzt. Die Kollegen werden aufgefordert, mehr Solidarität zu üben und sich nicht durch gegenseitige Denunziationen zu Strafverfügungen zu verhaseln, wie dieses der Kollege Snaad zugab, in zwei Fällen getan zu haben. Ebenfalls wurde gewünscht, daß die Zeitungen objektiver berichten und nicht die Chauffeure von vornherein als die Schuldigen hinstellen, ehe nur die Untersuchung abgeschlossen ist. In die Branchenleitung wurden gewählt die Kollegen Bernward, Charpentier, Lertz, Müller und Siebold. Als Ortsverwaltungsmittglied wird der Kollege Charpentier vorgeschlagen.

Leipzig. Die Privaterebeleute Aker in München beauftragten die Automobilfirma Weizbach, ihnen für eine Drei-Tagespartie nach Trol einen zuverlässigen Chauffeur zu stellen; man sandte ihnen den achtzehnjährigen, als guten und zuverlässigen Fahrer bekannten Chauffeur D. In der Nähe des Ortes Schm. verunglückte jedoch das sehr schwere Automobil dadurch, daß es wegen großer Schlüpfrigkeit des Weges, der zudem ziemlich steil abfiel, ins Schlenndern geriet und an den Gitterraum einer Villa stieß; hierbei trugen die Elemente Aker ziemlich schwere Verletzungen davon. Da dargetan erschien, daß der unverletzt gebliebene D. mit einem Tempo von mindestens 20-25 km, statt der bei der Schwierigkeit des Weges gebotenen 9-11 km pro Stunde gefahren war, so wurde D. vom Landgericht München I wegen fahrlässiger Körperverletzung verbunden mit Übertretung der Straßenpolizeiverordnung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In seiner beim Reichsgericht anstehenden Revision rügte er u. a. Verletzung des Begriffs der Fahrlässigkeit; er habe nicht die ihm vermögliche seines Berufs obliegende Pflicht zu besonderer Aufmerksamkeit verlegt und nicht die Voranschaulichkeit des Vorfalls erkannt; der Unfall sei lediglich zurückzuführen auf eine unglückselige Reihe von zusammenhängenden Einzelursachen, auch ein ort-

kundiger Chauffeur hätte den Unfall bei der Gefahr des Schleuderns und der Ungunst der örtlichen klimatischen Verhältnisse nicht vermeiden können. Er (der Angeklagte) habe sich zudem noch fast mitternächtig, demnach in entschuldbarer Unkenntnis des Tatumsandes der Fahrlässigkeit befunden. Dem gegenüber wendete der Rechtsanwalt ein, daß die Fahrlässigkeit insbesondere daraus hervorgehe, daß der Angeklagte sich über den Weg nicht informiert und auch keine Karte bei sich hatte. Gemäß seinem Urtrage erkannte der höchste Gerichtshof auf Verurteilung der Revision.

Droschkenführer.

Arbeitgeber-Terrorismus. Wir haben kürzlich die Petition des Dresdener Droschkenbesitzervereins in dieser Blatte eingehend besprochen und wird uns jetzt dazu noch folgendes mitteilen:

Wenn die Droschkenbesitzer über Mangelklagen, so ist dieses doch wahrlich kein Wunder; denn wer soll sich der Gefahr aussetzen, daß, wenn er jahrzehntelang seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, und er vertritt einmal zu streifen, wie die Herren Besitzer, um seine wirtschaftliche Existenz zu verbessern und zu einem auskömmlichen Lohn zu kommen, er dann plötzlich auf die Straße geworfen wird.

Die Eingabe der Droschkenbesitzer zeigt ja zur Genüge, mit welchen Mitteln diese Leute arbeiten. Mit welcher eblen Dreistigkeit sie sich mißliebige Personen vom Halbe zu schaffen versuchen, zeigt folgendes Zeugnis, das die Entlassenen erhalten haben. Diese Zeugnisse, die im Original uns vorliegen, sind von verschiedenen Arbeitgebern ausgestellt, was beweist, daß die ganze Sache planmäßig vor sich geht.

Das Zeugnis lautet:

Zeugnis.

Hiermit bescheinige ich, daß Herr vom bis 15. Januar bei mir als Droschkenführer in Dienst gestanden hat. Derselbe war fleißig, treu und ehrlich und während dieser Zeit Mitglied der Kasse.

Ich mußte ihn entlassen, da derselbe laut Beschlusses des Droschkenbesitzervereins ausgeschrieben worden ist.

Dresden, den 1911.

Unterschrift.

Wir haben mit Rücksicht vorläufig den Namen weggelassen, weil wir sonst der Gerechtigkeit halber sämtliche Zeugnisse zum Abdruck bringen müßten. Einer der Entlassenen ist im Besitze des Diploms für treue fünfzehnjährige Dienste an einer Arbeitsstelle. Das zeigt so recht die ganze Wertlosigkeit derartigen Auszeichnungen. Sie werden nur verliehen für Hundedemut und geduldiges Ausdauern unter den traurigsten Verhältnissen. Wagt aber der Arbeiter in derselben Weise wie die Arbeitgeber seine Interessen zu vertreten, im Notfall auch durch Streik, wie die Besitzer auch drohen, so wird er unerbitlich ausgesperrt. Solche Lehren sind aber notwendig und wir können als Arbeiter diesen Herren nur dankbar sein, für diese notwendige, wenn auch für die Betroffenen schmerzhafteste Aufklärung. Das letzte Wort über diese brutale Handlungsweise wird aber noch an einer anderen Stelle gesprochen werden, davon können die Herren Droschkenbesitzer überzeugt sein.

Hamburg. Die Branche Droschken- und Stallkutscher hielt kürzlich ihre Januarversammlung ab. Die Droschkenführer wählten, nachdem beschlossen, das Thema: „Die Konsumgenossenschaften“ zur nächsten Versammlung zu vertragen, als Branchenleitung die Kollegen Born, Butenschön und Spier. Als Revisor zur Ortsverwaltung wird der Kollege G. Graff vorgeschlagen. Die mangelhafte Beteiligung bei Verhandlungen verstorbener Kollegen, wurde lebhaft bedauert und allgemein der Wunsch ausgesprochen, wie früher wieder, den sich an der Beerdigung beteiligenden Kollegen eine Pracht zu stellen.

Fensterputzer.

Dresden. Die Sektion der Fensterputzer hielt ihre Branchenversammlung am 11. Januar ab. Der Sektionsleiter berichtete über unsere Tätigkeit im Jahre 1910. Daraus war zu ersehen, daß im verfloßenen Jahre insgesamt stattgefunden haben: sechs Versammlungen, 16 Betriebsbesprechungen und drei Lohnbewegungen, außerdem wurde ein Unterhaltungsabend und eine Sommerpartie veranstaltet, die sehr gut besucht waren. Die Lohnbewegungen bei den Instituten „Saxonia“, „Hölnitz“ und „Victoria“ führten in allen drei Instituten zu Tarifabschlüssen, welche den dort beschäftigten Kollegen ganz annehmbare Lohnaufbesserungen brachten. Organisiert waren am Schlusse des Jahres 68 Kollegen von circa 100 am Orte beschäftigten Fensterputzern. Es ist das ein kleiner Rückgang gegenüber am Schlusse des Jahres 1909, doch ist dies sehr erklärlich, da nach jeder Lohnbewegung viele Mitglieder wieder austreten. Hoffentlich werde im neuen Jahre, wenn jeder Kollege mitarbeitete an dem Ausbau der Organisation, so schloß Redner seinen Bericht, diese Scharte wieder auszuweihen, bis der letzte Mann unserer Organisation angehört. In der darauf folgenden Neuwahl der Sektionsleitung und des Branchenvertreters wurde die bisherige Sektionsleitung und Kollege Müller als Branchenvertreter mit großer Mehrheit wieder gewählt. An der weiteren Debatte beteiligten sich einige Kollegen, die verschiedene Mißstände in ihren Betrieben zur Sprache brachten. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem kurzen Hinweis auf die uns bevorstehenden Aufgaben in diesem Jahre die gut besuchte Versammlung.

Hiel. Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert. Die Unternehmerpresse, allen voran die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, schreit sich fast die Kehle wund nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter. Der „Terrorismus“ der Arbeiter hat seine Grenzen, so und noch anders kann man es fast in jeder Zeitungsummer lesen. Wo aber die wirklichen Terroristen sitzen, hierfür ein Beispiel: Wie den Lesern des „Courier“ bekannt sein wird, stellten die Fensterputzer im August 1910 Forderungen an ihre Unternehmer. Nachdem es zum Streik gekommen war, fand die Lohnbewegung durch Tarifabschluß ihr Ende. Unterzeichnet wurde der Tarif von den Firmen Kiesecke, Dickermann, Ziesch, Schröder und Büschel. Wer aber nun geglaubt hatte, während der Dauer des Tarifes würde Friede im Gewerbe herrschen, der hatte nicht mit den streikwilligen Herren Schröder und Büschel gerechnet. Nicht genug damit, daß fortwährend in ihren eigenen Betrieben Differenzen ausbrechen, — nein, diese beiden Herren versuchen auch mit allen Mitteln in anderen Betrieben Unfrieden zu stiften. Selbstverständlich genießen diese Herren den Schutz des Glas- und Gebäudereinigungs-Institutsinhaber-Verbandes, ja dieser Unternehmerverband, der die beiden obengenannten Unternehmer aus seinen Reihen ausgeschlossen hatte, weil sie angeblich keine reine weiße — Weste anhaben, hat die Herren Schröder und Büschel wieder in Gnaden aufgenommen und Herrn Schröder sogar als Schriftführer der hiesigen Verwaltungsstelle bestelligt, ohne daß die — reine weiße Weste berichtigt wurde. In einer Versammlung dieses Unternehmerverbandes wurde nun folgender Plan ausgeheckt und seine Ausführung beschlossen:

„Die Firma Dickermann wird aufgefordert, einen vollständigen Personalwechsel vorzunehmen, d. h. ihre alten Arbeiter zu entlassen. Sollte die Firma diesen Verlangen nicht nachkommen, so soll das Geschäft des Herrn Dickermann ruiniert werden und zwar dadurch, daß die übrigen Unternehmer der Kundenschaft des Herrn Dickermann billigere Preise für das Putzen der Fenster anbieten. Ist dann diese Firma ruiniert, dann sollen die Preise viel höher hinaufgeschraubt werden, als sie jetzt sind.“

Dieser saubere Plan wurde denn auch in Szene gesetzt. Dickermann, der für sein Geschäft fürchtet, fing an, seine Leute zu entlassen. Nun griff aber der Transportarbeiterverband ein und die Folge war, — Dickermann mußte den Arbeiter wieder einstellen. Darob nun große Entrüstung bei den übrigen Unternehmern, zu denen auch der im Neben große Herr Böllers gehört. In der letzten Versammlung des Unternehmerverbandes wurde beschlossen und zwar auf Antrag von Schröder und Büschel:

„Dickermann wird aus dem Verband ausgeschlossen, weil er den gesachten Beschluß nicht durchgeführt hat.“

Hierzu wollen wir bemerken, daß man Dickermann gar nicht um seine Meinung befragt, sondern einfach diktiert hatte: „So hast Du zu handeln.“ Nimmst nun die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ auch von diesem Terrorismus Kenntnis? Es gibt ja hier in Hiel ein gewaltiger Mitarbeiter dieses Blattes, der ja auch von obigem Bescheid weiß. Ob hier der Staatsanwalt eingreifen wird, wie es so oft gegen Arbeiter geschehen ist? Bemerkten wollen wir noch, daß die Arbeiter der Firma Dickermann weder gestreikt noch sonst irgend welche Differenzen mit ihrem Unternehmer gehabt haben.

Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Flößer.

Achtung! Binnenschiffer Elbe, Oder und Märkischen Wasserstraßen. Wir eruchen die Kollegen, uns den Aufenthaltsort resp. die Adresse folgender Schiffsleger mitzuteilen, da wir diese in einer schwebenden Prozesssache bedürfen. Oskar Troitsch aus Miegripp, Finowmahlahn; Albert Schwefel aus Zebdenick, Finowmahlahn; August Wrieße aus Fürstentwalde; Wilhelm Pirrow, Zehdenick; Rudolph Wunsch, Charlottenburg; August Dürr, Neichenborn-Fürstentwalde; Arnold Weidemann, Hamburg. Ferner eruchen wir den Kollegen Stephan Groski, Bobronitz, um Angabe seiner Adresse, da wir demselben in seiner Klagesache Mitteilungen zu machen haben.

Ein empfehlenswerter Gastwirt in Lauenburg a. d. Elbe. Als vor einiger Zeit mehrere organisierte Bootleute sich in der Restauration zum „Alten Schifferhaus“ in Lauenburg zusammenfanden, gefellte sich auch ein unorganisierter Bootsmann zu ihnen. Da aber organisierte Bootleute nicht mit jedem Hinz und Kunz gleich Freundschaft schließen stellte einer an den neu hinzugekommenen die folgende verständliche Frage, ob er auch organisiert sei. Doch war ihm kaum die Frage entfahren, kam schon der Wirt herbeigekürzt, der sich solche Unterhaltung in seinem Lokal verbat. Es wäre von diesem Herrn jedenfalls richtiger, wenn er morgens das Thema bekannt gibt, über das seine Gäste den Tag über reden dürfen. Damit sich der Redefluß aber auch in den richtigen Bahnen bewegt, muß er selbst die Leitfäden bestimmen. Wie gesagt, das wäre für den Wirt eine Notwendigkeit. — Da organisierte Bootleute aber keine Heloten sind, und auch einen Gastwirt, der von ihren Groschen lebt, als Vormund nicht brauchen können, so werden sie in Zukunft in der Zahlstelle bei L. Schreier verbleiben. Hier brauchen sie sich keinen Maulkorb anzulegen, wenn sie ihre Verbandsinteressen wahren wollen. **Hamburg. Binnenschiffer.** Mitglieder-Versammlung am 18. Januar. Ein Kollege sprach über die Delegiertenversammlung vom 9. u. 10. Jan.

in Verlin. In großen Zügen ließ er die Verhandlungsgegenstände Revue passieren. Der Erfolg des vergangenen Jahres müsse der Agitation neuen Aufschwung geben.

Warnung für Binnenschiffer, welche im Hamburger Hafen verkehren. In 8 Fällen ist bereits unseren Kollegen, welche an den einzelnen Schuppen beim Verladen tätig waren, das Portemonnaie mit Inhalt gestohlen worden. In den meisten Fällen in der Zeit zwischen 5 bis 6 Uhr abends. Im allgemeinen herrscht die Gewohnheit bei den Schiffsmannschaften, daß sie, wenn sie im Raum arbeiten, die Ruhe schließen und den Schlüssel in einer verborgenen Ecke verbergen. Dieses scheinen die Diebe zu beobachten, und während unsere Kollegen bei der Arbeit sind, führen sie den Raub aus. Es ist deshalb notwendig, sorgfältiger als bisher vorzugehen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen.

Ferner möchten wir unseren Kollegen empfehlen, in Krankheitsfällen, sobald sie dem Krankenhaus überwiesen werden, ihre Barschaft an Geld im Bureau zur Aufbewahrung abzugeben. Wir müssen jetzt in zwei Fällen feststellen, daß die örtlichen Krankenhäuser nicht die ganze Unterhaltung des Kranken im Krankenhaus übernehmen, obgleich sie nach dem Statut dazu verpflichtet sind. Die Verwaltung des Krankenhauses hat ohne weiteres den Restbetrag von dem aufbewahrenen Geld unserer Kollegen nach ihrer Genesung in Abzug gebracht. Es muß nun erst in beiden Fällen Klage geführt werden, um unseren Kollegen zu ihrem Geld zu verhelfen. Bei Unfällen usw. sind wir gerne bereit, die Sachen in Aufbewahrung zu nehmen.

Die Verwaltung der Binnenschiffer Hamburg.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Branche: Seearbeiter, am Sonntag, den 15. Januar. Es gibt einen Ueberblick über das verfloßene Jahr. Das abgelaufene Jahr ist ein Jahr des Kampfes und der Arbeit für unsere Branche gewesen. Mitglieder-Versammlungen haben zehn stattgefunden; außerdem fanden sieben Betriebsversammlungen und zwölf Obmannersitzungen statt. Die Arbeitsordnung bei der Boermann-Linie hat den besterregtesten Kollegen eine Verbesserung des Tageslohnes gebracht. Zu bedauern ist, daß die Hilfsarbeiter jetzt durch den Hafenbetriebsverein übermittelt werden, der die Hilfsarbeiter mit 3,40 Mk. entlohnt, ein Lohn, welcher unbedingt erhöht werden muß. Die Lohnbewegung der Kollegen bei der Levante-Linie hatte auch einen Erfolg. Alle Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden. Der wöchentlich auszahlende Lohn beträgt für die festen Arbeiter 28,— bis 30,— Mark wöchentlich, für Vorarbeiter 30,— bis 32,— Mk. Die Gangführer erhalten 30 Pf. Zuschlag für ihre Tätigkeit, auch soll ein Urlaub von drei Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Auch für die Staatsarbeiter ist eine Eingabe an die Handelskammer gerichtet worden, betreffs Erhöhung des Akkordzuschusses, jedoch glaubt man an jener Stelle es nicht nötig zu haben, eine Antwort zu erteilen. Hier muß es Aufgabe des Arbeiterausschusses sein, ganze Arbeit zu leisten und nicht verzagen, bis die gerechten Forderungen erfüllt werden. Es gibt alsdann das Erwerbslosen-Unterstützungsreglement bekannt, welches keine Änderungen erhalten hat. Die Kollegen, welche erwerbslos sind und sich vor Schaden bewahren wollen, haben dies zu beachten. Wobann ergänzt Redner noch die Ausführungen des Kollegen W. Die Agitation hat wohl einige Mitglieder gebracht, jedoch ist es nur ein ganz geringer Teil. Unter den Seearbeitern aller Betriebe muß eine ganz besonders energische Bewegung einsetzen. Intensive Agitation ist hier dringend notwendig. Noch haben wir viele Branchen, die mehr tun und das übrige dazu beitragen könnten, daß auch unsere Branche an Macht und Ansehen wächst. Jedes einzelne Mitglied muß stets dessen eingedenk sein, daß wir eine Kampforganisation sind, daß wir in schweren Kämpfen unsere Kräfte messen müssen, daß ein jedes Mitglied ein Agitator in seinem Kreise sein muß. Aber auch neue Mittel werden wir bereitstellen müssen zum Kampfe und zur Agitation. Wächst auch die Schaar unserer Feinde, splittern sich auch einzelne Verräter an der gemeinsamen Sache ab und schließen ihren Pakt mit den gelben Vereinen, das soll uns nicht beirren. Unsere Organisation, im Kampf geboren, sie wird weiter schreiben, Recht und Freiheit der Seearbeiter erringend. Auch bei der Boermann-Linie macht sich ein gelber Verein bemerkbar, der gegründet wurde von einem Kollegen, der uns den Rücken gekehrt hat, nachdem unsere Organisation ihm alle Rechte und Unterstützungen in seiner Unfallsache zuteil hat werden lassen. Die Kollegen werden aufgefordert, ein wachsames Auge zu haben und etwaige Portomonnies der Zeitung zu melden. Kollege S. wünscht, daß demnächst eine Betriebsversammlung für den Betrieb 1, Staatslai, abgehalten wird. Auch für die Kollegen bei der Hamburg-Amerika-Linie sollen Betriebsversammlungen in Gemeinschaft mit den anderen Branchen abgehalten werden. Ein Kollege vom Staatslai behandelte noch das Verhalten der Oberarbeiter bei der Lohninfrage; dieselben haben erklärt, sich nicht mit der Angelegenheit mehr befassen zu können, jedenfalls ist dies auf den Rat des Herrn Kadibirektors Winter hin geschehen. Weiter wurde die Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse einer scharfen Kritik unterzogen. Eine solche Wahlhandlung ist ungesetzlich und die Kollegen hätten zur rechten Zeit Protest erheben sollen. Zu den künftigen Wahlen fordert die Zeitung auf, daß jeder Kollege seine Pflicht tut. Sollten alsdann solche Sachen wieder vorkommen, dann solle man Protest erheben, eventuell bei der Behörde für das Versicherungswesen. Auch das Trinkgeldwesen wurde noch kritisiert. An einige Beamte wie Vorarbeiter wird noch Trinkgeld verteilt, um die Arbeiter mehr anzutreiben. Man solle den Antreibern, die den Zusatzlohn erhalten haben, bei

passender Gelegenheit die rechte Antwort zukommen lassen. Nachdem noch einige Kollegen zu dem Bericht gesprochen und ihren Dank für die Tätigkeit der Leitung erklärt hatten, wurden die Kollegen P. und N. wieder gewählt. Als Schriftführer wurde der Kollege N. gewählt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 25. März im "Gewerkschaftshaus" unser zwanzigjähriges Stiftungsfest abgehalten wird.

Hamburg. Branche: Schauerleute. Versammlung am 15. Januar. Den Bericht der Branchenleitung erstattet Karpiński: Der Zusammenschluß der Transport- und Hafentarbeiter hat dank der eifrigen Werbearbeit unserer Berufscollegen einen achtbaren Erfolg gezeitigt. Wir hatten vor dem Zusammenschluß 1296 vollqualifizierte Mitglieder in unserer Branche zu verzeichnen. Am 1. Januar 1911 zählten wir 2093 vollberechtigte Mitglieder, rechnen wir dazu 20 pCt. Restanten und die andern Verbänden angehörenden Kollegen, so dürften fast 3000 Schauerleute organisiert sein. Es ist notwendig, bei unserer Werbearbeit auf die in anderen Verbänden organisierten dahin einzuwirken, sich unserer Organisation anzuschließen, um ein einheitliches Arbeiten und Handeln zu ermöglichen. Die Zahlen zeigen uns aber auch, daß wir in bezug auf die uns fernstehenden noch ein wichtiges Stück Arbeit zu leisten haben, ehe wir den letzten Mann organisiert haben. Die der Einheitsorganisation anhaftenden Mängel zu beseitigen, wird unsere Aufgabe des nächsten Verbandstages sein. Wir werden unsere Stellung dazu frühzeitig präzisieren. Im verflossenen Jahre haben elf Branchenversammlungen, zwölf Obmänner- und 68 Betriebszusammenkünfte stattgefunden, außerdem Verhandlungen der engeren Kommission mit den Vertretern der Kontraktarbeiter, die wir aber, weil sie gegenstandslos geworden sind, abgebrochen haben. Wir hatten vor dem Gewerbegericht 18 Klagen zu vertreten. Davon waren beteiligt 84 Kollegen mit einer Summe von 240.— Mk. Gewonnen wurden neun Klagen. Durch Vergleich wurden zwei Klagen erledigt und verloren wurden fünf Klagen. Zwei Klagen sind noch nicht erledigt. Aus den Urteilen sind besonders nachstehende Auffassungen des Gewerbegerichtes hervorzuheben: Diejenigen Arbeiter, welche zu Mittag ausscheiden wollen, haben selber darauf zu achten, daß sie um 1 1/2 Uhr mittags die Arbeitsstelle verlassen; da nach Ansicht des Gewerbegerichtes die Wizen mehr zu tun haben, als sich um das rechtzeitige Ausscheiden einzelner zu kümmern. Entgegen früheren Entscheidungen, daß bei einer Beschäftigung über 1 1/2 Uhr mittags hinaus die Zeit mit 1,95 Mk. zu bezahlen ist, verkündete das Gewerbegericht in letzter Zeit: bei einer Beschäftigung über 1 1/2 bis gegen 12 Uhr ist diese Zeit mit 50 Pf. zu vergüten. Damit paßt sich das Gewerbegericht den Wünschen der Unternehmer an, die Arbeiter werden dagegen erheblich in ihrer Verdienstmöglichkeit geschädigt. Bezüglich der Durchrechnung des Lohnarfs seitens der Kollegen haben sich die Verhältnisse gebessert. Trotzdem versuchen die Stauer noch immer, die Kollegen für Längerarbeit zu gewinnen. Die völlige Beseitigung wird erst eintreten können, wenn alle Schauerleute organisiert sind und wir den Stauern ein "bis hierher und nicht weiter" entgegensetzen können. Unsere Forderung: Erhöhung des Tagelohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, wird angesichts der verminderten Kaufkraft des Geldes zur Notwendigkeit. Es ist schon aus diesem Grunde geboten, die Agitation lebhaft weiter zu betreiben, unsere Organisation zu festigen, um allesamt mit Entschlossenheit den baldigen Erfolg herbeizuführen. Alle Diskussionsreihen fordern die Kollegen zu Mitarbeit auf, um das gesteckte Ziel in kürzester Zeit zu erreichen. Darauf gibt H. den Bericht der Beschwerdekommission für die Schauerleute. W. wendet sich gegen die von Dr. Hager auf der Arbeitsnachweiskonferenz erhobenen Vorwürfe, bezüglich des Versuches der Arbeitervertreter, solche Arbeiter, die sich eines Vergehens schuldig gemacht haben, wieder in den Hafen hineinzubringen. Die Neuwahl der Branchenleitung zeigt folgendes Ergebnis: Karl Karpiński, 1. Branchenleiter; Theodor Schöning, Stellvertreter; Paul Hölzel, Schriftführer. Die Wahl der Fahnenkommission und der Kontrollen erfolgt durch Zuruf. Infolge der vorgezogenen Zeit wurde der dritte Punkt der Tagesordnung: "Die Unfälle und die Hamburger Hafenspekulation", vertagt und für die nächste Versammlung zurückgestellt. Nach der Aufforderung, für einen guten Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen, damit die in neuerer Zeit beliebte Methode der Hafenspekulation, die Arbeiter für die Unfälle verantwortlich zu machen, anstatt die künftigen fühlenden Personen (Wizen) zur Rechenschaft zu ziehen, die weiteste Verbreitung unter den Schauerleuten findet, damit dieses unerhörte Unrecht gebührend gekennzeichnet werden kann, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Vereinigung zur kirchlichen Fürsorge für die Fluß- und Kanalschiffer soll aus dem Berliner Etat 2000 Mk. zur Bekämpfung der Binnenflitterschiffersorganisation erhalten. In der Debatte über diesen Punkt sprach nur der sozialdemokratische Stadtvorordnete Dr. Wehl. Nach dem Bericht des "Vorwärts" vom 27. Januar führte er folgendes aus:

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die Gewährung von 2000 Mk. für die Vereinigung für die kirchliche Fürsorge der Fluß- und Kanalschiffer. Wenn die Schifferkinder sonst keinen Schulunterricht erhalten, dann hätte unsere Schulverwaltung dafür zu sorgen; aber unter keinen Umständen darf eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel, Kindern Unterricht zu erteilen, pietistische Zwecke verfolgt, subventioniert werden. Pietistische Tendenzen zu fördern, haben wir ebensowenig Veranlassung, wie voriges Jahr bei der Heilsarmee.

Noch viel weniger. Die Heilsarmee sagt doch wenigstens frei und offen heraus, was sie will, diese frömmelnde Vereinigung wittert aber in beschränkter Orthodoxie gegen alles, das sich nicht in ihre schwarze Zwangsjacke pressen läßt. Ihre angeblichen Zwecke sind dabei nur Aushängeschilder, um die wahren Absichten zu verbergen, um Dumme zu fangen. Wenn das Berliner Stadtparlament sich herbeiläßt, dieser Vereinigung 2000 Mk. Berliner Steuer Groschen zu schenken, dann wird sich im nächsten Jahre der be-rühmte Reichsverband melden. Dann werden die Arbeiter das Empfinden haben, daß die bürgerliche Mehrheit sich selbst die Summe bewilligt — weil sie im Interesse der Unternehmer verwendet wird. Eine Kommission wird über diesen Magistratsantrag zu Gericht sitzen. Wir hoffen, daß die sozialdemokratische Kritik den gleichen Erfolg haben wird, wie bei der im Vorjahr der Heilsarmee zugehenden Almosen-Abrechnung.

Aus der Flößerei. Einige regierungsfreundliche Zeitungen berichteten vor kurzer Zeit über Abänderungen des Floßverkehrs auf den märkischen Wasserstraßen, wozu auch die Neße und Warthe gehören. Jetzt heißt es: Flößer, sei auf dem Posten, hinein in die neue Organisation, um den Fieb, den man dir wieder beibringen will, abzuwehren! Die Potsdamer Handelskammer beschloß in ihrer jüngsten Sitzung, bei der Regierung darüber vorstellig zu werden, daß die zulässige Höchstmaße der Flöße auf den märkischen Wasserstraßen nach Breite und Länge über die im Entwurf der neuen Strompolizei-Ordnung vorgesehene Maße erhöht werden. Die Schiffer und Flößer werden hierüber einen heftigen Ton mitsprechen, denn schon heute herrscht bei den Flößern und Schiffern eine starke Gähnung. Die neuen Strompolizeilichen Vorschriften sind kaum ein paar Jahre in Kraft, und schon sind die Unternehmer dabei, die erlassenen Vorschriften wieder abzuändern, und zwar dahin, daß ihnen die Regierung gestattet, die Flöße versuchsweise bis 120 Meter schwimmen zu lassen und auch zu koppeln. Dieses ist schon einmal vor 1906 den Unternehmern von der Regierung zu Bromberg und Frankfurt a. D. versuchsweise gestattet worden. Dieses Unstimm, welches man an die Flößer stellt, würde zu Unzulänglichkeiten führen. Die Zeiten haben der Regierung damals gezeigt, daß es unbillig ist, die längere und breitere Verbindung von Flößen zu gestatten. Der Schiffsahrt wird dadurch großes Hindernis in den Weg gestellt, denn ein Floß von 120 Meter Länge bedeutet für die Dampfschleppschiffahrtzüge einen Hemmschuh. Der Strom würde dann so wie vor 1906 stets von quertreibendem Flößholz belegt sein. Da sollte doch die Regierung und die Handelskammer großes Bedenken hegen. Die Flößer der märkischen Wasserstraßen haben sich die jetzige Höchstlänge von 88 laufenden Metern 1906 erkämpft. Verschiedene Eingaben wurden damals von den Flößern und Schiffern an die Regierung gerichtet. Sogar der Schiffsverein "Germania", Landsberg a. M., beteiligte sich mit einer Eingabe an die Frankfurter Regierung um Erlaß neuer Vorschriften für Flößer. Schiffer und Flößer arbeiteten gemeinsam, und sollte heute an der bestehenden Verordnung zugunsten der Unternehmer abgeändert werden, so werden Flößer und Schiffer sich gezwungen fühlen, dahin zu wirken, daß man die kaum ein paar Jahre bestehenden Vorschriften wieder aufhebt. Wir wünschen nicht, daß sich die Regierung lockern läßt und den Floßholzunternehmern "versuchsweise" wieder 120 Meter gestattet werden. Geschieht dies, dann sind die Flößer da angelangt, wo sie vor 1906 standen. Auch der Arbeitstarif würde seinen Wert für die Flößer verlieren und es könnte leicht eine wilde Flößerei Platz greifen. Den Unternehmern hat es gefallen, daß sie durch den Rückgang der Organisation während der Krise die Flößer besser ausnützen können, und dazu soll nun noch die Ausbirtung von längeren und breiteren Flößen kommen. Die Flößer und Schiffer beabsichtigen, in ihren Winterversammlungen, welche im Februar stattfinden, dazu Stellung zu nehmen. Wir rufen den Flößern auch heute wieder zu: Hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband, dann wird jeder Versuch, die Lage der Flößer zu verschlechtern, abprallen. Die Organisation ist heute doppelt notwendig, denn ein neuer, alter Feind ist im Anzuge — der Kriegerverein.

Mit vieler Mühe ist es gelungen, in Zantoch wieder einen Kriegerverein ins Leben zu rufen, der am Sonntag mit vielem Klimum seine Fahnenweihe feierte und als Ersatz gilt für den im Jahre 1906 aufgelösten Verein. Wie mag so mancher Flößer dabei wieder an die vergangene Zeit zurückgedacht haben. Heute ist überall die Meinung im Orte, daß dieser Kriegerverein kaum wird Bestand haben. Den Flößern hat man erzählt, daß sie, unbeschadet, welcher Partei sie angehören, dem Verein beitreten können. Auf diese Art hat man einen kleinen Fang gemacht und die Flößer haben die Prügel von 1906 vergessen. Die Majorität der Flößer ist der Meinung, daß, wenn erst die Fahne bezahlet ist, die "verdächtigen Elemente" auch wieder fliegen werden. Ein organisierter Arbeiter hat jedenfalls in derartigen Vereinen nichts zu suchen, sondern hat alle Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen, um sich bessere Lebensbedingungen zu erringen.

Von der Rheinschiffahrt. Die Lohnbewegung der Matrosen ist manchen Leuten auf die Brust gefallen. War es früher selbstverständlich, daß die Matrosen von früh bis spät, Sonntags wie Festtags an die Arbeit gingen, ohne eine entsprechende Vergütung zu erhalten, so hat sich dies nun geändert. Ueberschlaue Unternehmer faheln schon von einem "Serrrenleben" der Matrosen. Man müsse sie mit

Macchandschuhen anfassen u. a. m. Wichtig ist und dies soll mit Nachdruck hervorgehoben werden: die Matrosen wollen als Menschen behandelt sein und sie werden sich eine menschenwürdige Behandlung durch ihre Organisation zu erkämpfen suchen. Die Zeiten sind endgültig vorüber, wo man den Matrosen so von oben herab anzusehen pflegte. Als die schärfsten Gegner der Organisation, neben den Unternehmern, entpuppten sich diejenigen Elemente, die nicht mehr so wie früher auf ihre Rechnung kommen. Unerfahrene, jüngere Matrosen sucht man zu bestimmen, für weniger Lohn als im Tarif festgelegt, zu arbeiten, obwohl der tarifliche Lohn bei der Firma in Rechnung gestellt und auch gezahlt wird. Nur die Matrosen erhalten ihn nicht. Man geht dazu über, namentlich bei jüngeren und unerfahrenen Matrosen, die Lohnliste schon vorher, also unaußgesehrt unterschreiben zu lassen. Die Scheu vor der Arbeitslosigkeit läßt immer einige die solidarische Pflicht vergessen und die unausgefüllte Lohnliste unterschreiben. Es sind Fälle festgestellt worden, wo die Matrosen, statt wie im Tarif vorgegeben 24.— Mk., nur 20.— und 23.— Mk. ausgezahlt erhalten haben. (Mannheim 60). Den Lohn haben jene Elemente eingestekt, die lieber heute als morgen sehen, daß die Organisation von der Bildfläche verschwindet. In der Regel sind es solche Schiffer, die vor Frömmigkeit nicht wissen, wie sie die Augen verdröhen sollen und im nahen verwandtschaftlichen Verhältnis mit dem "Nikolaus-Schiffereverbande" stehen. Wenn in der letzten Nummer des "Schiffer" von einem sozialdemokratischen Volksberaht gefaselt wird, so sagen wir hier ein christlicher Volksbetrug.

Nicht alle Schiffer, dies sei hier besonders hervorgehoben, gehen in dieser Weise vor, nur jene Elemente, die in den Matrosen nicht volle Menschen erblicken. Daß sie selbst aus dem Matrosenstande hervorgegangen sind, scheinen sie vergessen zu haben. Wenn die Schiffer nicht mit ihren seitherigen Löhnen auszukommen glauben, so ist ihnen wiederholt der Weg gezeigt worden, ihre nicht gerade beneidenswerte Lage zu heben. Es gibt heute Schiffsführer, bei denen Wochenlöhne von 29.— und 31.— Mk. gang und gebe sind. Wenn sie das Jahr hindurch hübsch artig gewesen sind, bekommen sie dann gnädig von den Aufsichtsräten eine Gratifikation zugebilligt. Wenn man in Betracht zieht, daß ein Schiffsführer eine große Verantwortung hat und für entfeindendes Manko auch noch haftbar gemacht wird, so kann man erntesten, daß sich diese Berufsgruppe in einer nicht gerade beneidenswerten Lage befindet. Wenn ihnen geholfen werden soll, so müssen sie es genau so machen, wie die Matrosen, sich einer Organisation anschließen, die ihnen Gewähr bietet, ihre Interessen voll und ganz zu vertreten. Und diese Organisation ist einzig der Deutsche Transportarbeiterverband!

Alten. Am Freitag, den 20. Januar fand eine öffentliche Schifferversammlung in Alten a. d. Elbe statt. Als Referent war ein Kollege aus Hamburg erschienen, welcher den 170 Zuhörern, darunter ein Teil Privatschiffer, die Entstehungsgeschichte der Binnenflitterschiffersorganisation darlegte. Ferner wies der Referent auf die Kämpfe hin, die geführt wurden zur Verbesserung der Lebenslage der Binnenflitterschiffer. Die Organisation ist den Unternehmern ein Dorn im Auge und man hat sich nun zu ihrer Vernichtung die Schifferpastoren herbeigezogen, welche durch Gründung von "nationalen" und "christlichen" Schiffervereinen eine Streibkriegertruppe organisieren wollten. Aber nicht die Pastoren allein, auch Schleusenmeister, Bauarbeiter und sonstige Regierungsangestellte arbeiten gegen uns, für die Unternehmer. Zum Schluß kommt dann noch der "vaterländische" Verein, der eifrig bemüht ist, unsere Organisation totzulegen. Im Vorjahre hat der vaterländische Vertreter sich verplappert und erklärt, daß Herr Pastor Mendelssohn für seine Hilfe von dem vaterländischen Verein unterzählt wurde und ferner, daß er von den Gesellschaften die Erlaubnis hätte, auf allen Fahrzeugen die Agitation zu betreiben. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Pfaffen dafür sorgen, jeden Kulturfortschritt illusorisch zu machen. Wenn jene "Seelenhirten" in irgend einer Weise aus purer Nächstenliebe wirklich gute und brauchbare Arbeit für die Schiffer leisten wollten, so hätten sie im vergangenen Sommer Gelegenheit dazu gehabt, einmal den Neederit praktisches Christentum zu predigen. Das aber haben die Pastoren und die Vertreter der vaterländischen Vereine nicht für notwendig gehalten. Es hätte ihnen sonst genau so gegangen, wie den Vertretern der Nikolaus an Rhein, denen die Unternehmer sagten, ob sie glaubten, daß ihnen die Unterstützung deshalb gegeben wäre, um für die Mannschaften Forderungen zu stellen. Herr Pastor Ebert hat die Sonntagsruhe aus kirchlichen Rücksichten gefordert, aber auf die Nachtruhe ist er mit keinem Wort eingegangen. Der Medner betonte noch scharf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Boots- und Steuerleute in unsere Organisation. Der Deutsche Transportarbeiterverband nimmt einzig und allein die Interessen der Kollegen wahr. Deshalb heißt die Parole für uns: Hinein!

Transportarbeiter.

Berlin. Expeditionsarbeiter. Am Sonntag, den 8. Januar 1911, fand eine gut besuchte Versammlung der Kollfutcher, Begleiter und Wobensarbeiter statt. Der Leiter der Sektion II hielt zunächst einen Vortrag über "Expeditionsgefahren, Versicherungsgesellschaften und Postzeit". In seinem Vortrage erörterte Medner zunächst den Vorgang, welcher sich am 1. November 1910 bei der Entlassung von zwei Kollfutchern in einem heftigen Expeditionsgeschäft abspielte.

(Die Angelegenheit ist in einem Artikel in Nr. 49 des „Courier“ vom 4. Dezember v. J. besprochen worden.)
 Dann unterzog Redner das Verhalten der Arbeitgeber des in Frage kommenden Betriebes, sowie der betreffenden Versicherungsgesellschaft einer scharfen Kritik. Ferner ermahnte Redner die Kollegen, daß sie in der bisherigen Einigkeit trenn zur Organisation halten mögen, damit sie gegen Übergriffe der Unternehmer geschützt seien. Nachdem erstattete der Branchenleiter den Bericht über die Tätigkeit derselben. Es wurden im Laufe des vergangenen Jahres abgehalten 13 Sitzungen der Branchenleiter, 15 Sitzungen der Vertrauensmänner, 13 große Versammlungen, 231 Betriebsbesprechungen. Außerdem fanden 33 Verhandlungen in einzelnen Betrieben statt, wegen Ausbruch von Differenzen, welche von den Kommissionen unter Hinzuziehung von Verbandsvertretern geregelt wurden. Es fand dann die Neuwahl der Branchenleitung statt. Gewählt wurden: als erster Branchenleiter der Kollege Fritz Werner, als zweiter Branchenleiter Ernst Sprenger, als Schriftführer der Kollege Otto Kraft, als Branchenberater der Kollege Fritz Büchel; als Vertreter der Kollegen Anton Schulz, Otto Herrns, Georg Eichner, Hermann Freuß, Wilhelm Golbig, Franz Peters, Robert Starke. Ueber die Frage der Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. zum örtlichen Fonds entspann sich dann noch eine längere lebhaft Debatt. Die meisten Redner waren der Meinung, es sei nicht angängig, daß die einzelnen Branchen hierüber Beschluß fassen sollten, sondern wünschten, die Generalversammlung von Groß-Berlin möge hierüber entscheiden. Schließlich lehnte die Versammlung es ab, einen Beschluß zu fassen, daß sich die Expeditionsarbeiter bereit erklären, 10 Pf. zum örtlichen Fonds zu zahlen. Dieser Beschluß ist um so bedauerlicher, als dadurch die Organisation gewiß nicht gefördert wird. Nachdem mit Hilfe der Organisation die letzte Lohnbewegung für die Kollegen so günstig verlaufen ist, hätten es die Expeditionsarbeiter und Kutscher als Ehrenpflicht angesehen müssen, nunmehr auch dafür zu sorgen, daß die Ortskasse gestärkt wird, was ja im Interesse der Kollegen selbst dringend notwendig ist.

Chemnitz. Die Häufigkeit und Schwere der Unfälle im Transportgewerbe ist notorisch und kennzeichnet insbesondere den Kutscherberuf als besonders rauh und gefährlich. Der Kautbau an Leben und Gesundheit tritt hier, wie in keinem anderen Beruf besonders stark in Erscheinung. Es gibt wenig ältere Geschirrführer, die nicht schon einen mehr oder weniger schweren Unfall erlitten haben. Mancher sogar mehrere. Gerade dieser Unfallhäufigkeit ist es zuzuschreiben, wenn nicht immer von jedem Falle besonders Notiz genommen werden kann. Es ist eben leider etwas alltägliches. In den letzten Tagen sind aber hier wieder einige besonders schwere Unfälle vorgekommen, die berechtigterweise Verurteilung unter den Kollegen hervorgerufen haben und wo es angebracht erscheint, den Ursachen etwas nachzugehen. Auf dem Südbahnhofe sind, in zwei verschiedenen Fällen, kurz hintereinander, zwei Geschirrführer beim Gegeneinanderfahren derart zwischen die Wagen eingeklemmt worden, daß sie schwere innere Verletzungen hierbei erlitten und von der Unfallstelle weg dem Krankenhause zugeführt werden mußten. Die Ursache dieser beiden Unfälle ist lediglich auf die beschränkten räumlichen Verhältnisse zurückzuführen, die zu dem kolossalen Güterverkehr in einem schreienenden Mißverhältnis stehen. Die Zustände auf diesem Bahnhofe bilden, das beweisen die hier besprochenen Unfälle aufs neue, für die in Frage kommenden Transportarbeiter eine Kette außerordentlich gefährlicher, deren baldige Abstellung zwingendes Erfordernis ist. Die Ortsverwaltung hat dieser Angelegenheit bereits ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet und wird sie demnächst zum Gegenstand der Verhandlung in einer öffentlichen Transportarbeiterversammlung machen. Die Kollegen setzen heute schon darauf hingewiesen.

Allgemeines.

Ultramontaner Terrorismus. Während des kurzen Ausstandes der oberbayerischen Kohlenbergleute hat das im Streikgebiet erscheinende „Zentrumsblatt“, der „Miesbacher Anzeiger“, ziemlich objektiv über die dortigen Vorgänge berichtet. Das hat im Zentrums-lager gewaltigen Zorn erregt, weil ja die christlichen Bergarbeiter von ihrer Organisation zum Streikbruch kommandiert worden waren. Dem „Miesbacher Anzeiger“ aber wurde dieser Tage von einem Münchener Zentrumsblatt mit Repressalien gedroht; es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß man ihm ein Konkurrenzorgan vor die Nase setzen werde. So ergeht es einem ultramontanen Blatt, das ausnahmsweise der Wahrheit die Ehre gibt. Der Erzbischof von München hat behauptet, die Zentrumspresse dürfe nicht lügen. Das oben angeführte Beispiel zeigt jedoch, daß in der Praxis geradezu Erpressungsversuche unternommen werden, um ein Zentrumsblatt zu verhindern, die Wahrheit zu sagen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Absatz 7a und b des Verbandsstatuts nachstehend genannte Mitglieder: In Dresden: Paul Gierst, Spt.-Nr. 150 008; in Düsseldorf: Heinrich Jung, Spt.-Nr. 247 863; in Lübeck: Wilhelm Pfennig, Spt.-Nr. 273 101; in Plauen: Gustav Michael, Spt.-Nr. 292 160; in Stuttgart: Heinrich Rüd, Spt.-Nr. 210 825.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

N. N.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kähler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Kassenbericht pro 3. Quartal 1910.

A. Einnahme.

In Kassenbestand am 1. 7. 1910:		M	h	M	h
Einnahmen durch die Ortsverwaltungen:				577410	68
Aufnahmegebühren à 1.- Mk.		9385	—		
à 50 Pf.		790	00	10155	—
Wochenbeiträge à 50 Pf.		438492	21		
à 45 "		21057	12		
à 40 "		48130	60		
à 35 "		41500	80		
à 30 "		2122	76		
à 25 "		17510	76		
à 20 "		9715	—	532435	75
Gaubeiträge		7198	60		
Schlußabrechnungen		131	62		
Retourzahlungen		44	—		
Duplikate		33	—	7877	52
In direkte Einnahmen der Hauptkasse:					
Abonnements		434	42		
Rückzahlungen		334	60		
Zinsen		1608	50		
Diverse		9	35	2386	87
In Einnahmen für Lohnbewegungen:					
Verkaufte Streikfondsmarken		3504	14		
Extramarken zur Bauarbeiter-Aussperrung		277	0	3781	19
Summa				1137546	96

B. Ausgabe.

Per Drucklegung der Verbandsorgane		M	h	M	h
Expedition		36721	75		
Redaktion		11768	79	50988	30
Unterstützungen:					
a) bei Arbeitslosigkeit		48012	18		
b) in Krankheitsfällen		14093	18		
c) an Beerdigungsbeihilfe		16348	70		
d) in besonderen Notfällen		3631	70		
e) Rechtschutz		4161	99		
f) bei Effektenverlusten		440	—	213330	75
Verwaltungskosten: a) persönliche		20237	10		
b) sächliche		85	—	28745	10
Druckfachen		7598	90		
Porto, Fernsprecher, Fracht zc.		1081	89		
Bücher, Zeitschriften zc.		8	92	24	
Renteilien		1575	90		
Versicherungsbeiträge		154	39		
Gauagitation		28873	8		
Allgemeine Agitation		570	15		
Zuschuß an Ortsverwaltungen		12612	31		
Beitrag zur V. T. F.		2757	8		
an Kartelle u. Sekretariate		270	—		
Konferenzen, Sitzungen zc.		3153	54		
Gewerkschaftskursus		1313	55		
Beitragsmarken		1125	—		
Bankspesen zc.		84	15		
Versehrungen		17	89		
Rechnungskonto		353	25		
Reichs-Sektionen		4018	15		
Diverse		67	7	80633	02
Ausgaben bei Lohnbewegungen:					
Unterstützung an Streikende		65126	29		
" " Gemahregelte		13893	77		
" " ausgesp. Verstarb.		76858	30		
Fernhalten des Zuguges		209	49		
Fortschaffen Zugereister		199	99		
Abgerichte Streikende		227	70		
Streikrechtschutz		43	2		
Persönliche Ausgaben		5032	47		
Sächliche		28	38	164377	07
Kassenbestand am 30. 9. 1910				595472	72
Summa				1133546	96

C. Bilanz.

Kassenbestand am 1. 7. 1910:		M	h	M	h
Einnahme		556136	33	577410	68
Ausgabe		538074	21		
Mehreinnahme				18062	09
Kassenbestand am 30. 9. 1910				595472	72

Berlin, den 24. 1. 1911.
 Die Revisionskommission:
 Berthold Streitner, Adolf Wied,
 Karl Fröhbrodt, Karl Mühlhahn.

Briefkasten.
 Der Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat uns wegen des Leitartikels in Nr. 45 vom vorigen Jahre verklagt. Falls die Kollegen draußen im Besitze von Material gegen den Reichsverband sind, wollen sie uns dieses umgehend zugehen lassen. Wir verfügen schon über einen hübschen Vorrat, aber je mehr, desto besser. Wir wollen den Herren ein bißchen einheizen. D. N.
 Berlin, Lenzen. Dein Bericht kommt unter Beigabe der Resolution erst in nächster Nr. zum Abdruck.
 An die Verwaltungen. Der diesmahligen Zeitungsendung liegt das Inhaltsverzeichnis des Courier, Jahrgang 1910, in einigen Exemplaren bei. Die Mitglieder wollen dieses von ihren Verwaltungen verlangen. D. N.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 3. Quartal 1910.

Gau bzw. Bezirk	Zahl der Mitglieder	Einnahme							Summa	Ausgabe											Summa																	
		Bestand vom vorigen Quartal	Eintrittsgebühren	Wochenbeiträge	Zum örtlichen Fonds	Beiträge zum Streikfond und Extraktsteuer	Sonstige Einnahmen	Devotische Krankentätigung		Devotische Beerdigungsbeihilfe	Sonstige Unterstützungen	Verwaltungsausgaben	Veranlagungen, Anzeigen, Referate und Druckfachen	Bücherei- und Zeitschriften	Kartell- und Sekretariatsbeiträge	Porto und Diverse	An die Hauptkasse gesandt	Kassenbestand																				
Gr.-Berl.	36637	84263	81	4197	19700	190	30	70	1810	20	16955	40	304282	01	70	1259	20	555	70	39979	98	4909	41	—	4110	30	7050	23	162892	80	88634	39	304262	01				
1	2867	933	38	630	12611	35	1725	05	55	10	2739	53	18694	41	—	34	—	36	95	5043	97	306	81	6	75	582	40	751	48	10090	61	1841	44	18694	41			
2	5135	10431	69	542	23511	55	2728	70	188	80	1249	49	38652	23	89	70	225	50	161	45	3892	14	508	15	153	38	426	40	822	17	19335	27	13033	07	38652	23		
3	2159	5612	59	283	11238	50	362	70	120	29	787	99	18405	48	52	50	—	—	133	50	221	65	40	85	223	84	854	58	9529	47	6511	94	18405	48				
4	2470	2169	44	255	10094	40	1039	95	60	10	4196	12	17815	01	—	—	—	—	67	85	2716	32	124	40	29	22	472	30	115	64	7924	63	6354	65	17815	01		
5	14365	59616	47	1502	77415	49	7951	55	2685	80	1501	42	150652	64	16	—	—	—	2133	55	14884	46	1832	69	170	28	1958	20	1254	02	64514	14	63096	30	150652	64		
6	6244	7842	25	789	31685	45	5924	—	32	10	1196	02	47469	32	1636	25	32	—	75	—	6559	47	812	81	127	60	1263	93	693	42	24630	76	11588	08	47469	32		
7	2837	3619	89	382	15829	30	2701	40	—	—	260	85	27793	94	—	—	—	—	337	05	3412	32	468	30	24	94	959	54	228	76	12448	63	9873	40	27793	94		
8	2623	4921	93	287	12924	85	1091	30	92	40	373	29	19690	82	9	—	—	—	430	65	1845	03	233	79	48	84	434	01	278	05	11158	30	5226	10	19690	82		
9	6090	14546	89	571	34329	65	4868	70	87	60	2274	16	56678	50	13	30	597	—	388	50	6501	15	704	14	73	59	926	32	530	79	28002	30	18941	41	56678	50		
10	1854	2542	55	244	9657	90	1111	80	161	60	380	04	14097	89	—	—	—	—	279	85	1803	60	94	33	48	57	281	45	399	15	7648	42	3532	47	14097	89		
11	33411	99654	27	5305	152394	05	25280	40	599	20	63330	96	347063	84	1177	10	460	—	5069	63	39839	69	5839	94	527	25	3778	71	5952	11	120877	31	163492	14	347063	84		
12	8719	14989	48	1557	46549	25	3275	55	397	70	12951	78	79721	26	—	—	—	—	556	—	2702	35	9142	37	578	50	334	25	2052	43	945	86	3858	453	6824	97	79721	26
13	2140	1856	49	565	11148	26	84	85	195	55	2038	78	15888	92	20	—	—	—	362	85	3358	13	44	138	63	53	533	48	343	04	9335	47	1433	04	15888	92		
14	2333	358	36	562	11647	75	1643	60	113	20	3041	16	17365	97	290	31	—	—	173	50	3377	93	564	27	60	13	941	61	162	78	9539	53	2512	37	17365	97		
15	481	4754	15	645	23001	60	2499	25	65	30	1441	93	32407	73	45	—	—	—	232	99	5996	31	496	53	125	72	802	03	262	79	18329	72	6109	14	32407	73		
16	1963	3984	—	519	9708	54	1378	45	41	10	348	85	15930	45	—	—	—	—	86	50	2251	86	254	16	59	42	362	47	221	59	7812	62	4931	85	15930	45		
B. m. n. s. u. G. l. ö. b. e. r.	4537	327097	69	18838	50	690752	70	63697	85	6635	95	115567	77	122640	46	3181	75	3353	20	13232	52	152015	28	18441	31	1899	32	20109	40	20366	41	560154	51	429				

Die Berliner Verwaltungsstelle zählt jetzt mehr als

40 000 Mitglieder.

Die Zahl der nicht organisierten Berufskollegen in Berlin ist aber noch größer. Wenn im laufenden Jahre jeder organisierte Kollege nur ein einziges Mitglied für den Verband wirbt, kann die Masse der Indifferenten auf ein Geringes reduziert werden. Auf, Berliner Kollegen, zeigt, was Ihr könnt!

Ein Rückblick auf das Jahr 1910.

II.

Die Wertföhung, die der Arbeiter für eine Wirtschaftsprüfung hat, richtet sich naturgemäß nach der Beschäftigungsmöglichkeit, die sie ihm gewährt hat. Von der Stärke der Arbeitsgelegenheit hängt ja schließlich sein ganzes wirtschaftliches Gedeihen ab. Der Beschäftigungsgrad weist im Jahre 1910 gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme auf. Nach Salver waren am 1. November 1910 etwa 577 000 Arbeiter mehr gewerblich tätig, als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Steigerung von 1908 auf 1909 hatte 376 000 Köpfe betragen. Seht man die Beschäftigungszahl am 1. Januar gleich 100, so gibt folgende Etala ihre Bewegung für die Jahre 1909 und 1910 wieder:

Table with 3 columns: Year, 1909, 1910. Rows for months from January to December.

Die prozentuale Steigerung war zwar in beiden Jahren am Ende des Oktober mit 8,4 pCt. gleich hoch, aber sie bedeutete im Jahre 1910 eine wesentlich höhere absolute Ziffer, da der Januar 1910 mit einem weit größeren Beschäftigungsstand einsetzte als der Januar 1909. Daß die Verringerung prozentual nicht stärker zum Ausdruck kommt, liegt an der größeren Arbeitslosigkeit, die durch Streiks und Ausperrungen hervorgerufen wurde. Wir sehen aus der Statistik, wie sich die Arbeitsgelegenheit von Monat zu Monat besserte. Nach der „Konjunktur“, Heft 8, kamen Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen:

Table with 6 columns: Jan., Febr., März, April, Mai, Juni. Rows for 1909, 1910, and Differenz.

Wir wollen hoffen, daß diese Entwicklung ihren ungehinderten Fortgang nimmt. Einen guten Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung bieten die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen. Auch hier ist eine ständige Zunahme gegenüber dem Jahre 1909 zu beobachten. Die Güterverkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen betragen im Jahre 1910:

Table with 4 columns: 1910, im ganzen, pro km, im ganzen, pro km. Rows for months from January to December.

Auch der Außenhandel Deutschlands hat sich gebessert. Der Wert der deutschen Einfuhr belief sich im abgelaufenen Jahre ohne Gold, Silber und Wertpapiere im Spezialhandel auf 8609,2 Millionen Mark gegen 8526,9 Millionen im Vorjahre, der Wert der Ausfuhr auf 7467,1 (gegen 6594,4) Millionen Mark. Der Gesamtaußenhandelswert betrug 16 076,3 (gegen 15 121,3) Millionen Mark, der Gold- und Silberexportwert 380,8 (gegen 333,5) Millionen Mark, der Ausfuhrwert dieser Edelmetalle 169,4 (gegen 264,5) Millionen Mark.

Das Verkehrsgewerbe hat von dem allgemeinen Aufschwung stark profitiert. Die Belastung des Arbeitsmarktes ist im November 1910 eine weit geringere gewesen, als im November 1909. Kam im 1909 auf je 100 offene Stellen im Verkehrsgewerbe 365,21 Arbeitsuchende, so betrug diese Zahl im November 1910 nur noch 278,76. Wie sich von der Verringerung der Zahl der auf 100 offene Stellen kommenden Arbeitsuchenden auf eine stärkere Beschäftigung in dem betreffenden Gewerbe schließen läßt, so lassen auch die Schwanckungen der Reinvestitionen auf die Lage des Gewerbes schließen. Insgesamt betragen die Reinvestitionen im Verkehrsgewerbe im Jahre 1909 während der Monate Januar bis November 38 207 000 Mk., im Jahre 1910 aber 41 038 000 Mk. Diese Summe verteilte sich im Jahre 1909 auf 96 und im Jahre 1910 auf 111 Reinvestitionen. Das günstige Urteil über die Lage des Verkehrsgewerbes findet noch eine Stütze in der gegen das Vorjahr erhöhten Rentabilität der im Verkehr tätigen Aktiengesellschaften. Die Gesamtheit von 381 während der Monate Januar bis November 1909 und 1910 berichtenden Aktiengesellschaften hatte für das Geschäftsjahr 1908/09 eine Durchschnittsdividende von 3,4 pCt., im Geschäftsjahr 1909/10 eine solche von 4,2 pCt. nachgewiesen. Auf ein Aktienkapital von 1 480 540 000 im Jahre 1909 und 1 194 906 000 Mk. im Jahre 1910 kamen 50 020 000 beziehungsweise 63 531 000 Mark Dividende zur Verteilung. Am höchsten steht die Durchschnittsdividende bei den Straßenbahnen, sie betrug hier 1908/09 6,5, im letzten Geschäftsjahre aber 8,7 pCt. In der Gruppe „Spekulation und Speicherei“ stieg die Dividende bei 34 von 5,0 auf 6,0 pCt. Die folgende Tabelle zeigt die Zahl der Gesellschaften, die während der Monate Januar bis November 1909 und 1910 ihre Geschäftsabschlüsse

veröffentlichten, ihr Aktienkapital in den beiden Geschäftsjahren, die von ihnen verteilte Dividendensumme und die Durchschnittsdividendenziffer:

Table with 6 columns: Zahl der Gesellschaften, Aktienkapital, Dividende, in, in. Rows for Verkehr, Eisenbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahn, Schiffsahrtsges., Expedition und Speicherei, Sonstige Transp., portgef.

Die Erhöhung der Dividendenziffer bei den Schiffahrtsgesellschaften rührt daher, daß die beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften das Geschäftsjahr 1909 günstiger abgeschlossen haben als das vorhergehende. Für 1910 liegen die Geschäftsberichte noch nicht vor, sie werden zweifellos die Durchschnittsrate günstig beeinflussen.

Auffallend viel kleine Handels-G. m. b. H. sind im Jahre 1910 gegründet worden. Insgesamt wurden von Jahresbeginn bis zum 20. Dezember nicht weniger als 699 Handelsgesellschaften m. b. H. als neu gebildet resp. umgewandelt in die Handelsregister eingetragen, während im ganzen Jahre 1909 nur 601 Neugründungen resp. Umwandlungen erfolgten. Dabei ist aber die in diesem Jahre investierte Kapitalsumme hinter der des Vorjahres zurückgeblieben, denn die gesamten Reinvestitionen erforderten einschließlich der Umwandlungen in diesem Jahre nur 50,83 Millionen Mark, während sie 1909: 55,58 Millionen Mk. beansprucht hatte. Daraus ergibt sich, daß im Berichtsjahre im Durchschnitt auf eine Gesellschaft ein Stammkapital von 72 600 Mk. kam, während es im Vorjahre doch 92 500 Mk. betragen hatte. Die Mehrzahl der Gesellschaften wird mit einem Kapital von 20 000 bis 30 000 Mk. gegründet und nur dadurch, daß einzelne Gesellschaften mit 1 Million Mk. Kapital und darüber als Gesellschaften m. b. H. gegründet werden, wird der Durchschnitt so relativ hoch beeinflusst. Das durchschnittliche Stammkapital dieser Gesellschaften m. b. H. ist übrigens von Jahr zu Jahr zurückgegangen: im Jahre 1906 kamen auf eine Gesellschaft durchschnittlich noch 1 350 000 Mk., 1907 waren es nur 1 170 000 Mk., 1908 fiel die Summe schon auf 99 200 Mk., 1909 auf 92 500 und 1910 auf 72 600 Mark. Auch bei der Entwicklung der Neugründungen von Aktiengesellschaften im Warenhandel zeigt sich eine ähnliche Tendenz: während im Jahre 1906 noch neun Aktiengesellschaften für Warenhandel mit 29,5 Millionen Mark gegründet wurden, waren es im Jahre 1910 8 Aktiengesellschaften mit nur 6,27 Millionen Mark Grundkapital.

Der Lastträger.

Mojse Aron, der Lastträger, geht müde und traurig auf dem Bürgersteig und wirft verzweifelte, fragende Blicke auf die Vorübergehenden. Von Zeit zu Zeit bleibt er vor einem Kramladen stehen, sieht hinein und sein Blick bittet um Arbeit. Da er nirgend Antwort bekommt, geht er seinen Weg fort.

„Was gibts, Mojse Aron!“ ruft ein wohlgenährter Krämer, der sich den Bauch drückt, mit lauerbefogter Miene.

„Gibt es nicht etwas es wohin zu tragen?“ fragt der Lastträger.

„O ja, meine Bauchschmerzen,“ erwidert der Krämer.

Mojse Aron geht weiter.

„Was willst du?“ herrscht ihn eine Krämerin an, die auf ihren Mann mit schreiender Stimme einprügelt.

„Ach nichts,“ stammelt er. „Vielleicht gibt es etwas zu tun für mich.“

„Wenn man dich brauchen wird, wird man dich schon finden,“ entgegnet sie unwirsch und setzt die Auseinandersetzung mit ihrem Manne fort.

Mojse Aron senkt tief auf und sein Gesicht wird noch trauriger. Er geht zurück zur Straßenecke, wo viele Lastträger umherstehen. Sein Aussehen fällt allen auf.

„Was ist mit dir, Mojse Aron?“ fragt einer.

„Gewiß kriegt sein Weib das zehnte Kind,“ ruft ein zweiter Lastträger aus.

„Die drei Fehlgelburten zählst du wohl gar nicht?“ fragt lachend ein dritter.

Mojse Aron betrachtet die Vorübergehenden und scheint die Sticheleien seiner Kameraden nicht zu hören.

„Was ist nun wirklich mit dir?“ wiederholt der erste Fragesteller.

„Was soll sein?“ antwortet Mojse Aron und lehrt den Kameraden sein Gesicht zu. „Was soll sein, wenn man den vierten Tag nur trodenes Brot isst und keine Kopete verdient?“

Verbittert betrachtet er eine Weile die Lastträger und lehrt ihnen dann den Rücken. Jetzt schwiegen alle. Die Luft zum Stacheln ist ihnen vergangen. Mißmutig sehen sie vor sich hin. Manche seufzen hörbar. „Auch ich habe schon den zweiten Tag keinen Groschen verdient,“ unterbricht einer die Stille.

Keiner spricht und schweigend geht man auseinander. Mojse Aron beginnt wieder seinen Rundgang bei den Krämern.

„Mojse Aron! Mojse Aron!“ ruft nach einer Weile ein Träger. „Bei Salberg ist eine Kiste fortzutragen. Fühlst du dich auch kräftig genug dazu?“

„Es wird schon gehen,“ antwortet Mojse Aron und eilt fort.

Es ist eine schwere Kiste. Mojse Aron kann sie kaum vom Platze bewegen. Er steht eine Weile und überlegt, ob die Last nicht doch zu schwer für ihn sei. Im Geschäft meinte man, daß er nachdenke, wie er sie am besten in die Höhe heben kann.

„Schieb' den Sack unter,“ sagt ein Kommiss und zeigt auf einen Sack mit Striden.

Mojse Aron entschließt sich, die Kiste zu tragen. Wenn er sie erst auf dem Rücken hat, wird es schon gehen.

„Sich mir aufheben!“ wendet er sich an den Kommiss.

Bei den ersten Schritten wäre Mojse Aron fast umgefallen.

„Dich wohl betrunken, was?“ schreit man ihm zu.

„Ja, betrunken,“ brummt er und entfernt sich mit seiner Last.

Der Träger, der ihm von der Riste Mitteilung gemacht hat, begegnet ihm auf dem Wege und fragt mitteilend:

„Schwer?“

„Und wenn sie schwer ist, was dann?“ antwortet Mojse Aron erbittert. Er kann kaum weiter, aber er nimmt alle Kräfte zusammen. Er wird zwanzig Kopelen bekommen, sagt er sich.

Das Blut steigt ihm zu Kopfe. Vor den Augen schwindelt es ihm, aber er geht weiter. Er sieht schon das Haus, wo er die Riste abliefern soll.

Witze tanzen vor seinen Augen. Es scheint ihm, daß ihn jemand in die Seite gestoßen habe, und er fällt irgendwohin, tief, tief. Es wird ihm so leicht auf dem Rücken. Ja, er fühlt die Last gar nicht mehr. Aber plötzlich fühlt er einen Schmerz in der Herzgrube. Das Fallen in die Tiefe ist jetzt gar nicht mehr angenehm. Sein Herz schlägt hörbar.

Plötzlich erreicht er den Grund der Tiefe. Ein Bittern geht durch seinen Körper und seine Augen treten aus den Höhlen.

Da sich dies in der Cholerazeit zugetragen hat, konnte man kurze Zeit darauf in der Gasse folgenden Gespräch hören:

„Was war das dort für ein Menschenauflauf?“

„Ein Träger ist hingefallen.“

„Ist er tot?“

„Natürlich!“

„An der Cholera?“

„Weiß man?“

„Weiß der Teufel, was diese armen Leute für Zeug zusammenschleusen!“

Glänzend hat sich der englische Handel entwickelt. Folgende Aufstellung gibt einen Vergleich der Handelswerte von 1900 bis 1910:

Table with columns: Jahr, Einfuhr, Ausfuhr, eingeführter Waren handel, Wiederausfuhr Gesamt-Handel. Rows for years 1900-1910.

Diese glänzende Entwicklung ist der schwerste Schlag, der die Anhänger der Einführung von Schutzzöllen treffen konnte. Mehr als alle Studienkommissionen, die Deutschland noch beauftragen können, haben diese Zahlen den Beweis erbracht, daß England mit seiner Freihandelspolitik auf dem richtigen Weg ist.

Für die internationale Ausdehnung des Handels liegen erst die Zahlen von zehn Monaten vor. Sie ergeben, in Millionen M. berechnet, folgendes Bild:

Table comparing trade values in millions of M. for 1910 vs 1909 for various countries like Deutschland, Österreich-Ungarn, England, etc.

Das ist zwar nur ein kleiner Teil der Staaten, aber jedenfalls der wichtigste und ausschlaggebende, wenigstens für den Weltmarkt. Der Gesamtwert des Außenhandels dieser Länder hat sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1910 gegen das Vorjahr um die Milliarde von 5,4 Milliarden Markt vermehrt. Davon in der Ausfuhr um 2 1/2 Milliarden Markt und in der Einfuhr um 2 1/2 Milliarden Markt. An der Spitze steht England mit einem gewaltigen Uebergewicht — trotz oder gerade wegen seines Freihandels. Mit einem Abstand von sieben Milliarden Markt folgt Deutschland mit 13 Milliarden Markt und darauf erst Amerika mit 1 1/2 Milliarden Markt. Für das ganze Jahr stellt sich der Gesamt-Außenhandel Englands auf 24 724,8 Millionen Markt (1909: 22 317,6), der Deutschlands auf 16 076,3 (1909: 15 121,3). Trotz der größten Ausbreitung Deutschlands will es nicht gelingen, den englischen Vorrang einzunehmen. Der deutsche Außenhandel beträgt 2/3 des Wertes, den der englische repräsentiert. Während der letzte aber um 2407,2 Millionen Markt zunahm, konnte Deutschland den Wert seines Außenhandels nur um 955,0 Millionen Markt steigern. Wer wollte leugnen, daß sich in diesem Ergebnis die verschiedene Zollpolitik der beiden Länder widerspiegelt. Deutschland hat keine Schutzvollpolitik, sie verdient nur den Namen Nullzollpolitik.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Amstadt i. Th. In unserer Generalversammlung am 15. Januar wurde der Jahresbericht und Jahresbericht gegeben. Einnahmen 833,50 M., Ausgaben 782,50 M., so daß ein Kassenbestand von 51 M. verbleibt. Gewählt wurden zum Bev. Wille, Kaffierer Schriftf. Schriftführer Mansch, Weißer Köhler und Seebens. Von Fortschritten ist in der Entwicklung der Verwaltungsstelle leider nichts zu merken. Das muß in Zukunft anders werden. Es genügt nicht, daß die Kollegen nur ihre Beiträge bezahlen, sie müssen für ihre Organisation auch agitatorisch tätig sein. Hoffentlich bringt die neue Verwaltung etwas Leben in die Bude. Not tut's wirklich.

Bamberg. Am Sonntag, den 15. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, in welcher die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen wurde, deren Ergebnis wir an dieser Stelle bekannt geben. Vorstehender Lauser, Kaffierer Kachelmann, Schriftführer Wimmer, Nebstföhrer Richter und Griesmann, Kartelldelegierter Kachelmann. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im kommenden Jahre viel besser gearbeitet werden muß, wenn wir am nächsten Orte eine Verbesserung unserer Lebenslage herbeiführen wollen. Dem Kaffierer, Kollegen Lauser, wurde für seine eifrige Tätigkeit Decharge erteilt. Es wurde auch der stauende Versammlungsbefuch getadelt und der Wunsch laut, daß im künftigen Jahre die Kollegen mehr Interesse an ihren Versammlungen zeigen sollen, denn dadurch können wir am leichtesten vorwärts kommen. Die Bureaufunden des Arbeitersekretariats sind an Werktagen von 8-12 Uhr und von 2-6 Uhr, an Sonntagen von 1-2 Uhr festgelegt. Der Arbeitersekretär Bestmann ist von 12-2 Uhr jeden Tag zu sprechen. Außerdem wurde den Kollegen nahegelegt, Mitglieder des Konsumvereins sowie der Partei zu werden. Dann schloß der Vorstehende die Versammlung.

Berlin. Unsere in der Schilderarmmacherbranche beschäftigten Kollegen nahmen in ihrer letzten Versammlung zu der Tätigkeit der Branchenleitung vom Jahre 1910 Stellung. Der Branchenobmann berichtete, daß die Tätigkeit in der Branche eine recht lebhaft gewesen sei. Neben einer Reihe von kleinen Sitzungen und Zusammenkünften haben 9 Branchenversammlungen und 8 Vertrauensmänner-Sitzungen stattgefunden. Die Gruppe umfaßt über Groß-Berlin 73 Betriebe, in denen 160 bis 180 Kollegen beschäftigt werden. Das Organisationsverhältnis ist ein zufriedenstellendes. Der

noch kleinen Zahl von Fernstehenden müsse in Zukunft alle Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit sie der Organisation beitreten. Auch im Ausbau des Vertrauensmänner-Systems sei eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Die Branche habe zurzeit 13 Vertrauensleute. In einigen Betrieben ist es auch im Laufe des verflossenen Jahres zu kleinen Bewegungen gekommen, die im großen und ganzen von Erfolg begleitet waren. Sodann wurde erwähnt, daß die Schilderarmmacher mit den gegenwärtig bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht zufrieden sein können. Daß ein entsprechender Tarif, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regelt, noch nicht besteht, sei als unangenehme Lücke anzusehen. Bestrebungen, die auch hier Wandel schaffen sollen, seien seit längerer Zeit im Gange und werden bei Zusammenkünften lebhaft diskutiert. Kritik wurde an der Tätigkeit der Branchenleitung nicht geübt, sondern allseitig hervorgehoben, daß im kommenden Jahre mit mehr Eifer an der Verwirklichung gesteckter Ziele gearbeitet werden müsse. Sodann wurde noch mitgeteilt, daß im vergangenen Jahre insgesamt 32 Neuaufnahmen gemacht worden seien. Die Neuwahl der Branchenleitung ergab folgendes Resultat: Karl Helm, Obmann; Karl Böttcher, Stellvertreter; Karl Schulz, Schriftführer.

Berlin. „Gemeindepolitik und Familienhaushalt“, so lautete das Thema, mit dem sich eine sehr gut besuchte Versammlung der Textilbranche am Sonntag, den 15. Januar beschäftigte. Nachdem der Branchenleiter die verstorbene Genossin Emma Jhrer in einem warm empfundenen Nachruf geehrt, erhielt die Genossin Tich das Wort zu obigem Thema. Einleitend wies sie darauf hin, daß die Gemeindepolitik von den Frauen nicht genug gewürdigt wird. Gerade die Frauen hätten die große Pflicht, auf das Reichstagsparlament ihre Augen zu richten, da die verschiedenen Gesetze, wie Fürsorge, Waisenpflege, Armenrecht, Kinderschutz, Schularzte, Schulpeisung, Vormundschaft und Waisenpflege und vieles mehr die Frauen in allererster Linie angeht. Rednerin schildert dann in eindringlicher Weise, wie die liberalen Stadtväter versuchen, die Anträge der Sozialdemokratie entweder abzulehnen, oder aber so zu verschlechtern, daß so gut wie nichts übrig bleibt. In kräftigen Worten forderte die Referentin die anwesenden Männer und Frauen auf, die unhaltbaren Zustände beseitigen zu helfen, und sich Mann und Frau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen. Dann forderte der Branchenleiter die Anwesenden auf, die Worte der Referentin zu befolgen, und nicht nur bei Wahlen den Stimmzettel in die Urne zu stecken, sondern auch die Arbeiterpresse zu lesen und die bürgerlichen Wurzblätter aus dem Hause zu werfen, sowie sich der Organisation anzuschließen, nur dann kann es möglich werden, andere Zustände zu schaffen. Ein gemüthliches Beisammensein folgte zum Schluß.

Bracke i. W. In der Generalversammlung am 15. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Am Schlusse des vergangenen Jahres waren 502 männliche und 12 weibliche Mitglieder am Orte vorhanden. Die Einnahmen betragen im 4. Quartal 3957,48 M., die Ausgaben 3319,47 M., so daß ein Kassenbestand von 638,01 M. verbleibt. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab: Müller und Brodtk. Bev. Brodtk. und Tenzer Kaffierer, Müllisch und Winkel Schriftführer, Hintelmann, Wehel, Schmiedeslam Weißer, Blüthig, Loms, Bischof Nebstföhrer, Huntermann, Wehel, Brodtk, Schindler, Tenzer, Stolle Kartelldelegierte. Die Wahl der Obleute wurde vertagt. Dem Kaffierer wurde angesichts der vielen Arbeiten die Entschädigung einstimmig um 50 M. erhöht.

Dunzlau. In unserer letzten Versammlung, welche ziemlich gut besucht war, wurde zunächst die Neuwahl zur Ortsverwaltung vorgenommen und ergab dieselbe die Wiederwahl sämtlicher bisheriger Funktionäre. Es sind dies Bruno Blumberg, August Fischer, L. bezw. 2. Vorstehender, Franz Maluschke, Kaffierer, C. Bauschmann, Schriftführer, Weißer; Gustav Scholz und Paul Menzel, Nebstföhrer; Oswald Helbig und Gustav Akt. Im Anschluß hieran gab der Kaffierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahme inklusive des Kassenbestandes vom 3. Quartal 1910 beträgt 1363,65 M., die Ausgabe inkl. der an die Hauptkasse abgeführten Summe 624,48 M. Mitblieb Kassenbestand am Schlusse des 4. Quartals 1910 504,20 M. Auf Grund der letzten Fragebogen vom Hauptverband bezw. Gauverband, ergab sich, daß auch am hiesigen Orte Mißstände bestehen, die in dieser Versammlung erörtert wurden. Der Kaffierer gibt ferner bekannt, daß bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit die Bestimmungen strikte innezuhalten sind. Ritters Kontrolle bei Arbeitslosigkeit haben sich die Kollegen vormittags 10 Uhr beim Kaffierer, in dessen Wohnung oder Arbeitsstelle, zu melden. Und nun frisch ans Werk, Kollegen! Ein jeder muß ein Agitator sein, denn die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein.

Charlottenburg. Mitgliederversammlung des Distrikts 9, umfassend die Orte Charlottenburg, Wilmerdorf, Galensee und Schmargendorf, am Montag, den 16. Januar. Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuches, was ein Mitsporn für die Kollegen sein muß, das Interesse für diese Veranstaltungen in noch viel erhablicherem Maße zu steigern, auf daß wir mit berechtigter Ueberzeugung zu sagen vermögen: „Wir marschieren auf der ganzen Linie!“ Den Jahresbericht über die Tätigkeit der Distriktsleitung gab der Geschäftsleiter. Der Erfolg sei im allgemeinen als ein guter anzusehen und berechtigt zu der Annahme, daß dieser feste Kuffleg unserer Mitgliedschaft durch ein festes und treues Zusammenhalten in der Organisation durch die bereits langjährig organisierten Kollegen nur noch gefördert werden kann. Das Ertrugene festzuhalten, den Kreis unserer Kämpfer immer größer zu ziehen und durch weitgehendste Aufklärung dieser Neugewonnenen die Bahn für einen gewaltigen Ueber-

stand gegen das Kapital freizumachen, ist unsere heiligste Pflicht, welche wir zu erfüllen haben. Es fanden im Laufe des Jahres 24 Mitglieder- und Agitationsversammlungen, 29 Distriktskommissionssitzungen sowie 415 Betriebsitzungen statt; von letzteren entfielen allein 136 Sitzungen auf die Branche der Bretterträger, welche als besondere Gruppe dem Zweigbureau Charlottenburg angeschlossen ist. Krant meldeten sich in unserem Bureau 327 Kollegen, arbeitslos 340 Kollegen. Auch die Bureautätigkeit war eine recht rege und weist eine erhebliche Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahre auf. Eingänge waren zu verzeichnen: 404 Briefe, 54 Postkarten, 88 Druckfächer, 4 Pakete, 4 Postanweisungen, zusammen 554 Stück. Diesen stehen an Ausgängen gegenüber: 982 Briefe, 3000 Druckfächer, 3 Pakete, zusammen 3985 Stück. Versammlungshandzettel wurden 36778 angefertigt und zwar 23 800 Stück gedruckt, 12 978 Stück geschrieben (vervielfältigt). Musikstücke wurden erteilt: 88 Postzeitkonventionen, 291 gewerbliche Streitfragen, 149 andere gerichtliche Streitfragen, 156 Unfallversicherung, 75 Invaliditätsversicherung, 287 Krankenversicherung. Schriftstücke wurden angefertigt: 16 Postzeitkonventionen, 49 gewerbliche Streitfragen, 45 andere gerichtliche Streitfragen, 22 Unfallversicherung, 11 Invaliditätsversicherung, 33 Krankenkassenversicherung. Der Vortragende führte weiter aus: Er sei in der Lage, die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß die Mitgliederzahl von 1100 am 31. Dezember 1909 auf 1600 am 31. Dezember 1910 gestiegen sei. Mit einem kurzen Hinweis auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und das Bestreben der Reaktion, Ausnahmegeetze gegen die moderne Arbeiterbewegung bis dahin durch die Regierung diktieren zu lassen, schloß der Referent seinen sehr beifällig aufgenommenen Bericht. Nach einer kurzen Diskussion wurden die Wahlen vollzogen. In die neungliedrige Distriktsleitung wurden die Kollegen Reichert und Stahlberg neugewählt; die Kollegen Goldberg, Teske, Drusche, Frohn, Müller, Vollenin und Nordmann wiedergewählt; ausgeschieden sind die Kollegen Oskar Schulz und Hans Risch. In die Bezirksverwaltung wurde einstimmig der Kollege Nordmann delegiert. Zu Delegierten in die Unter-Gewerkschaftskommission Charlottenburg wurden die Kollegen Bernhardt, Vollenin und Nordmann ernannt. In den Verwaltungsausschuß des Volkshauses wurden die Kollegen Müller und Drusche entsandt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß die Versammlung.

Deffau. In der am Sonnabend, den 14. Jan., stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Schlimme nach Erledigung des Berichts über das vierte Quartal den Jahresbericht. Wir heben aus diesem einige allgemein interessierende Punkte hervor. Der Mitgliederbestand ist von 201 auf 279 gestiegen und rangiert bezüglich des Stärkeverhältnisses nunmehr an der dritten Stelle der Deffauer Gewerkschaften. Neu aufgenommen und zugerechnet sind 114, aus anderen Verbänden übergetreten 4, abgereicht 13, ausgeschieden und in andere Verbände übergetreten 27 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren in Höhe von 5965,29 M., der lokale Kassenbestand ist erheblich gesteigert worden, von 375 auf 876 M. An Unterstufungen sind insgesamt 1412,64 M. zur Auszahlung gelangt, davon an Kranke allein 1009,49 M. An Briefen, Karten und Paketen gingen 267 ein, dem steht ein Ausgang von 282 gegenüber. An Behörden und Arbeitgeber wurden 6 Eingaben gemacht. Die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle gibt ein Bild von der intensiven Arbeit, welche im Berichtsjahre geleistet worden ist; wenn man in Betracht zieht, daß die Zunahme von 38 pCt. lediglich durch Hausagitation gewonnen werden mußte. Außerdem wurden 39 Versammlungen und Besprechungen abgehalten. Der im Mai 1910 vollzogene Zusammenschluß der gesamten Transportarbeiterschaft zu Wasser und zu Lande zu einem Industrieverband hat auch der Deffauer Verwaltungsstelle ein neues Organisationsgebiet eröffnet. Die angeführten Bismen beweisen, daß es trotz aller Verleumdungen der gewerkschaftlichen und nationalen Vereinigungen unter den Lohnflaven im Deffauer Handels- und Transportgewerbe zu dämmern beginnt und sie erkennen, auf welcher Seite ihre Interessen wirklich vertreten werden. Mögen die noch aufstehenden Transportarbeiter erkennen, daß es an der Zeit ist, die am Orte bestehenden traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe der Organisation zu bessern. Wenn im Wallwikhafen bei der anstrengenden Tätigkeit Stundenlöhne von 26 Pf. gezahlt werden, so ist das bei den jetzigen teuren Verhältnissen geradezu ein Hungerlohn. Es ist getraute gesagt, ein Lohn, daß vollkräftige Arbeiter bereit sind, ohne den Weg zur Organisation zu finden, für solch ein Entgelt zu arbeiten. Hoffen wir, daß es uns auch hier gelingt, einmal Breche zu legen. Hier in Wallwikhafen können uns die Kollegen Wintenschiffen, die hier anlegen, sehr wirksam unterstützen, wenn sie die indifferenten Hafenarbeiter auf den Wert der Organisation aufmerksam machen. Aber auch in alien anderen Berufsgruppen ist noch der größere Teil für die Organisation zu gewinnen. Darum, Kollegen, helfst alle kräftig mit, damit Ihr alle höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, wie wir sie allerorts errungen haben, Euch mit Hilfe der Organisation erkämpfen könnt. In der Diskussion wurde der — nicht unbegründete — Wunsch geäußert, daß die Köhlauer Mitgliedschaft sich der Deffauer anschließen möge, um die Entwicklung auch dort mehr als bisher im Fluß bringen zu können. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Bev. Hermann Schlimme, 2. Bev. Karl Hinneburg, Kaffierer Ludwig Reibneder, Schriftführer Hugo Jacoby. Die tägliche Kontrolle der Arbeitslosen findet von jetzt ab bei dem Kollegen Hinneburg, Friedhoffer, 35, statt.

Eberfeld-Barmen. Am Samstag, den 14. Januar, tagte unsere Jahres-Generalversammlung, die ziemlich gut besucht war. Zunächst gab der Geschäfts-

fürher den Bericht vom 4. Quartal. Aus diesem ging hervor, daß auch im 4. Quartal ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder stieg gegen das 3. Quartal um 60 und die verkauften Wochenbeiträge um 1925 Stück. Unterstützungen wurden 1476,70 Mk. ausgezahlt. Versammlungen und Sitzungen fanden 65 statt. Mündliche Auskunft an Kollegen wurde in 24 Fällen erteilt und Schriftstücke in 12 Fällen angefertigt. Die Einnahmen schlossen mit 5941,53 Mk. und die Ausgaben mit 5859,05 Mk. ab, so daß ein Kasseebestand von 82,48 Mk. verbleibt. Anschließend der Geschäftsführer den Jahresbericht. Er führt aus, daß das Jahr 1910 für unsere Verwaltungsjahre ein Jahr der Entwicklung und des Kampfes war. Durch eine intensive Agitation war es möglich, unsere Mitgliederzahl von 554 am Schlusse des Jahres 1909 auf 880 am Jahreschlusse zu steigern. Das ist eine Zunahme um 326 Mitglieder. Auch die Zahl der verkauften Wochenbeiträge ist um 11 000 Stück gegen das Jahr 1909 gestiegen. Durch die Stärkung des Verbandes gelang es, 16 Lohnbewegungen mit Erfolg durchzuführen. Bei den Bewegungen kam es in 8 Fällen zur Arbeitsniederlegung. Durch die Bewegungen konnte für 620 Beteiligte eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft, sowie teilweise Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit erwirkt werden. Rechnen wir noch jene 182 Kollegen hinzu, deren Unternehmer durch die Lohnbewegungen sich veranlaßt sahen, Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, so ergibt sich, daß das Jahr 1910 für 802 Berufsangehörige durch unsere Bewegungen wirtschaftliche Vorteile gebracht hat.

Die Tätigkeit der Ortsverwaltung war eine rege. 295 Versammlungen und Sitzungen wurden abgehalten. Mündliche Auskünfte sind in 102 Fällen erteilt und Schriftstücke in 149 Fällen angefertigt worden. An Post-Eingängen waren 522 und an Ausgangen 2474 zu verzeichnen. An Behörden sind 2 Eingaben gemacht worden. Neuaufnahmen wurden 580 gemacht und aus andern Verbänden sind 34 Kollegen übergetreten. Wegen Vertretung der Verbandsinteressen wurden 31 Kollegen gemasregelt. Durch das Eingreifen der Verwaltung gelang es in 10 Fällen, die Maßregelung rückgängig zu machen. Rechtsschutz mußte in 13 Fällen erteilt werden. 8 Kollegen sind wegen angeblicher Beleidigung von Streikbrechern und wegen Streikvergehens insgesamt zu 6 1/2 Wochen Gefängnis und 60 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Die Unterstützungen sind im Jahre 1910 außerordentlich gestiegen. Es wurden insgesamt 7 187,40 Mk. ausgezahlt, das ist gegen 1909 ein Mehr von 4 285,20 Mk. Der Berichtstatter weist darauf hin, daß auch 1910 die Hauptkasse wieder einen Zuschuß von 2300 Mk. gegeben hat. Es sei nun bald an der Zeit, daran zu denken, daß die Verwaltungsjahre sich selbständig mache und das könne geschehen, wenn die männlichen Mitglieder aufstätt 50 Pf. Wochenbeitrag 60 Pf. zahlen würden. Das würde nicht nur ergeben, daß wir keinen Zuschuß mehr nötig hätten, sondern es wäre auch möglich, innerhalb einer kurzen Zeit einen ansehnlichen Kasseebestand zusammenzubringen. Er ersuche alle Mitglieder, darüber ernsthaft nachzudenken. Das Schmezzensstück unserer Verwaltungsjahre ist der Arbeitsnachweis. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die Mitglieder jede frei werdende Stelle sofort dem Arbeitsnachweis melden müssen, damit es möglich ist, die arbeitslosen Verbandsmitglieder unterzubringen. Hoffentlich tritt im neuen Jahr in dieser Hinsicht eine Besserung ein.

In der Diskussion, an der sich die Kollegen Mehlert, Dickhut, Leicht und Bender beteiligten, wurde allgemein die Befriedigung über die Entwicklung der Verwaltungsjahre ausgesprochen. Kollege Bender weist noch darauf hin, daß auch die übrigen Mitgliedschaften im Gau 13 mit wenigen Ausnahmen sich gut entwickelt haben, so daß das Jahr 1910 dem Gau eine Zunahme von 850 Mitgliedern und ein Mehr von 30 000 Wochenbeiträgen gegenüber dem Jahre 1909 gebracht habe. Die Wahl der Ortsverwaltung ergibt die Wiederwahl der Kollegen F. Koll und R. Daum als 1. und 2. Bevollmächtigten, sowie die Wiederwahl des Kollegen E. Müller als 1. Kassierer, der Kollegen P. Stief und Fr. Wengel als 1. und 2. Schriftführer. Neugewählt wird der Kollege E. Schmidt als 2. Kassierer. Als Beisitzer werden die Kollegen Fr. Woodbeck, August Mehlert, Fr. Ritter, Carl Schmidt und Hermann Schmidt und als Revisoren die Kollegen E. Müller, S. Kümmler und A. Ordegel gewählt. Die Wahl der Kartellbelegierten ergibt die Wahl der Kollegen A. Daum, E. Leicht, M. Wilsaugh, E. Müller, E. Schmidt und P. Stief. Als Beisitzer zum Gauvorstand werden die Kollegen Ferd. Koll, A. Mehlert, E. Müller und P. Stief wiedergewählt. Nachdem noch zur regen Mitarbeit im neuen Jahr aufgefordert wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eisenach. Unsere Generalversammlung am 21. Januar war gut besucht. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl stationär geblieben ist. Wir hoffen, daß die Kollegen im neuen Jahre fleißig Mitglieder werden, denn Stillstand ist Rückschritt. Der Kassenbericht wurde entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wieder gewählt. Am 11. Februar soll ein Faschnachtsfest veranstaltet werden. Die Kollegen werden dringlich ersucht, in Zukunft recht fleißig für regen Versammlungsbesuch zu agitieren und zu diesen stets unorganisierte Kollegen mitzubringen.

Emden. Am Sonntag, den 15. Januar, fand unsere Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung vom 4. Quartal, 2. Geschäfts- und Kassenbericht, 3. Anträge, 4. Neuwahl der Ortsverwaltung, 5. Gehaltsfrage. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde verlesen. Nachdem die Revisoren berichtet, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte Kollege

Studenbrof. Es führte aus, ein langsames stetes Anwachsen der Mitgliedschaft sei auch in diesem verflorenen Jahre zu verzeichnen, welches auf eine rege, intensive Agitation zurückzuführen sei. Von Bedeutung sei im verflorenen Jahre unsere durch Tarifabschluß beendigte Lohnbewegung. Des weiteren der Zusammenschluß zur Einheitsorganisation. Die Geschäfte wurden erledigt in 12 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentlichen und 16 Obmannsitzungen und Vorstandssitzungen und Besprechungen je nach Bedarf. Nach Verlesung des Kassenberichts gab der Berichtstatter noch einen kurzen Ueberblick über die Ereignisse im verflorenen Jahre und forderte die Versammlung auf, auch in diesem Jahre der Ortsverwaltung ihre volle Unterstützung zu leisten, so werde auch wiederum ein einträgliches Zusammenarbeiten möglich sein. Dann wurde beantragt, das Reglement der Sterbekasse dahingehend zu ändern, daß die Sterbenunterstützung wie folgt gezahlt wird: Kinder bis zu 3 Jahren eine Beihilfe von 30 Mk., bis zu 16 Jahren 35 Mk., der Frau eines Mitgliedes 40 Mk., für Mitglieder 45 Mk. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen, unterliegt aber noch der Zustimmung des Verbandsvorstandes. Dann wurde vorgeschlagen, die alte Ortsverwaltung wiederzuwählen. Es wurden gewählt: die Kollegen: Studenbrof 1. Bevollmächtigter, Mischal 2. Bevollmächtigter, Martens 1. Schriftführer; als Beisitzer die Kollegen Hoffmann, Stüblich und Waalkes; als Revisoren Fischer, Schlippe und Döple. Als Kartellbelegierte wurden gewählt: Mischal, Döple, Schmelzard, Klaaßen, Böllers, Martens. Als Schiedsrichter Wichmann, Baller, Hoffmann, Fischer, Martens und Kostam. Juni 5. Punkt sprach als Vertreter des Zentralvorstandes der Gauleiter Kollege Leich-Bremen, und wurde dieser Punkt zunächst verlagert. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, auch in diesem Jahre erst recht auf dem Posten zu sein, denn das Jahr 1911 würde ein Wahljahr sein und hoffentlich ein volles, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Hensburg. In der am 16. Januar 1911 tagenden Generalversammlung gab der Kollege Köhler den Bericht vom 4. Quartal. Der Mitgliederbestand stieg von 546 auf 581. Von den Neuaufnahmen entfielen 43 auf die Seeleute, 13 auf die Transportarbeiter und 11 auf die Hafnarbeiter. Weil diese Zunahme aber in Anbetracht des großen Organisationselbes den Hoffnungen nicht entsprechend war, wurde zur regen Agitation aufgefordert, denn nur ausdauernde Agitation bringe die Organisation vorwärts. Prozesse wurden im Laufe des Quartals 7 angestrengt, von denen 2 im Laufe des Quartals zugunsten der Kollegen erledigt wurden. An Arbeitslosenunterstützungen wurden im letzten halben Jahr 182 Mk. an Krankenunterstützung 841,61 Mk. und an Postfallunterstützung 10 Mk. ausgezahlt. Versammlungen fanden 21 statt. Auch die Korrespondenz war eine äußerst rege und zum Teil schwerwiegend, weil bei den Seeleuten die Post in vielen Fällen von den Kapitänen nicht an die Kollegen ausgeliefert wurde. Lohnbewegungen hatten wir keine. Doch waren am Wertarbeiterkampf 32 Kollegen beteiligt. Der Kasseebestand wies eine Einnahme einschließlich Bestand vom vorigen Quartal von 4731,63 Mk. auf, bei 4142,70 Mk. Ausgaben gegenübersehen, so daß ein Kasseebestand von 588,93 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der laut Verbandsstatut vorzunehmenden Neuwahl des Ortsvorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder F. Köhler, P. Peterjen, S. Wierik, W. Clausen, S. v. Effen und J. Sielemann wieder- und der Kollege F. Staud neuergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Weber, Köhler und Lehberg gewählt. Als Kartellbelegierte sind die Kollegen F. Köhler, Köhler, Andresen, Staud, Chr. Weber und P. Clausen bestimmt. Zu Beitragskassierern wurden die Kollegen J. Jensen und S. Christensen gewählt. Zur Versammlungs- resp. Lokalfrage wurde beschlossen: jeden Monat eine gemeinsame Versammlung abzuhalten und zwar abwechselnd eine in der Maurerherberge und eine in der Nordthor-Bierhalle. Jedoch bleibe es dem Vorstande überlassen, den jeweiligen Tag festzusetzen. Eine lebhaftere Diskussion entfaltete sich infolge des Kartellberichts, betreffend Beiträge zum Gewerkschaftshaus-Fonds. Dann Schluß der Versammlung.

Hameln. Am Sonntag, den 8. Januar, fand unsere diesjährige Jahresgeneralversammlung statt. Trotz der günstigen Zeit ließ der Besuch leider zu wünschen übrig und können wir nicht umhin, an die Kollegen die dringende Mahnung zu richten, die Gleichgültigkeit abzustreifen. Die Verhältnisse hier in Hameln sind doch sicherlich nicht derartig, daß die Kollegen die Organisation nicht mehr nötig haben. Nur der hat den wahren Wert der Organisation erkannt, der sich auch an allen Veranstaltungen derselben beteiligt. Die meisten Kollegen denken jedoch, wenn sie ihren Beitrag bezahlt haben, ist dies genug, damit haben sie alle ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber erfüllt. Das ist aber nicht der Fall, Pflicht aller Kollegen ist es, daß sie sich voll in den Dienst der Organisation stellen, vor allem aber bei der Agitation unter den noch Fernstehenden behilflich sind. Hoffen wir, daß im neuen Jahre eine Menderung nach der Richtung hin eintreten wird, damit wir endlich auch einmal in Hameln etwas zur Menderung der traurigen Verhältnisse tun können. Doch nun zur Versammlung zurück. Zunächst hielt der Gauleiter einen Vortrag über: „Der Kampf der Unternehmer und Behörden gegen uns“. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß in der Bekämpfung der arbeitenden Klasse Unternehmer und Behörden ein Herz und eine Seele seien. Die immer stärker wachsenden Organisationen seien den Unternehmern ein Dorn im Auge, weil sie mit Recht befürchten, daß durch die Organisation ihrer bisher unbeschränkten Ausbeutungswut ein Ende bereitet würde. Des weiteren schilderte Redner die einzelnen Arten der Bekämpfung der Gewerkschaften und deren bisherige Erfolge. Trotz des großen Lantams und aller angewandten Gewaltmaßregeln entwickelten sich die Organisationen besser denn je. Das habe selbst der grimmigste Feind der Arbeiterorganisationen, der bekannte Herr Bued eingesehen. Am besten wird dies jedoch durch die gegenwärtigen Verhältnisse bewiesen. Die Unternehmer sind am Ende ihres Latens und nun erschallt der Ruf nach Ausnahmegeetzen. Redner ging dann auf den Moabiters Krawall sowie auf die sich hieraus ergebenden Prozesse ein. Er schilderte das Verhalten der Polizei sowie das der „objektiven“ Behörde, der Staatsanwaltschaft. Die krampfhaften Bemühungen dieser Behörde beweisen, wohin der Karren gehen solle. Wenn dann weiter der oberste Beamte des Deutschen Reiches, der Reichskanzler, in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreift, so kann man darnan am besten erkennen, daß Behörden und Unternehmer sich eins wissen bei der Bekämpfung der Gewerkschaftsorganisationen. Für uns Arbeiter heißt es auf dem Posten sein, damit wir allen Ueberrumpelungsversuchen gegenüber gerüstet dastehen. Mit einem Appell an die Anwesenden, alle Kraft für die Entwicklung der Organisation einzusetzen, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und wurde dann der Kassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 509, die der Mitglieder 40, das bedeutet gegenüber dem 3. Quartal eine Abnahme von 5. Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 510,77 Mk., die Hauptkasse hat 187,25 Mk. erhalten und bleibt ein Kasseebestand von 256,22 Mk. Da Bücher und Belege in Ordnung befunden waren, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die nunmehr vorgenommene Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Als Vorsitzender wurde der Kollege S. Böllert, als Kassierer S. Lyding und als Beisitzer die Kollegen Hilfer, Rischmüller, Marx, Fritsche und Adol gewählt. Zu Revisoren wurden bestimmt die Kollegen Sohn, Weber und Hafensbein. Die Kollegen Lyding und Böllert wurden als Kartellbelegierte gewählt. Nachdem dann noch eine Anfrage betreffs Aufstellung eines Kollegen im Konsumverein besprochen war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Herford. Unsere am Sonntag, den 8. Januar, abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Zunächst hielt der Gauleiter einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Feinde gegen die organisierten Arbeiter“. Redner schilderte zuerst den Kampf des Unternehmertums und der Behörden gegen die Arbeiterschaft im allgemeinen. Sodann behandelte er den Streik bei Ruppert u. Co. in Berlin und beleuchtete die Praktiken dieser Firma, die durch ihr brutales Ausstreuen der eigentlichen Verantwortlichen der Moabiters Krawalle sei. Gerade in diesem Kampfe habe die Polizei so recht bewiesen, daß sie lediglich eine Schutztruppe der Unternehmer ist. Die so berüchtigte Hinzgarde, die sich aus Verbrechern und arbeitslosem Gesindel aller Art zusammensetze, habe sich des ausgedehnten Schutzes der Polizei erfreut. Ja, diese Gesellschaft habe direkt unter den Augen der Polizei die brutalsten Ausschreitungen begangen, ohne daß ihr auch nur ein Haar gekrümmt ist. Aber friedliche Straßenpassanten, Frauen, Kinder und Greise sind von der Polizei in unverantwortlicher Weise behandelt und mißhandelt worden. Trotz dieser festgestellten Tatsachen sind nicht etwa die Polizisten oder die Arbeitswilligen angeklagt worden, sondern deren Opfer habe man auf die Anklagebank geschleppt. Die ganzen Verhandlungen und der Ausgang dieses Mißerfolges haben aber deutlich bewiesen, daß eigentlich die Polizei auf die Anklagebank gehörte. Das eifrige Bestreben, die ganze Sache den Arbeiterorganisationen an die Hacken zu hängen, habe Schiffbruch erlitten. Schon während der Verhandlung habe der Reichskanzler in direkt unzulässiger Weise in das Verfahren eingegriffen. Trotzdem nun das Gericht durch die ausgesprochenen Urteile und deren Begründung klar zum Ausdruck gebracht habe, daß von einer Injanzierung und auch nur Förderung der Krawalle durch die Arbeiterorganisationen keine Rede sein könne, trotzdem sind sehr einflussreiche Kreise eifrig dabei, die Regierung auf das Gefährliche dieser „logal-demokratischen“ Umtriebe hinzuweisen und bringen dabei unverbürgt zum Ausdruck, daß es unbedingt notwendig sei, ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter zu erlassen. Hieran können wir am besten sehen, zu welchem Zwecke dies Kesseltreiben veranstaltet wird. Unsere Aufgabe müsse es sein, die Augen offen zu halten, damit wir vor Ueberrumpelungsversuchen geschützt sind. Die beste Antwort auf diese Machinationen ist der Ausbau der Organisation. Mit der Aufforderung, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Kollege der Organisation zugeführt ist, schloß Redner seine Ausführungen. Sodann wurde vom Kassierer der Bericht vom 4. Quartal gegeben. Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 617,67 Mk. An die Hauptkasse sind 335,80 Mk. gelangt, der Kasseebestand beträgt 200,17 Mk. Die Zahl der verkauften Wochenbeiträge betrug im 4. Quartal 858, im ganzen Jahre 1909 dagegen nur 998, also eine sehr erfreuliche Steigerung. Ebenso ist auch die Zahl der Mitglieder in demselben Maße gestiegen und zwar von 22 am 31. Dezember 1909 auf 80 am Schlusse des Jahres 1910. Vom Vorstehenden wurde noch darauf hingewiesen, daß dieses Resultat uns wohl erfreuen könne, aber nicht dazu führen dürfe, nunmehr die Hände in den Schoß zu legen. Redner rügte dann weiter noch, daß der größte Teil der Kollegen, obgleich dazu in der Lage, sich nicht an der Agitation beteilige, das müsse auf alle Fälle besser werden. Wenn ein jeder Kollege schon im verflorenen Jahre seine Pflicht erfüllt hätte, würden wir von einem noch besseren Erfolge berichten können. Hoffentlich würden die Kollegen das im neuen Jahre nachholen, dann wäre es auch möglich, die Mitgliederzahl zu verdoppeln. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die nunmehr vorgenom-

neue Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: Kollege Gustav Schröder, Vorsitzender; Hermann Wehmeier, Kassierer; Wömann, Schriftführer und als Beisitzer die Kollegen Vorchardt, Wiemann, Klüber und Weier. Zu Revisoren wurden die Kollegen Busch, Möller und Träder bestimmt und als Kartelldelegierte die Kollegen Vorchardt, Schröder und Wehmeier. Der von den Kartelldelegierten erstattete Bericht wurde des näheren erläutert. Die organisierte Arbeiterschaft trägt sich mit dem Gedanken, ein eigenes Heim zu errichten und hat sie dazu ein bestimmtes Grundstück bereits in Aussicht genommen. Nachdem noch einige kleinere Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der so interessant verlaufenen Versammlung. Kollegen, im verflochtenen Jahr haben wir einen guten Schritt vorwärts getan. Jetzt gilt es, diese Entwicklung weiter zu führen; dazu bedürfen wir der Mitarbeit aller Kollegen. Wenn ein jeder seine Pflicht erfüllt, werden wir im neuen Jahr das gesteckte Ziel erreichen.

Meerane. Unsere gut besuchte Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Zunächst erstattete der Bevollmächtigte den Bericht vom vergangenen Jahre. Die Geschäfte fanden durch 12 Vorstandssitzungen, 14 Versammlungen, in welchen 7 Referate gehalten wurden, ihre Erledigung. Ferner wurden noch 7 Betriebsbesprechungen abgehalten. Dann gab der Kassierer H. Fiedler noch eine Uebersicht über die Stufenverhältnisse. Daraus entnehmen wir folgendes. Es ist eine jährliche Einnahme von 3142,51 Mt. zu verzeichnen. Derselben steht eine Ausgabe von 2914 Mark 58 Pf. gegenüber, bleibt ein Kassenbestand von 227,96 Mt. An Unterstützungen wurden folgende Beiträge geleistet: Arbeitslosenunterstützung 335,— Mt., Krankenunterstützung 627,50 Mt., Streit- und Genossenschaftsunterstützung 232,— Mt., Extra-Gemäßigtenunterstützung 15,— Mt. Summa: 1209,50 Mt. Der Mitgliederbestand ist folgender: Am Anfang des Jahres 118, aufgenommen, Uebertritte und zugereist 16, abgereist, ausgeschieden 9 Mitglieder. Bestand am 31. Dezember 1910 125 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Weiter wurde beschlossen, für die Zukunft Remuneration für den Bevollmächtigten 1 1/2 pCt., und für den Kassierer 2 pCt. vierteljährlich in Vorkasse zu bringen. Als 1. Bevollmächtigter wurde August Hofmann gewählt. Kassierer bleibt Richard Fiedler, 2. Bevollmächtigter ist Karl Hebold, Schriftführer ist Kollege Louis Taubert. Als Revisoren wurden gewählt: Bogel, Curt und Leonhardt. Kartelldelegierte sind die Kollegen H. Fiedler und H. Hofmann. Der Gauleiter gab dann noch einen Rückblick auf das verfloffene Jahr, er forderte die Kollegen auf, auch in diesem Jahre, welches jedenfalls sehr kampfreich sein wird, recht tüchtig für den Verband zu agitieren und viele noch fernstehende Kollegen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zuzuführen. Hierauf Schluß der imposanten Versammlung.

Nordhausen. In der Generalversammlung am 14. Januar wurde zuerst der Kartellbericht erstattet. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergibt eine Einnahme von 565,71 Mt., der eine Ausgabe von 355,18 Mt. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 99,29 Mt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Böfller und Baumeier Bevollmächtigte, Rohmann Kassierer, Reinhardt Schriftführer, Schönleiter, Kachel, Behrens Beisitzer, Bomtesfel, Koch, Etcken Revisoren, Baumbach und Biegler Unterstützungsleiter, Schönleiter Kartelldelegierter. Die neue Verwaltung wird alle Hände voll zu tun haben, wenn sie die Verwaltungsstelle vorwärts bringen will. Im neuen Jahre muß für die Agitation mehr getan werden, als bisher damit auch in Nordhausen endlich Fortschritte gemacht werden.

Pasing. Am 15. Januar 1911 tagte die diesjährige Generalversammlung, welche sehr gut besucht war. Der Kassenbericht schloß mit einer Einnahme von 904,50 Mt. inkl. 335,03 Mt. Kassenbestand vom 3. Quartal; demgegenüber stehen 463,76 Mt. Ausgaben, so daß ein Kassenbestand von 440,74 Mt. vorhanden ist. Die Mitgliederzahl beträgt 81. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es fanden statt: 8 Mitgliederversammlungen, 4 Ausschusssitzungen, 16 Betriebsbesprechungen, zwei Lohnbewegungen und zwei Beschwerdebekommmissionssitzungen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß das Reglement für Erwerbslosenunterstützung eine kleine Aenderung erfuhr. Der neugewählte Ausschuß besteht aus den Kollegen Dürr, Vorkühner, Mandlinger Kassierer, beide wiedergewählt. Joh. Silbernagl Schriftführer, Jos. Schmutzer und Anton Zilbauer Revisoren, Will und Zellhuber Hilfskassierer, Ruf und Gähle Gewerkschaftsdelegierte. Nachdem die Kollegen Zilbauer und Dürr den Bericht der letzten Gewerkschaftssitzung bekannt gegeben hatten, entspann sich eine lebhaft Debatte, es wurde den Kollegen von Seiten des Bauarbeiter-Bez. Bauhilfsarbeiter-Verbandes der Vorwurf gemacht, der Deutsche Transportarbeiter-Verband treibe Mitgliederraub und Terrorismus, was jedoch von den beiden Kollegen entschieden zurückgewiesen wurde. Kollege Eichner ermunterte die Anwesenden, in Zukunft fleißig zu agitieren und für den Ausbau unseres Verbandes zu sorgen. Nachdem Redner einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit unseres Verbandes im vergangenen Jahr gemacht, schloß die gut verlaufene Versammlung.

Paffau. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche leider nur mäßig besucht war. Der Gauleiter sprach über das Thema: „Der neueste Kurs der Scharfmacher und der ihnen unterliegenden Staatsregierung“. Für seinen einseitigen, kühnen Vortrag wurde dem Redner reichlicher Beifall zuteil. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß die Verwaltungsstelle jetzt 71 zahlende Mitglieder stark ist. Auch der Kassenbericht stellte sich sehr günstig. Die Einnahmen im 4. Quartal betragen 812,36 Mt., wovon eine Ausgabe von 327,96 Mt. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand in Höhe von

184,36 Mt. vorhanden ist. Wenn so das finanzielle Verhältnis am Orte als gut bezeichnet werden kann, so läßt selber das Organisationsverhältnis insbesondere bei der Oesterreichischen Agentur-Ges. sehr viel zu wünschen übrig. Als Folge davon ist zu bemerken, daß jetzt schon und zwar bei den festen Leuten Lohnabzüge gemacht werden. Hoffentlich sehen auch diese Kollegen noch ein, daß die Organisation für sie ebenfalls notwendig ist und schließen sich Mann für Mann der Organisation an. Wenn die Kollegen sich einig sind, wird sich kein Unternehmer derartige Maßnahmen erlauben. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Jos. Streibl, als 1. Kassierer Leopold Baumann und als Schriftführer Georg Kramer. Kollegen in Paffau, haltet fest und treu zur Organisation und werbt unablässig neue Mitglieder. Je stärker wir sind, je eher sind wir in der Lage, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Potsdam. In der Generalversammlung am 22. Januar wurde der Jahres- und Kassenbericht gegeben. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Wichert und Schuster Bevollmächtigte, Feiberg Kassierer, Wolf Schriftführer, Bente und Puhlmann Beisitzer, Paulweit und Puhlmann Kartelldelegierte. Nach einer kurzen Ansprache über Verhandlungsangelegenheiten und Aufforderung zu reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Rixdorf. Am Sonntag, den 15. Januar, hatte die Agitationskommission die erste Versammlung in diesem Jahre einberufen. Der Besuch war trotz der vielen Veranstaltungen unseres Verbandes an diesem Sonntag recht gut. Es wäre sehr zu wünschen, daß im neuen Jahre der Besuch unserer Rixdorfer Veranstaltungen die frühere Höhe erreichen würde. Genosse Strömer führte in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Kulturaufgaben der Arbeiterbewegung“ etwa aus: Die Kultur des Menschen entwickle sich durch das Gehirn. Leider seien viele Menschen aus der Art geschlagen und unfruchtbar. Sie arbeiten nicht und lassen andere für sich arbeiten. Die Arbeit sei die Quelle aller Kultur. Trotzdem die Arbeiter alle Werte schaffen, bringen sie es zu keinem Eigentum, weil nur der Unternehmer den Profit einsteckt. Man vertritt uns auf das Fierseits, betrügt und belügt uns. Das Spiel in der Kultur eine große Rolle. Die Soldaten und Schiffe kosten dem Steuerzahler viel Geld, während sie nur die unkulturelle Aufgabe haben, Menschenleben zu vernichten. Das Reich gerate durch Verstärkung von Heer und Marine immer mehr in Schulden, trotzdem den Arbeitern immer mehr direkte Steuern aufgebürdet werden. Die sozialdemokratische Partei sei staatszerstörerisch, weil die in ihr organisierten Arbeiter die wirklichen Kulturträger seien. Da die Menschen von Natur aus gleichberechtigt seien, wollen die Arbeiter nicht mehr Umboß, sondern Hammer sein. Daß dies der Fall ist, beweise das Wachsen der Gewerkschaften. Die Arbeiterorganisationen seien eine wahre Kulturbewegung. Deshalb solle jeder Kollege in jedem Jahre ein Mitglied werden, damit die Mitgliederzahl um das Doppelte steige. Dann wurde die Versammlung geschlossen. Das den Abend schließende gefellige Beisammensein verlief in schönster Harmonie.

Salzweil. Unsere Jahresgeneralversammlung fand am Sonntag, den 8. Januar statt und hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Im vergangenen Jahre haben 7 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen, sowie 15 Besprechungen und Sitzungen stattgefunden; ferner 2 Hausagitationen, an der auch zwei Gauvorsstandsmitglieder teilnahmen; hierbei wurden 17 Kollegen neu gewonnen. Der geschäftliche Verkehr war ebenfalls ein sehr reger; eingegangen sind: 114 Karten und Briefe, 58 Pakete, 5 Druckfachen und 6 Geldsendungen. Ausgänge waren vorhanden: 104 Briefe und Karten, 1 Paket, 1 Geldsendung sowie 4 Ferngespräche. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1910: 79 Männliche und 3 Weibliche. — am 31. Dezember 1910 waren dagegen 110 männliche und 4 weibliche Mitglieder vorhanden, mithin ein Mehr von 32. Ausnahmen waren insgesamt 66 zu verzeichnen, denen ein Abgang von 34 gegenübersteht. Von diesen sind jedoch 12 nach anderen Verwaltungen abgereist. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Arbeit im letzten Jahre von Erfolg gewesen sei, ermahnte aber die Kollegen, auf den errungenen Lorbeer nicht auszurufen. Die Zahl der uns noch Fernstehenden sei immer noch sehr erheblich und müsse es unsere Aufgabe sein, diese im neuen Jahre zu gewinnen; das könne aber nur erreicht werden, wenn alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen und vor allen anderen die persönlichen Streitigkeiten unterlieben. — Lohnbewegungen fanden insgesamt 4 statt, von diesen waren 3 mit und 1 ohne Erfolg. An der Bauarbeiterausperrung waren 8 Kollegen beteiligt, doch gelang es, dem größten Teil bald andere lohnende Beschäftigung zuzuweisen. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom letzten Quartal und vom Jahre 1910. An Unterstützungen sind insgesamt 2113,15 Mt. bezahlt und zwar: Streit- und Gemäßigtenunterstützung 1819,95 Mt., Krankenunterstützung 185,50 Mt., Arbeitslosenunterstützung 53,— Mt. und Extraunterstützung 40,— Mt. Zu dieser Summe kommt die örtliche Unterstützung, und zwar 175,30 Mt. für Streit- und 11,— Mt. für Reiseunterstützung. Die Gesamtsumme der Unterstützung beträgt demnach 2299,45 Mt. Die Jahresabrechnung ergibt folgendes Bild:

Einnahmen:	
Kassenbestand am 1. Januar 1910	199,45 Mt.
63 Eintrittsgebühren a 1 Mt.	63,— "
3 " " a 50 Pf.	1,50 "
2516 Beitragsmarken a 50 Pf.	1258,— "
2372 " " a 40 Pf.	948,80 "
152 " " a 25 Pf.	38,— "

170 Streifenmarken a 30 Pf.	51,— Mt.
72 Ortsfondsmarken a 25 Pf.	18,— "
Zusammen	2577,75 Mt.

Ausgaben:

Zuschuß zur örtlichen Streifenunterstützung	175,30 Mt.
Gehalt und persönliche Ausgaben	200,35 "
Reiseunterstützung	11,— "
Kartellbeitrag	71,— "
Sächliches	15,86 "
Porto und Telephon	16,70 "
An die Hauptkasse gesandt	1751,60 "
Kassenbestand am 1. Januar 1911	368,94 "
Zusammen	2577,75 Mt.

Auf Antrag der Revisoren, die Bücher und Klasse in Ordnung gefunden haben, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die nunmehr vorgenommene Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Resultat: Kollege August Naul Vorsitzender, Gustav Hofmann Kassierer, Gustav Schulz, Schriftführer und als Beisitzer die Kollegen A. Kölle, W. Schulz, R. Fischer, O. Wangemann und D. Gause. Zu Revisoren wurden die Kollegen A. Mantch, Glodmann und A. Rittersohl bestimmt. Als Hilfskassierer wurden die Kollegen S. Schulz und Karl Peters gewählt. Um die Einfassung erfolgreicher zu gestalten, wurde eine Mahnerkommission, bestehend aus den Kollegen Mantch, Busse, Schulz und Peters, gewählt. Auf eine Anregung hin wurde beschlossen, bei den Versammlungen eine Präsenzliste zu führen, um festzustellen, inwieweit sich die Mitglieder an den Versammlungen beteiligen. Nachdem dann noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kollegen! Ihr seht, daß das verfloffene Jahr uns ein gutes Bild vorwärts gebracht hat. Jetzt heißt es, auf dem Posten sein, um das Erreichte zu halten und um dem Verband weiteren Eingang zu verschaffen. Eine große Zahl der Berufskollegen steht uns noch fern, ehe wir die nicht gewonnen haben, wird es uns auch nicht möglich sein, eine durchgreifende Aenderung der immer noch traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Wenn ein jeder seine Pflicht erfüllt, werden wir im neuen Jahr das gesteckte Ziel erreichen.

Literarisches.

Die Volksschule, wie sie sein soll. Von Otto Kühle. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Der Verfasser — ein früherer Lehrer — zeigt in dieser Broschüre die Volksschule, wie sie vom sozialdemokratischen Standpunkt zu verlangen ist, während derselbe in einer Broschüre: „Die Volksschule, wie sie ist“, die im gleichen Verlage erschienen ist und denselben Preis kostet, die Zustände unserer heutigen Volksschule schildert und zeigt, daß sie nur eine Anstalt ist zur Erziehung möglichst billiger und williger Arbeitslaven für das Kapital. Beide Broschüren sind durch alle Buchhandlungen und Volporteurs zu beziehen.

Die soziale Revolution. Von dieser Schrift des Genossen Karl Kautsky ist soeben der erste Teil: Sozialreform und soziale Revolution in dritter durchgesehener Auflage erschienen. Zur Charakterisierung des behandelten Inhalts geben wir einige Kapitelüberschriften wieder: Der Begriff der sozialen Revolution — Evolution und Revolution — Die Revolutionen im Altertum und Mittelalter — Die soziale Revolution der kapitalistischen Periode — Die Milderung der Klassenengefährde — Die Demokratie — Die Formen und Waffen der sozialen Revolution. — Die Vereinsausgabe kostet 40 Pf.

Der neue Band der Wochenschrift „In Freien Stunden“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68) ist zur Ausgabe gelangt.

Diese Ankündigung genügt, um stets die Verwaltungen vieler Arbeiterbibliotheken zu veranlassen, denselben bei ihrem Buchhändler zu beziehen.

Die Statistik einiger Bibliotheken ergibt denn auch, daß die Halbjahrsbände der Wochenschrift „In Freien Stunden“ zu den gelesenen Büchern gehören.

Der Inhalt des neuen Bandes ist so reichhaltig, daß auch dieser gern gelesen werden wird, und ist die Anschaffung auch Privatpersonen durchaus zu empfehlen.

Wir erwähnen: **Der rote Jason.** Roman von Th. S. Hall Gaine. (Autorisierte Uebersetzung ins Deutsche von H. W. Herzog.) — **Eigene Kraft.** Roman aus den englischen Arbeiterbezirken von Rennie Merrison. (Autorisierte Uebersetzung von Robert Heymann.)

Der schwarze Vater. Humoreske von W. W. Jacobs. — **Der Zwerg Nase.** Ein Märchen von Wilhelm Hauff. — Der Preis für den 620 Seiten starken Leinenband beträgt 3,50 Mt. Halbfranz 4,50 Mt. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

„In Freien Stunden“. Die Hefte 1 bis 3 sind erschienen. Der Roman: Der Jude, von Carl Spindler, wird fortgesetzt. Außerdem enthalten die Hefte noch kurze Abhandlungen über verschiedene Gegenstände von allgemeinem Interesse.

Unsere Leser seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Termin zum Beginn eines Abonnements auf „In Freien Stunden“ jetzt besonders günstig ist, da die wenigen bisher erschienenen Hefte nachgeliefert werden können.

„In Freien Stunden“ erscheint im Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, und ist zum Preise von 10 Pf. pro Heft durch alle Zeitungsaussträger, Expediteure und Volporteurs zu beziehen.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrad. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 8 und 9 sind erschienen. Preis pro Heft 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Lindow, Karlshorst. **Verlagsanstalt:** „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Alabertstr. 27.

Verbandsfunktionäre!

Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute

Am Donnerstag, den 2. März 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Musikersälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Vorbesprechung betreffend die Erledigung der Tages-Ordnung für die nächste ordentliche General-Versammlung. 3. Geschäftliches.

NB. Die neue grüne Kontrollkarte ist als Legitimation mitzubringen und zwecks Abstempelung am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Die Bezirksverwaltung.

Mitglieder aus allen Branchen und Distrikten des Bezirks Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 9. März 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Keller (Grener), Koppenstr. 29:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Anschließsanträge und Bericht der Kommission. 3. Jahresbericht: a) des Bezirksvorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Arbeitsvermittlers; d) des Bibliothekars. 4. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 5. Neuwahl eines Revisors für die Hauptkasse. 6. Geschäftliches.

NB. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und als Legitimation vorzuzeigen. Wer über 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt. Die Bezirksverwaltung. J. U.: A. Werner.

Am Sonnabend, den 11. Februar 1911, finden in den nachstehend verzeichneten Lokalen

6 grosse Wiener Masken-Bälle

statt, wozu die Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten freundlichst eingeladen sind.

1. Brauerei Friedrichshain, (sämtliche Räume) Am Friedrichshain 16-28 (Königstor). 4 Kapellen.
2. Prachtsäle Nord-West, (Mabiter Gesellschaftshaus) beide Säle, Wieleffstr. 24, Gmdenerstr. 34-35.
3. Pharus-Säle, (Wedding) Müllerstr. 142.
4. Kreuzberg-Festsäle, (J. Gofmann) Kreuzbergstr. 48.
5. Victoria-Brauerei, (Berlin W.) Lützowstr. 111-112.
6. Volkshaus, (Charlottenburg) Köpenickerstr. 8.

Die Ballmusik wird von ganz besonders stark besetzten, zum Teil Doppelkapellen, (Bläsermusik) ausgeführt.

Grossartige Ueberraschungen.

Anfang 9 Uhr.

Entree 50 Pfennig.

Demaskierung 12 Uhr.

Billets sind bei den Einkassierern, Betriebsvertrauensleuten, Verbandsfunktionären, Zahlstellen und in den verschiedenen Büros des Verbandes zu haben. Da Unkosten in keiner Weise gescheut wurden, erwartet Massenbesuch. Das Komitee.

Bibliothek.

Unsere gemeinsame reichhaltige Bibliothek befindet sich Engel-Ufer 15, vorn 3 Trp., Zimmer 48. Die Ausgabe der Bücher erfolgt daselbst wochentäglich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. An jedem Freitag ist dieselbe bis 10 Uhr abends geöffnet. Sonntags geschlossen.

Durch diese Einrichtung ist unseren Mitgliedern reichlich Gelegenheit geboten, sich Aufklärung zu verschaffen und ihr Wissen in jeder Hinsicht zu bereichern. Es liegt deshalb im Interesse jedes Einzelnen, die Bibliothek zu benutzen.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß der Nachtrag zum Bibliotheks-Katalog für das Jahr 1911 erschienen ist und an die Leser gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gratis abgegeben wird.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. U.: August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Kollegen, welche gezwungen sind, Sonntags in der Zeit von 10-12 vormittags und von 2 Uhr nachmittags ab zu arbeiten, werden ersucht, der Sonntags-Kontrollkommission genaue Angaben zu machen sowie die Uebertretungen rechtzeitig dem Büro, Alte Leipzigerstr. 1, Fernsprecher Amt I, 2332 und 2330 zu melden.

Hausdiener, Packer, Radfahrer!

Wir ersuchen sämtliche Kollegen, welche der Sektion I unseres Verbandes angehören und in der Lebens- und Genussmittelbranche wie Bäckereien, Konditoreien, Schlägereien, Kolonialwaren-, Destillate-, Obst- und Gemüse-, Schokoladen-, Zigarrengeschäften usw. tätig sind, zwecks Gründung einer besonderen Branche umgehend ihre Adresse und Beschäftigungsstelle dem Arbeitsnachweis-Büro, Alte Leipzigerstr. 1, mitzutheilen.

Die Sektionsleitung.

Packer, Hausdiener, Radfahrer, Kutscher, Holzarbeiter, Arbeiterinnen usw. aus der Chemikalien-, Apotheken-, Parfümerien-, Drogen-, Seilen- usw. Branche Gross-Berlins.

Montag, den 6. Februar 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

Jahres-Branchen-Versammlung
im Arbeitsnachweis-Büro, Engel-Ufer 15, Hof 3 Tr.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der gemeinsamen Branchenleitung.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Berufskollegen, zu erscheinen. Bringt die Anorganisierten mit.

Die Branchenleitung der Chem. Branche.
J. U.: Karl Millhahn, Albauerstr. 5.

Hausdiener, Packer, Kutscher aus den Papier- und Pappen engros-Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und der Papierverarbeitungs-Industrie.

Montag, den 13. Februar 1911, abends 8 Uhr,

Branchen-Versammlung
im Arbeitsnachweis-Büro, Alte Leipzigerstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aus unserem Berufe. 4. Verschiedenes.

Näheres noch durch Handzettel. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Branchenleitung.

Fahrstuhlführer und Portiers.

Am Mittwoch, den 16. Februar 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Arbeitsnachweis-Büro, Alte Leipzigerstr. 1.

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Arbeiterschutz“. 2. Diskussion. 3. Berufsfragen. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß ihr pünktlich und zahlreich zu dieser Versammlung erscheint. Gleichzeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß zu dieser Versammlung auch Frauen Zutritt haben.

Die Branchenleitung.

Einkassierer und Kassenboten.

Am Donnerstag, den 16. Februar 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. Wilhelm Kimmich über „Die Not des Volkes und ihre Ursachen“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Branchenleitung. 4. Ausgabe der Kontrollkarten für 1911. 5. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir vollständiges Erscheinen.

Die Kontrollkarte wird nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt. Jeder Kollege muß persönlich erscheinen. Ausnahmen finden nicht statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Branchenleitung.

J. U.: Friedrich Luckow, Fehrbellnerstr. 8

Hausdiener und Packer aus der Damen-, Herren-, Pelz-, Kinder- und Blusen-Konfektionsbranche.

Am Montag, 6. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1.

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Der Handel einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen

Die Branchenleitung.

Kollegen aus den Ladengeschäften, sowie alle in offenen Verkaufsstellen tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer und Laufburschen.

Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstraße 1.

Tages-Ordnung:

„Die Herrschaft der Unternehmer in den von ihnen eingerichteten Arbeitsnachweisen!“

Kollegen! Es ist an der Zeit, daß die Handelshilfsarbeiter sich energisch mit der Frage ihrer Nachweise beschäftigen und die Taktik des Großkapitals kennen lernen.

In Anbetracht des wichtigen Vortrages ist ein jeder Berufskollege verpflichtet, zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Sonntagsruhe!

In letzterer Zeit mehrten sich die Beschwerden im Verbandsbüro darüber, daß unsere Kollegen Kutscher in verschiedenen Fuhrbetrieben des Sonntagsvormittags nach 10 Uhr noch mit allerlei Arbeiten auf den Fuhrhöfen beschäftigt werden. Da jede derartige Beschäftigung ein Verstoß gegen die gesetzliche Bestimmung über die Innehaltung der Sonntagsruhe ist, ersuchen wir unsere Kollegen, wo ihnen derartige Übertretungen seitens der Fuhrherren bekannt werden, dem Verbandsbüro im Zimmer 33 genaue Mitteilung darüber zu machen.

Die Sektionsleitung. J. A.: Albert Uthoff.

Kohlenarbeiter und Kutscher Gross-Berlins.

Am Donnerstag, den 9. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr,

Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Tätigkeitsbericht vom Jahre 1910. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Wie stellen sich die Kollegen zur Erhebung eines Ortsbeitrags? Kollegen, erscheint zu dieser Versammlung Mann für Mann! Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe keinen Zutritt.

Die Branchenleitung.

Fraise-, Nobel-, und Schneidemühlens-Kutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Am Montag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr,

Große Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Fromhold. 2. Bericht und Neuwahl der Branchenleitung. 3. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen!

Kollegen, die Wichtigkeit der Tages-Ordnung bedingt es, daß jeder Einzelne von Euch zur Versammlung erscheinen muß. Bringt Eure Frauen mit!

Die Branchenleitung.

J. A.: Rich. Szymanski.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften sowie den Mineralwasser- und Essigfabriken Berlins und Umgegend

Am Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1.

Große Versammlung mit Frauen.

Die Tages-Ordnung wird noch bekannt gegeben.

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Versammlungen.

Am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Berliner Jugendsektion im Jahre 1910. 2. Berichterstattung über die Kassenerhält-

nisse, den Arbeitsnachweis und die Bibliothek. 3. Wahl der Sektionsleitung. 4. Anträge und Verschiedenes.

Abteilung Süd-West am Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei J. Thomßen, Smeisenaustraße 30.

Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.

Abteilung Prenzlauer Vorstadt am Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Brandt, Prenzlauer Allee 43.

Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion, Neuwahl.

Abteilung Süd-Ost am Sonntag, den 5. Februar, abends 5 Uhr, bei Manzen, Reichenbergstr. 16 (am Kottbuser Tor).

Geselliger Unterhaltungs-Abend

bestehend aus:

1. Ansprache. 2. Rezitation mit anschließendem geselligem Beisammensein.

Zahlreiche Beteiligung unserer jugendlichen Berufskollegen, sowie von Freunden und Bekannten erwartet

Die Sektionsleitung.

Sektion III (Strassenbahner).

Sonnabend, den 25. Februar 1911, abends 8 Uhr,

Großer Lichtbilder-Vortrag

i. B. „Dünigsbaur“, Gr. Frankfurterstr. 117 (Inh. Breuer)

Erster Teil:

Wilhelm Busch-Abend.

(Die fromme Helene)

110 farbige Bilder.

Zweiter Teil:

Post und Verkehr in früheren Zeiten.

65 farbige Bilder.

Konzert :: Großer Ball.

Billet 25 Pfg. Kinder unter 14 Jahren frei.

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen nach.

Da in ausreichender Weise für angenehme Unterhaltung gesorgt ist, wird erwartet, daß die Kollegen mit ihren Angehörigen und Bekannten sich auch wirklich zahlreich einfinden. Sorgt für Massenbesuch! Billets sind zu haben im Büro und bei den Kollegen Vertrauensmännern und Kassierern.

Die Sektionsleitung.

Sektion IV.

Droschken- und Kraftwagenführer.

Internat. Volksfest in den bayr. Alpen

am Donnerstag, den 23. Februar, im festlich dekorierten großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23. O Zwei starkbesetzte Musikkapellen. Internationale Verbrüderung. Nodelsfahrt vom Herzogstand. Ueberraschungen aller Art. Teilnehmer aus allen Erdteilen willkommen. Es ist jedem Besucher gestattet, in Berliner oder sonstiger Nationaltracht zu erscheinen. O Anfang 9 Uhr. Ende? Billet 50 Pfennig. Das Komitee.

Bekanntmachung.

Die Zahlstelle Nr. 4, früher Schöneberg, Vorbergstraße, der Krankenkasse der Droschkenführer G. S. R. Nr. 75, befindet sich jetzt Bülowstr. 107 beim Gastwirt Klir. Der Vorstand.

Bezirk Charlottenburg-Nord, Moabit und Hansaviertel.

Am Montag, den 6. Februar 1911, abends 9 1/2 Uhr, im Lokale von A. Sauer, Levetowstr. 21, Ecke Jagowstraße:

Versammlung

Die Tages-Ordnung wird auf den Handzetteln bekannt gegeben.

Wir ersuchen die Kollegen, für einen guten Besuch dieser Versammlung eifrig zu agitieren.

Die Distriktsleitung.

Berliner Lokales.

Eine geistig nicht normale Dame ist im Oktober v. J. von der Markgrafenstraße nach Weissenhof gefahren und hat dem Fahrer statt Bargeld eine goldene Uhr mit Kette in Pfand gegeben. Der betreffende Kollege wird gebeten, sich im Bureau der Sektionsleitung zu melden.

Chauffeur, welcher am 22. Januar 1911, mittags 12 Uhr, von Brückenallee 24 nach Giesebrechtstraße 11, Damen mit verschiedenen Paketen gefahren, wird gebeten, sich zu melden nach Brückenallee 24, 1.

Bekanntmachung!

Unter Bezugnahme auf die Paragraphen 24, Absatz 2, und 45, Absatz 3 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905 und § 7 der Polizei-Verordnung betreffend den Betrieb des Fuhrwerks vom 10. Dezember 1881, wird hierdurch bestimmt, daß sich die Droschken- und Torwagenkutscher zur Abkempfung ihrer Fahrscheine für das Jahr 1911, unter Vorlegung des Erlernungsschildes, im vorgeschriebenen Dienstanzuge, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen geordnet, in nachfolgender Reihenfolge im Bureau des Verkehrskommissariats am Alexanderplatz, Stadtbahnhof, Eingang 5, Zimmer 76, einzufinden haben, und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Am 6. Februar 1911 die Kutscher von A bis Mief.
Am 7. Februar 1911 die Kutscher von Nieg bis Nz.
Am 8. Februar 1911 die Kutscher von S bis Schl.
Am 9. Februar 1911 die Kutscher von Schnt. bis Schöm.
Am 10. Febr. 1911 die Kutscher von Schön bis Schult.
Am 11. Febr. 1911 die Kutscher von Schulte bis Seif.
Am 12. Febr. 1911 die Kutscher von Seig bis Stem.
Am 13. Febr. 1911 die Kutscher von Sten bis Sz.
Am 14. Februar 1911 die Kutscher von Tien bis Th.
Am 15. Februar 1911 die Kutscher von T bis Th.
Am 16. Februar 1911 die Kutscher von Ti bis W.
Am 17. Februar 1911 die Kutscher von W. bis Wenf.
Am 18. Februar 1911 die Kutscher von Weng bis Wez.
Am 20. Februar 1911 die Kutscher von Wf bis Wj.
Am 21. Februar 1911 die Kutscher von X bis Z.

Berlin, den 3. Dezember 1910.

Der Polizeipräsident

In Vertretung: S a a s e l a u.

Cöpenick und Umgegend.

Bezirk Adlershol.

Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Ulrich, Sedanstr. 84.

Bezirksversammlung mit Frauen

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. Stimmrig. 2. Diskussion. 3. Berichte. 4. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

*

Bezirk Grünau.

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Franz, Köpenickerstr. 88.

Bezirksversammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Bezirksleitung und Neuwahl derselben. 2. Wahl eines Kartelldelegierten. 3. Stellungnahme zu dem Antrag Cöpenick: Erhöhung des Wochenbeitrags auf 60 Pfg. 4. Verschiedenes.

*

Bezirk Cöpenick.

Sonntag, den 19. Februar, abends 6 Uhr, bei Stippelohl, Schönelerndorferstr. 5.

Bezirksversammlung mit Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Orthmann-Berlin über „Kapital und Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen, für einen guten Besuch vorstehender Veranstaltungen rege zu agitieren.

Die Agitationskommission.

J. A.: Breitenborn.

An die Mitglieder vom Wedding, N.-W. und Reinickendorf.

Am Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Funke (Gesellschaftshaus), Triftstr. 83

Große Versammlung mit Frauen

wozu die Mitglieder aus den obengenannten Gegenden freundlichst eingeladen sind.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Buchholz über die organisierte Selbsthilfe. 2. Diskussion.

In Rücksicht darauf, daß die Tages-Ordnung eine besonders wichtige ist, wird erwartet, daß die Mitglieder sich zahlreich einfinden. Bringt die Frauen mit. Unorganisierte sind besonders eingeladen.

Die Distrikts-Agitationskommission.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Kettig, Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalberstr. 37.